

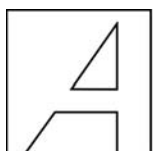
IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE
UMSCHAU

ONLINE-ZEITSCHRIFT
HEFT 16 - JANUAR 2005

AUS DEM INHALT

- „Breitenkultur“
- Gesprächskreis Kultur
- Kulturpolitik in der Presse



Konrad
-Adenauer-
Stiftung



IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE UMSCHAU

Heft 16 - Januar 2005

INHALT

■ Editorial	3
<i>Anton Pfeifer, MdB, Staatsminister a.D. Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.</i>	
■ Berichte aus der Kulturpolitik:	5
<i>Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i> 5	
<i>Gesprächskreis Kultur der CDU</i> 21	
<i>Aus den Landtagsfraktionen</i> 24	
■ Kulturpolitik in der Presse	28
<i>Deutschland/Allgemeine Trends</i> 35	
<i>Finanzierung/Sponsoring allgemein</i> 47	
<i>Kulturpolitik in den Ländern</i> 52	
<i>Auswärtige Kulturpolitik</i> 55	
<i>Kulturpolitik im Ausland</i> 56	
<i>Personalien</i> 57	
<i>Zitate</i> 58	
<i>Aus kulturpolitischen Beiträgen</i> 60	
■ Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung	61
<i>Veranstaltungen</i> 61	
<i>Neuerscheinungen</i> 65	
<i>Stipendien</i> 68	
<i>Ausblick</i> 68	
■ Letzte Meldungen*	68
■ Hinweis der Redaktion	69

IMPRESSUM

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Rathausallee 12
D-53757 Sankt Augustin
Telefon (02241) 246-302 + 246-441
Telefax (02241) 246-555
E-Mail: barbara.kretschmer@kas.de
Internet: <http://www.kas.de>

Redaktion

Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger
(verantwortl.)
Barbara Kretschmer

Satz u. Layout

Barbara Kretschmer

Die Zeitschrift erscheint in unregelmäßiger Folge

ISSN 1439-7188

EDITORIAL

Die sogenannte Föderalismuskommission konnte in dem zu Ende gehenden Jahr 2004 über eine neue Fixierung der Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern leider keinen Konsens finden. Vor allem im Bereich der Zuständigkeiten für die Bildungspolitik waren die Positionen zum Schluss weit auseinander gelegen, nicht nur zwischen CDU/CSU und der rot-grünen Berliner Koalition, sondern genauso zwischen Bund und allen Ländern unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung der einzelnen Landesregierungen.

So bleibt bis auf weiteres nur die Hoffnung, dass das Bundesverfassungsgericht durch eine konsequente Rechtsprechung Klärungen herbeiführt wie zuletzt in seinem Urteil zur Einrichtung der Juniorprofessur, wo es in wünschenswerter Deutlichkeit den Bund in seine Zuständigkeitsschranken verwiesen hat.

Diese Klarheit und Deutlichkeit wird auch im neuen Jahr umso dringlicher, je mehr einzelne Verfassungsorgane des Bundes geltende Kompetenzregelungen und die dazu ergangene ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts offenbar als irrelevant ansehen. Jüngstes Beispiel ist ein Beschluss der rot-grünen Koali-

tionsmehrheit im Bundestag, den Rundfunkanstalten, also auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Länder eine „deutsche Musikquote“ von 35% vorzugeben. Gewiss, zunächst freiwillig, aber was geht das den Bundestag überhaupt an? Denn unabhängig von der Frage, wie sinnvoll oder unsinnig eine solche Vorgabe ist, es ist seit Jahrzehnten die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, dass Rundfunk und Fernsehen nicht die Zuständigkeit des Bundes, sondern ausschließlich die Zuständigkeit der Länder ist. Und es ist seit Jahrzehnten die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, dass in der Programmgestaltung und in den Programminhalten die Rundfunk- und Fernsehanstalten autonom sind und die Politik ihnen keine Vorgaben zu machen hat, schon gar nicht der Bundestag.

Da aber offenbar die Verfassungsorgane des Bundes immer wieder, wenn es der rot-grünen Mehrheit politisch opportun erscheint, die Zuständigkeiten anderer missachten, ist zu befürchten, dass nun auch die für die Kulturpolitik so unsäglich nachteilige „Entflechtungsdebatte“ wiederauflebt. Niemand sollte sich jedenfalls darüber wundern, wenn die Ministerpräsidenten auf ihre früheren Beschlüsse zurückkommen, solange die Kul-

turpolitik des Bundes immer wieder in das Übel verfällt, sich an unter kurzfristigen Opportunitäts Gesichtspunkten ausgewählten Events, am für die Politik der Bundesregierung vordergründig Repräsentativen zu orientieren, statt dort, wo ihre unstrittige Kompetenz gegeben ist, wie in der Förderung kultureller Aufgaben und Projekte von gesamtstaatlicher Bedeutung, im Denkmalschutz und in der Pflege von Gedenkstätten, denen gesamtstaatliche Bedeutung zukommen, in der sozialen Sicherung der Künstler oder in der auswärtigen Kulturpolitik, nachhaltige und überzeugende Konzepte zu entwickeln, sie finanziell adäquat auszustatten und so im Rahmen der gesamtstaatlichen Kulturpolitik des Bundes und der Länder Zeichen zu setzen.

Das jüngste Beispiel dafür, wie wenig das der Bundesregierung gelingt, ergibt sich aus dem, was der Bundesrechnungshof erst vor wenigen Wochen zur undurchsichtigen Konstruktion des sogenannten Hauptstadt-Kulturfonds dargelegt hat, der ja inzwischen in der Tat zur Berliner Selbstbedienung einlädt. Denn was haben Zuschüsse von 500 000 Euro für Veranstaltungen im ehemaligen „Palast der Republik“, der nach einem von einer breiten Mehrheit des Bundestags getragenen Beschluss abgerissen wird, mit „nachhaltiger Kultur-

politik“ im Rahmen der Hauptstadtförderung zu tun?

In den Jahren nach der Wiedervereinigung hat der Bund bewiesen, dass eine wohlüberlegte und mit entsprechender finanzieller Priorität ausgestattete Kulturpolitik des Bundes zu bedeutenden politischen Ergebnissen führen kann, ohne dass dies zu Kompetenzkonflikten mit den Ländern führt. Ohne das Substanzerhaltungsprogramm des Bundes, ohne das kulturelle Infrastrukturprogramm des Bundes und ohne das Sonderprogramm des Bundes für den

Denkmalschutz in der ersten Hälfte der 90er Jahre wäre die in Wahrheit finanziell marode kulturelle Substanz in den Gebieten der ehemaligen DDR zusammengebrochen, wäre wertvollste und wertvolle historische Bausubstanz in den Städten und an vielen Orten in der ehemaligen DDR heute nicht mehr existent.

Solche auf Nachhaltigkeit ausgelegten und mit entsprechender finanzieller Priorität ausgestatteten kulturpolitischen Konzeptionen des Bundes im Bereich seiner unbestrittenen eigenen Kom-

petenzen wäre auch heute von segensreicher kultureller Wirkung. Insbesondere würde dann niemand – wie die Beispiele in den Jahren nach 1990 belegen – im Ernst daran liegen können, die für die gesamtstaatliche Kulturpolitik so fruchtlose „Entflechtungsdebatte“ wieder aufzunehmen.

*Anton Pfeifer, MdB,
Staatsminister a.D.
Stv. Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

BERICHTE AUS DER KULTURPOLITIK

Berichtszeitraum Juni bis Mitte Dezember 2004

Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Reden und Anträge

a) Reden und Erklärungen

1. Gedenken an die SED-Diktatur ist im öffentlichen Bewusstsein ungenügend verankert

(Aus der Rede von Günter Nooke, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 17.6.2004 zum Antrag der Union "Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen")

Unser Antragstext beginnt mit der Feststellung:

Zu den konstitutiven Elementen des wiedervereinten Deutschlands gehört das Gedenken an die Opfer der beiden totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts: Nationalsozialismus und Kommunismus. Beide sind Bestandteile der deutschen Geschichte. Wir haben bewusst das Wort „Diktaturgeschichte“ im Titel unseres Antrags gewählt, um deutlich zu machen, dass die deutsche Geschichte im vergangenen Jahrhundert von zwei Diktaturen geprägt war. Ich möchte gleich zu Beginn unmissverständlich feststellen: Dabei geht es in keiner Weise darum, das Terrorsystem des

Nationalsozialismus mit der SED-Diktatur gleichzusetzen oder gar die Singularität des Holocaust anzuzweifeln. In unserem Antrag werden auch keine Opfergruppen vermischt. Das sind unhaltbare Unterstellungen, die durch keine einzige Textstelle in unserem Antrag belegt werden. Vielmehr beginnt gleich der zweite Absatz unseres Antrags mit einem für mich selbstverständlichen Satz, den ich allen jüdischen Opferorganisationen, aber auch allen anderen Organisationen gegenüber als tiefe persönliche Überzeugung und dauerhaftes Handlungsprinzip der CDU/CSU-Fraktion zitieren möchte: Das Nationalsozialistische Regime hat mit dem millionenfachen Mord an den europäischen Juden ein singuläres Verbrechen begangen, das immer ein spezielles Gedenken erfordern wird. Ich kann noch viele selbstverständliche Aussagen hinzufügen. Jeden, der versucht, sich vorzustellen, wie der im Naziregime organisierte industrielle Massenmord an den Juden abgelaufen ist, überkommt ein Schaudern, Scham und das sichere Gefühl, dass wir uns niemals der Verantwortung entziehen dürfen, daran zu erinnern, was Deutsche den europäischen Juden angetan haben. Es besteht kein Zweifel: Bautzen ist nicht Auschwitz. Trotzdem muss auch Bautzen als Synonym für die

Verbrechen der SED-Herrschaft Teil unseres nationalen Bewusstseins sein. Dabei berufen wir uns ausdrücklich auf die Ergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu den Folgen der SED-Diktatur. Im Schlussbericht wird festgestellt – ich zitiere: Die Erinnerung an die beiden Diktaturen, die die Feindschaft gegen Demokratie und Rechtsstaat verbunden hat, schärft das Bewusstsein für den Wert von Freiheit, Recht und Demokratie. Dies, wie die notwendige Aufklärung über die Geschichte der beiden Diktaturen, ist der Kern des antitotalitären Konsenses und der demokratischen Erinnerungskultur der Deutschen.

In diesem Zusammenhang hat die rot-grüne Bundesregierung in einer Unterrichtung in der vergangenen Legislaturperiode betont, dass die Gedenkstätten an den authentischen Orten zur Erinnerung an beide Diktaturen und zum Gedenken an die Opfer Stützpunkte von zentraler Bedeutung sind. Die Erinnerungskultur müsse als gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen werden. Das alles sollte zwischen uns unstrittig sein. Umso bedauerlicher ist es, dass von der Regierung auch bezogen auf den letzten Teil nur Lippenbekenntnisse zu hören sind, während in der Sache wenig geschehen ist. Zumindest erwarte ich, dass Sie uns nicht vorwerfen, wir würden diesen Konsens verlassen, weil Sie sich nicht mehr daran erinnern lassen wollen.

Es wäre vielmehr zu wünschen, wir könnten auch in die-

ser Debatte und in den Beratungen unseres Antrags an den Konsens, den ich eben dargestellt habe, anknüpfen.

Die nationale Bedeutung der NS-Gedenkstätten für die Erinnerungskultur ist unstrittig. Wenn es um die angemessene und langfristig abgesicherte Finanzierung geht, ist die aktuelle Lage auch für diese Gedenkstätten schon nicht mehr ganz so klar. Die Arbeit dieser Einrichtungen ist nicht nur über Projektförderungen zu unterstützen, sondern sie sollte über eine institutionelle Förderung langfristig abgesichert werden. Das im Bericht der Enquete-Kommission ebenfalls angesprochene Gedenken an die SED-Diktatur ist dagegen im öffentlichen Bewusstsein ungenügend verankert und in den Gedenkstätten unzureichend umgesetzt. Das ist der Grund für unseren Antrag. Wir verabschieden uns nicht vom Konsens aller Parteien mit Ausnahme der PDS in den Enquete-Kommissionen der 12. und 13. Legislaturperiode. Wir wollen vielmehr, dass er auch in den SBZ- und DDR-Gedenkstätten umgesetzt wird. Ein weiteres Beispiel für die ungenügende Bewusstseinslage zeigt auch die Debatte über die SED-Opferrenten (...)

Der wesentliche Grund, warum wir diesen Antrag für notwendig erachten und weswegen wir die öffentliche Diskussion ausdrücklich begrüßen, lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Hierzulande wird die stalinistische Vergangenheit der DDR meist als Regionalgeschichte abgetan, statt als gesamtdeutsches

Erbe angenommen zu werden. Das ist ein Zitat aus einer Berliner Tageszeitung, dem „Tagespiegel“ vom 6. Juni 2004, der sich nicht mit unserem Antrag, sondern mit der Flick-Collection, der Topographie des Terrors und der Gedenkkultur in Deutschland ganz allgemein befasste. Mit dem Zusammenbruch der DDR „wuchs der deutschen Erinnerungskultur die Beschäftigung mit dem Stalinismus zu“, heißt es in dem zuvor erwähnten Artikel von Bernhard Schulz. Auch die CDU/CSU-Fraktion ist der Meinung, dass dieser Aufgabe bislang nur unzureichend nachgekommen wird. Die SED-Diktatur kann nicht als Angelegenheit der neuen Bundesländer, als regionales Ereignis abgetan werden. Die DDR war Teil Deutschlands (...)

In unserem Antrag fordern wir ein Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen. Die damit verbundenen inhaltlichen, administrativen und finanziellen Fragen sind zwischen Bund und Ländern zu klären. Dass hier Handlungsbedarf besteht, weiß jeder, der die Szene etwas kennt. Es kann nicht sein, dass die zuständige Staatsministerin, Frau Weiss, einfach verkündet, sie wolle die Topographie des Terrors in Bundeskompetenz übernehmen. Nicht im Geringsten wird bedacht, dass es nicht Aufgabe des Bundes sein kann, nur in Berlin und nur Einrichtungen, die sich auf die NS-Zeit beziehen, zu 100 Prozent zu fördern. Was Rot-Grün und insbesondere die Staatsministerin machen, ist aus meiner Sicht

konzeptlos. Es wirkt wie Geschichtspolitik im Zugriffsverfahren nach Gutsherrenart, mehr oder weniger gesteuert durch ideologische Vorbehalte bzw. Vorlieben, als Unterstützung eines Berliner Senats, der völlig unfähig ist, auch nur einen einzigen Bau allein und zu den vorgesehenen Kosten fertig zu stellen.

Hinzu kam der fehlende Mut aller Beteiligten, über die Frage nach der bautechnischen Realisierbarkeit des Zumthor-Entwurfs acht Jahre früher zu diskutieren; denn das hätte politisch nicht korrekt erscheinen können. Das hat uns hier in Berlin schon fast 15 Millionen Euro gekostet. Davon hätten zehn SBZ-/DDR-Gedenkstätten zehn Jahre lang besser finanziert werden können, als sie es heute sind.

(...)

Frau Staatsministerin, an dieser Stelle eine Frage zu Ihrer (..) Presseeinlassung, wir strebten mit unserem Antrag eine „radikale Abkehr“ vom bisherigen „Prinzip der inhaltlichen Neutralität des Bundes“ an. Was meinen Sie damit vor allem angesichts der inhaltlichen Debatten, die Sie selbst aus dem Kuratorium des Denkmals für die ermordeten Juden Europas kennen, in dem wir ja beide Mitglieder sind? Geschieht die Übernahme der Topographie des Terrors ohne inhaltlichen Sinn und Verstand? Wenn Sie damit meinen sollten, dass die Bundesregierung keine Inhalte von Gedenkkultur vorgibt, dann frage ich Sie allerdings, wo das in unserem Antrag geschieht. Oder meinen Sie mit Neutralität, dass der Bund nur für NS-Geschichte

zuständig ist, das andere aber Sache der neuen Bundesländer sei? Dann träfe ja unser Antrag ins Schwarze. Wir jedenfalls halten diese inhaltliche Debatte für notwendig und interessant (...)

Wir stellen mit unserem Antrag aber nicht nur Forderungen an andere. Wir selbst legen vielmehr Ziele und Kriterien vor, nach denen Gedenkstätten von nationaler und exemplarischer Bedeutung ausgewählt werden könnten. Natürlich wissen wir, dass eine solche Liste streitig bleibt. Eine solche Liste zu erweitern ist aber sehr viel einfacher, als sich für eine stärkere, dauerhafte Bundesfinanzierung wenigstens einiger weniger Gedenkstätten von besonderer Bedeutung zu entscheiden. Was können wir in der Erinnerungs- und Gedenkkultur in Deutschland, in der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, bei der Mitwirkung von Wissenschaft und Universitäten sowie bei der Einbeziehung von Opfergruppen und auch bei der finanziellen Verantwortung des Staates besser machen? Diese inhaltliche Diskussion ist doch überfällig (...); denn es ist durchaus sinnvoll, 15 Jahre nach der friedlichen Revolution eine Zwischenbilanz zu ziehen und nach den unterschiedlichen Erfahrungen bei der Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommissionen zur SED-Diktatur zu fragen. Es ist dabei unvermeidbar, über beide, die NS- und die SED-Diktatur im vergangenen Jahrhundert, zu sprechen (...) Noch einmal: Wer von beiden deutschen Diktaturen spricht, der meint damit nicht, dass sie gleichgesetzt werden. Die Unter-

schiede herauszuarbeiten und zu begründen ist Teil des Konzeptes (...) (Ich will) wenigstens auf einige Missverständnisse und Vorwürfe noch kurz eingehen. In einer Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaften der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland wird der Antrag als ein "erinnerungspolitischer Paradigmenwechsel" kritisiert. Wer den vorliegenden Antrag liest und meine Ausführungen nicht bewusst missverstehen will, weiß, dass davon keine Rede sein kann. Vielmehr müssen sich diejenigen, die solche Vorwürfe erheben, fragen lassen, ob sie nicht von der unvollständigen Umsetzung der Beschlüsse profitieren und deshalb gar kein Interesse am alten gemeinsamen Paradigma haben.

Die Leiter der KZ-Gedenkstätten haben nicht nur ihre durch eine pauschale Unterstellung gekennzeichnete Pressemeldung vom Januar 2004 wiederholt. Ihre erweiterte Kritik wird zwar dadurch besser, dass sie differenzierter vorgetragen wird, aber sie bleibt auch differenziert falsch.

Die Herren Historiker können für ihre Behauptungen keinen einzigen Textbeleg aus dem Antrag anführen, obwohl doch Quellenstudium und Quellenkritik ihre eigentliche Profession wäre. Sie bekommen deshalb zu Recht (...) in der „FAZ“ „unwissenschaftlichen und polemischen Stil“ attestiert. Sie stellen Behauptungen auf, die niemand, weder im Antrag noch anderswo, erhoben hat. Wer als Historiker seine Reputation so aufs Spiel setzt, provoziert vielmehr

Fragen, die ganz anders lauten: Geht es den Herren und Damen überhaupt um eine sachliche Debatte oder besteht ihr Interesse nicht vielmehr darin, eine öffentliche Debatte zu verhindern? Und was wäre dafür besser geeignet als die Unterstellung, hier würden NS-Verbrechen verharmlost oder der Holocaust relativiert? Das muss ich mit Abscheu zurückweisen. In der Begründung des Antrages wird auch auf zurzeit laufende Debatten zur Erinnerungskultur verwiesen. Wir wollen uns nicht dem Vorwurf aussetzen, wir täten so, als wüssten wir nichts davon. Das kann man im Antrag nachlesen. Es handelt sich dabei um die Opfer von Krieg und Vertreibung, um zivile Opfer der alliierten Luftangriffe und um die Diskussion um ein Freiheits- und Einheitsdenkmal auf der Berliner Schlossfreiheit. Daraus abzuleiten, wir würden Opfergruppen unzulässig vermischen, weil wir in der Begründung erwähnen, dass es sich bei diesen Themen nicht um Opfer der beiden Diktaturen handelt, ist absurd.

Machen wir uns nichts vor. Wir befinden uns mitten in einer geschichtspolitischen Debatte. Ich finde das gut und wir sollten diese Debatte führen. Es ist noch vieles anzumerken, zum Beispiel auch, ob es nicht doch um die Frage der Finanzierung geht. Wenn Gedenkstättenleiter für ihre Einrichtung kämpfen, habe ich als Politiker volles Verständnis dafür. Es wäre nur gut, man würde sich dazu dann auch bekennen. Ich bedauere es, wenn die Professoren sich zu schade sind, hier als Lobbyisten aufzu-

treten. Aber ich wünschte mir, sie würden dann wenigstens dem Ersteren – ihrer Aufgabe als Professoren – gerecht (...).

2. Gedenken an die Opfer des Bombenkriegs im Zweiten Weltkrieg

(Aus der Rede von Dr. Peter Gauweiler, MdB, 1.7.2004)

Vor einem Jahr, am 5. Juni 2003, fand die erste Lesung unseres Antrages "Gedenken an die Opfer des Bombenkriegs im Zweiten Weltkrieg" statt. SPD und Grüne haben seitdem wenig unversucht gelassen, eine gemeinsame Entschließung des Bundestages zu diesem ernststen und wichtigsten Thema zu verhindern. In der Sitzung des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien vom 16. Juni 2004 haben wir die Stationen dieser ungunstigen Verweigerung dokumentiert. An SPD und Grüne: Diese Verweigerung war einer vor unserem Volk verantwortbaren Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland nicht angemessen. Selbst zu Ihrem eigenen Antrag, den Sie nach Monaten des Hin und Her und dann des völligen Verstummens endlich zu Papier brachten, haben wir eine Einigung mit folgenden Ergänzungen angeboten: Das Land ist sich aber auch schuldig, der eigenen Opfer zu gedenken. Sie müssen Bestandteil der gemeinsamen Erinnerung sein. Wer nicht die eigenen Toten zu betrauern vermag, dem glaubt niemand die Trauer um die anderen. Der Deutsche Bundestag wird sich zu diesem Gedenken am 13. Februar 2005 in der Dresdner Frau-

enkirche versammeln. Obwohl der Vorschlag eines Gedenkens des Bundestages am 13. Februar 2005 in Dresden aus Ihrer Mitte kam, haben Sie auch den diesbezüglichen Teil des Antrages gleich wieder abgelehnt. Selbst das ging Ihnen zu weit. Hier taucht wieder die Weltanschauung der nationalen Selbstverachtung auf, wie wir sie von den 68ern zur Genüge kannten und von der wir annahmen, Sie hätten sich davon befreit. Diese Sicht der Dinge ist so armselig. Wir sind über die Gefühllosigkeit von Rot und Grün hinsichtlich der Opfer des Bombenkrieges fassungslos. Die Verweigerung eines angemessenen Gedenkens durch die Mehrheit des Deutschen Bundestages ist unerhört.

Vielleicht sollten Sie sich mit einer dieser Tage publizierten Veröffentlichung des Deutschen Ärzteblattes (2. Juli 2004) unter dem Titel "Kriegskinder im Alter – Die psychosozialen Folgen einer Kindheit im Zweiten Weltkrieg wurden lange Zeit nicht wahrgenommen oder tabuisiert" befassen. Dort heißt es, dass als passiv Beteiligte – bei Kriegsende unter 18-jährig – heute noch 7,9 Millionen Männer und 8,73 Millionen Frauen am Leben sind.

Nicht dass SPD und Grüne generell von der Erinnerungskultur und vom Leid der Opfer nichts wissen wollten: Am gleichen Tag, dem 16. Juni 2004, da Sie den Deutschen selbst das kleinste Gedenken des Bundestages an die Opfer des Bombenkrieges verweigerten, brachten Sie ein

umfängliches Antragswerk ins Parlament ein, mit dem Titel "Zum Gedenken an die Opfer des Kolonialkrieges im damaligen Deutsch-Südwestafrika". Damit wollten Sie – schrieben Sie den Mitgliedern des Hohen Hauses – "den Opfern (der Völker der Herero und der Nama) ihre Würde und Ehre wiedergeben".

Begreifen Sie wirklich nicht, dass solche ethischen Postulate durch Ihre heutige Verweigerungshaltung zwangsläufig ins Peinliche abgleiten? Wer die ganze Welt umarmen will, aber die eigenen Leute vergisst, der handelt inhuman, selbst wenn er das Gegenteil behauptet.

Waren wir uns nicht einig, dass Erinnerung nichts auslassen darf und dass es eine halbe Erinnerung nicht gibt? Wir dachten, es sei Gemeingut einer von der Wahrung der unveräußerlichen Menschenrechte bestimmten Erinnerungskultur, dass auch gegen die Bevölkerung eines moralisch unterlegenen Unrechtsregimes nicht alles erlaubt ist, auch wenn diese Bevölkerung deutscher Nation ist.

Vom Bombenkrieg waren 30 Millionen deutsche Stadtbewohner betroffen. Die daher rührenden Traumata sind bis heute akut. Dabei wurden 160 Städte und an die 1 000 Ortschaften bombardiert. Diese Bombardierungen, die nach heutiger Rechtslage und auch nach dem Vorkriegsverständnis der zivilisierten Welt ein schweres Kriegsverbrechen waren, führten zum Verlust des historischen Antlitzes der deutschen Stadt. Die Zerstörung der deutschen Innenstädte betrug in der Regel

zwischen 50 und 90 Prozent. Dabei wurden über eine halbe Million Zivilpersonen getötet – verbrannt, erstickt, zerstückelt – über 70 000 Kinder, übrigens auch über 40 000 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene.

Unser Volk befasst sich zu Recht mit der deutschen Verantwortung um die Furcht und das Elend, welches vom Dritten Reich ausging. Jeder Deutsche ist darüber in einem Teil seines Herzens traurig bis er stirbt. Aber wir verbitten uns in aller Form, die Erwähnung der grausamen Vorgänge des Bombenkrieges auch der Alliierten und der Opfer dieser Kriege in einen zwanghaften Zusammenhang mit einer revisionistischen Geschichtsauffassung zu bringen. Frau Kollegin Erika Steinbach, der ich heute für ihr erinnerungskulturelles Engagement für die Millionen Opfer von Flucht und Vertreibung danke, hat mich dieser Tage auf einen Text von Carl Zuckmayer aufmerksam gemacht: Deutschland ist schuldig geworden vor der Welt. Wir aber, die wir es nicht verhindern konnten, gehören in diesem Weltprozess nicht unter seine Richter. Zu seinen Anwälten wird man uns nicht zulassen. So ist denn unser Platz auf der Zeugenbank, auf der wir Seite an Seite mit unseren Toten sitzen, und bei aller Unversöhnlichkeit gegen die Peiniger und Henker werden wir Wort und Stimme immer für das deutsche Volk erheben.

Zugelassene, berufene und vor allem gewählte Anwälte des deutschen Volkes sind heute wir, die Mitglieder des Deutschen Bundestages. Unser politisches

Mandat gilt niemand anderem als diesem einen deutschen Volk. Mit einem anderen “deutsch geborenen Geist” – Thomas Mann in seiner Selbstbeschreibung in “Deutschland und die Deutschen” – halten wir fest, dass es nicht zwei Deutschland gibt, ein böses und ein gutes, sondern nur eines, dem sein Bestes durch Teufelslist zum Bösen ausschlug. Darum ist es für einen deutsch geborenen Geist auch so unmöglich, das böse, das schuldbeladene Deutschland ganz zu verleugnen und zu erklären: Ich bin das gute, das edle, das gerechte Deutschland im weißen Kleid, das böse überlasse ich euch zur Ausrottung. Nichts von dem, was ich Ihnen über Deutschland zu sagen oder flüchtig anzudeuten versuchte, kam aus fremdem, kühlem, unbeteiligtem Wissen; ich habe es auch in mir, ich habe es alles an eigenem Leibe erfahren.

Unser heutiges weißes Kleid, das wir mit so viel Stolz in aller Welt herumzeigen, rechtfertigt nicht, den Toten die Erinnerung und damit die Ehre zu nehmen. Hören Sie endlich auf, ständig Ethik und Heuchelei zu verwechseln!

3. Vielfalt ist eine Stärke: Zum Schutz der kulturellen Vielfalt

(Aus der Rede von Günter Nooke, MdB, 23.9.2004)

Was wir (..) verhandeln, ist alles andere als der Zweig einer Orchideenwissenschaft, sondern beim Schutz der kulturellen Vielfalt handelt es sich um den

Stamm unserer Kulturpolitik schlechthin und den Erhalt der föderalen Struktur in Deutschland.

Es geht um handfeste Interessen. Es sind vor allem wirtschaftliche Interessen, die nach dem Gesetz der fortschreitenden Liberalisierung auch die kulturelle Vielfalt bedrohen können. Darüber lohnt es sich im Deutschen Bundestag zu diskutieren. Es soll uns niemand aus den Ländern vorhalten, wir hätten die föderale Vielfalt in Deutschland nicht verteidigt.

Zu Beginn ist festzustellen, dass das Anliegen von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages getragen wird. Das Thema eignet sich auch nicht für parteipolitische Streitereien. Ich stelle eingangs also lediglich fest, dass die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag das Thema schon früh und als erste – bereits im Januar 2003 im Vorfeld der GATS-Verhandlungen – in den Bundestag getragen hat. Wir haben damals ein völkerrechtliches Abkommen gefordert, ein “Instrument zum Schutz der kulturellen Vielfalt” als Referenzgröße für weitere Liberalisierungen im Dienstleistungssektor. Das war – mitsamt den Auswirkungen für Kultur und Bildung – der Koalition offenbar nicht so wichtig, denn die faktische Nicht-Präsenz der Koalitionäre von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte damals dazu geführt, dass eine Debatte im Bundestag nicht stattgefunden hat.

Dieser Umstand hatte mich damals zu der Äußerung genötigt, das Parlament dürfe in Zukunft das Thema “nicht verschla-

fen". Inzwischen sind alle aufgewacht. Darüber bin ich sehr froh. Und ich betone: Es herrscht Einigkeit in der Sache. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat diesem Antrag im federführenden Ausschuss für Kultur und Medien zugestimmt (...)

Ich beschränke mich also auf fünf Aspekte, die eng miteinander verbunden sind.

Erstens: Die Grundlagen sind gelegt. Im Januar 2004 hat das EU-Parlament im Beschluss zur kulturellen Vielfalt die Freiheit der nationalen Kulturpolitiken sichergestellt. Ein wichtiger Schritt. Im August dieses Jahres wurde bei einem Treffen der UNESCO und der WTO betont, dass "kulturelle Güter und Dienstleistungen gleichzeitig wirtschaftliche und kulturelle Aspekte haben und dass sie – da sie Identitäten, Wertvorstellungen und Bedeutungen übertragen – nicht wie normale Handelsware oder Konsumgüter behandelt werden dürfen". Diese Formulierung des Sachverhaltes habe ich zitiert aus dem mittlerweile vorliegenden "Entwurf eines Übereinkommens zum Schutz der Vielfalt kultureller Inhalte und künstlerischer Ausdrucksformen" der UNESCO. Einfacher zu behalten ist das Schlagwort der "Doppelnatur" der Kultur als öffentliches Gut und als Wirtschaftsgut.

Auch dieser Entwurf – der künftig in den Gremien zu verhandeln ist – ist eine der Grundlagen. Schon an dieser Stelle möchte ich ein wichtiges Fazit vorwegnehmen: Wir sollten diesen Entwurf, der bisher nur in

einer Arbeitsübersetzung vorliegt, unterstützen und seine Verwirklichung anstreben.

Zweitens: Vielfalt ist eine Stärke. In der Süddeutschen Zeitung war dieser Tage zu lesen: "Die auf den Handel verengte Sichtweise der ‚WHO‘ – Welthandelsorganisation – macht es für einzelne Staaten immer schwerer, ihren Markt in einer Weise zu regulieren, die kulturelle Vielfalt weiterhin gedeihen lässt." Das stellt der in Utrecht lehrende Professor für Politische Wissenschaften und Kulturpolitik, Joost Smiers, fest – „Süddeutsche Zeitung“ 19. August 2004. Er folgert daraus, dass die "Übergabe aller Kulturfragen an das Marktgesetz und seine ausführenden Organe" unvereinbar ist mit der Menschenrechtskonvention. Und ebenso deutlich ist seine Feststellung: "Die Geschichte lehrt uns, dass der Markt allein nicht alle Formen künstlerischen Ausdrucks pflegen kann." Er warnt davor, dass eine Konzentration der öffentlichen Aufmerksamkeit auf "eine Hand voll Stars, Blockbuster und Bestseller" vergessen machen kann, dass es mehr gibt als diesen marktwirtschaftlich erzeugten Eindruck eines Kanons. Unsere Frage ist also: Wie kann kulturelle Vielfalt dauerhaft gesichert und entwickelt werden? Wir müssen hier mit nationalem Selbstbewusstsein feststellen, dass Regelungen notwendig sind; und zwar einerseits im eigenen Staatsgebiet und andererseits mit Blick auf internationale Zusammenarbeit. Ohne "Hoheiten" zu verletzen, muss sich Deutschland im Zuge der anstehenden Verhandlungen mit weltweiter Tragweite dazu bekennen, seine kulturelle Vielfalt zu behaupten, und zwar aufgrund der berechtigten Interessen der Kultur, aber auch aus wirtschaftlichen Interessen.

Drittens: Die nationale Kulturpolitik – die UNESCO-Texte sprechen, sachlich korrekt, im Plural, daran muss man sich gewöhnen –, die nationalen Kulturpolitiken also dürfen nicht durch gut gemeinte Regulierung oder Deregulierungen den wirtschaftlichen Interessen geopfert werden. Im Gegenteil. Ein Ziel der Konvention muss es sein, jedes Land, das seinen Markt zugunsten kultureller Vielfalt regulieren möchte, vor Sanktionen zu schützen.

Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Vielfalt kulturellen Ausdrucks zu schützen, zu fördern und weiterzuentwickeln. Staatliche Kulturförderung – ob, wer und wie viel gefördert wird, muss weiter in Deutschland und das heißt vorrangig in den Ländern entschieden werden.

Viertens: Die Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten" des Deutschen Bundestages hat in der vergangenen Legislaturperiode festgehalten, dass unsere Zukunft nicht Industriestandort heißt, sondern Kreativmarkt, also in weitest denkbarer Weise auf Innovationen gegründet ist, die nicht in Einheitlichkeit entstehen kann."

Das hat sich vielleicht noch nicht so richtig herumgesprochen.

chen. Aber im Filmbereich und in der Musikwirtschaft ist das sehr anschaulich: einerseits die große wirtschaftliche Wertschöpfung, andererseits die enorme kulturelle Vielfalt allein in Europa. Die große Chance Deutschlands und der Europäischen Union liegt in der Vielfalt der Kultur. Aber sie ist auch – wirtschaftlich gesehen – ein Problem. Und ein Blick in die Kinoprogramme stimmt nachdenklich, wenn man sich die sehr unterschiedlichen Marktanteile ansieht, die sich oft allein aus der Größe des in der Regel eben englischen Sprachraums ergeben.

Wir müssen aus der Dichte, der Qualität, der Einzigartigkeit und der regionalen Vielfalt des Kulturangebots in Deutschland einen Exportschlager machen. Aber dafür müssen wir uns auch zuerst dieses Wertes bewusst werden, zweitens alles daran setzen, diese Vielfalt zu erhalten und drittens natürlich auch fragen, welche Produkte sich daraus bilden lassen, die eventuell ein weltweites Interesse hervorrufen. Als Beispiel seien nur die "Berliner Philharmoniker" genannt.

Fünftens: Unsere Aufmerksamkeit müssen wir zunehmend auf solche regionalen Marken lenken. Erfolgreiche regionale Marken sichern die Vielfalt. Das gilt vielleicht sogar für das deutsche Bier, das Münchner Oktoberfest und ganz sicher für unseren Tageszeitungsmarkt – auch wenn es hier derzeit Bestrebungen der Bundesregierung gibt, das zu konterkarieren. Kulturelle Vielfalt ist geprägt von Tradition, Brauchtum, Religion

und eben auch regionalem oder nationalem Bewusstsein davon. Dagegen kann man jede große, wirtschaftlich erfolgreiche, internationale "Marke" eher als eine Bedrohung der kulturellen Vielfalt beschreiben. Wer internationale Hotelketten kennt, weiß, was damit gemeint ist; aber auch Coca Cola, Gucci oder Ikea gehören wohl dazu. Aber was unterscheidet die Marke "Berliner Philharmoniker" von der Marke "Michael Jackson"? Hollywoodfilme werden als Verringerung der kulturellen Vielfalt wahrgenommen, während ein mongolischer oder selbst mexikanischer Film schon als Bereicherung verstanden wird. Wo ist da der Unterschied? Nur weil die Vermarktung von Hollywood aus erfolgreicher ist, kann daraus kein Vorwurf konstruiert werden.

Gerade weil die Abgrenzung von Kultur- und Wirtschaftsgut, wie eben beim Film angedeutet, nicht gelingt und damit innerhalb der GATS- bzw. WTO-Verhandlungen kein hinreichender "Kulturschutz" möglich ist, brauchen wir eine internationale Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt. Bei der Menschenrechtskonvention ist klar, was mit dem Schutz der Menschenrechte gemeint ist. Bei der Konvention zum Erhalt der Artenvielfalt, der Biodiversität, werden alle auf den Schutz von Pflanzen und Tieren eingeschworen. Bei der hier in Rede stehenden Konvention kann es meines Erachtens nicht darum gehen, dass andere bestimmen, dass alle Menschen dauerhaft ihre jetzige Kultur, das heißt kulturelle Entwicklungsstufe zu er-

halten haben. Worum es geht, ist meines Erachtens einzig und allein, dass es ihnen erlaubt bleibt, ihre kulturelle Lebensumwelt so zu erhalten und so weiterzuentwickeln, wie sie es für richtig halten. Das wird schwer genug durchzusetzen sein.

In Deutschland bedeutet das zum Beispiel, dass wir das duale Rundfunksystem erhalten und finanzieren können. Das heißt aber, es müsste mehr von Kultur und regionalem Bezug geprägt sein als heute. Der regionale Bundesligaverein reicht dafür nicht aus. Aber das wäre eine andere Diskussion. Wichtig war nur der Hinweis, dass wir hier nicht nur die so genannte Kulturhoheit der Länder verteidigen, sondern auch die Rundfunkhoheit, wenn sie sich denn als Teil kultureller Vielfalt verstünde und nicht als bloßer Mitläufer im Quotenrennen.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Ich bin sehr für den Bestand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Je mehr regionale Schwerpunkte verankert werden und vor allem: je relevanter die Inhalte mit Bezug zur Kultur sind, desto klarer wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk den Kriterien der Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt gerecht.

Dabei geht es auch um die mediale Vermittlung und Pflege der deutschen Sprache. Daher ist die Aufgabe nicht zu unterschätzen, die hier auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten zukommt. Wissen und Kenntnis um die kulturellen Grundlagen unserer Gemein-

schaft zu vermitteln und damit eine entsprechende Nachfrage bei den Bürgern zu pflegen muss als Aufgabe in der Breitenvermittlung der Sendeanstalten begriffen werden. Daher begrüße ich die jüngsten Selbstverpflichtungserklärungen der Sender, die die notwendige Sensibilität erkennen lassen (...)

4. Deutschlandbild im Ausland ist gesamtstaatliche Aufgabe

(Aus der Rede von Günter Nooke, MdB, 16.9.2004)

Endlich hat es auch das Auswärtige Amt erkannt: „Wir müssen das Deutschlandbild neu definieren“. Und so hat der Außenminister die Kompetenzen für die Außendarstellung des Landes in einer neuen Abteilung gebündelt. Über den Zuwachs an Deutungsmacht wird sich der Minister mehr freuen als über die Aufgabe, die ihn erwartet.

Anzeichen dafür, was das neue Deutschlandbild ausmachen wird und mit welchen Mitteln es zu realisieren ist, stimmen eher pessimistisch:

In der Subventionsdiskussion wurde vor allem über den ohnehin geringen Etat der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik diskutiert. Wenn man dieses Budget zum Sparschwein der Nation macht, ist die Vermittlung eines neuen Deutschlandbildes gleich überflüssig.

Dass die Deutsche Welle jedes Jahr um ihren Etat bangen muss, macht die kontinuierliche, glaubhafte Arbeit zu einer An-

strengung. Und es ist bezeichnend, dass vom Auswärtigen Amt bei der Novellierung des Deutsche-Welle-Gesetzes als erstes der Hinweis auf die „Kulturation Deutschland“ getilgt wurde.

Bei der Fußball-WM 2006 wird Deutschland im Zentrum des medialen Interesses stehen. Die Vermittlung eines neuen Deutschlandbildes gelingt hier, oder sie scheitert auf Jahrzehnte.

Die bisherigen Pläne für ein Kulturprogramm zur WM lassen jedenfalls keine erfreuliche Prognose zu. Deshalb wird sich der Ausschuss für Kultur und Medien auf Initiative der CDU/CSU mit dem Thema so bald als möglich erneut beschäftigen.

Es ist unbestritten, dass wir uns ein Bild von Deutschland im Ausland zutrauen müssen. Wir müssen den Mut haben zu bestimmen, wie wir im Ausland wahrgenommen werden wollen. Das bedarf „der Klarheit über unsere eigenen Grundwerte, die wir verteidigen und zu denen wir stehen müssen. Toleranz ist Ausdruck von Selbstbewusstsein, nicht von Schwäche“ (Außenminister Fischer vor dem EU-OIC-Forum im Februar 2002). Das Bewusstsein des Eigenen stärkt die Fähigkeit zur Toleranz. Der Mut, dieses Eigene zu formulieren, fehlt nicht nur dem Außenminister, sondern auch der Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragten für Kultur und Medien.

Die Formulierung eines „neu-

en Deutschlandbildes“ muss eine Debatte der nächsten Monate nicht nur unter Politikern sondern in der gesamten Gesellschaft werde. Erst wenn die Deutschen wissen, was sie wollen, werden sie andere im Ausland davon überzeugen können und für andere glaubwürdig werden.

5. Kein Steuergeld für den ‘Palast der Republik’: Abriss des ‘Palastes der Republik’ spätestens im Sommer 2005 sicherstellen

(Aus der Rede von Günter Nooke, MdB, zur Diskussion des CDU/CSU-Antrages “Abriss des Palastes der Republik nicht verzögern“, 22.9.2004)

Die Mitglieder aller Fraktionen im Ausschuss für Kultur und Medien haben heute den Beschluss zum Abriss des „Palastes der Republik“ und zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlösses unter Berücksichtigung der historischen Fassaden des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 bekräftigt.

Nun muss endlich sichergestellt werden, dass der Abriss des „Palastes der Republik“ spätestens im Sommer 2005 erfolgt. Der Beschluss vom Sommer 2002 ist eindeutig, weitere Verzögerungen sind nicht hinnehmbar.

Alle Fraktionen haben im Ausschuss betont, dass keine öffentlichen Mittel für die Nutzung des „Palastes der Republik“ zur Verfügung gestellt werden dürfen. Steuergelder für die „Palast“-Nutzung sind keine sinn-

volle Investition, sondern fehlen der Kultur an anderer Stelle.

Die Unionsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass endlich ein Ort zur Einwerbung von privaten Mitteln zur Wiedererrichtung des Schlosses zur Verfügung gestellt wird. Das sieht auch der Bericht der Expertenkommission ausdrücklich vor. Die Wiedererrichtung des Schlosses lebt vom Engagement der Bürger.

Bürgerschaftliches Engagement darf nicht verhindert, sondern muss gefördert werden. Die Mitte Berlins ist hierfür ein exemplarischer Ort.

6. Musik-Quote per Gesetz trifft den Gebührenzahler

(Aus der Erklärung von Günter Nooke, MdB, anlässlich der gemeinsamen Anhörung von Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" und Kulturausschuss im Deutschen Bundestag zum Thema "Quote für Musik aus Deutschland", 29.9.2004)

Die Debatte um einen höheren Anteil deutscher Musik in den Medien ist aus Sicht der Künstlerinnen und Künstler berechtigt und zu begrüßen. Der Weg dorthin sollte über eine freiwillige Selbstverpflichtung der Medien führen oder auch durchaus über eine weitergehende Regelung in den Rundfunkstaatsverträgen der Länder. Wer allerdings lautstark nach einer gesetzlichen Quote deutscher Musik in den Medien ruft, muss wissen, dass er damit die Künstler entmündigt

und die Hörer wie in der DDR bevormundet.

Zudem darf mit Spannung erwartet werden, wie im Falle eines Verstoßes gegen die gesetzliche Quoten-Regelung der "vollstreckungsfähige Verwaltungsakt" aussehen soll. Für solche aberwitzigen Rechtsvorgänge wird am Ende der Gebührenzahler geradestehen müssen (...).

7. Hauptstadtkultur richtig fördern

(Aus der Erklärung von Günter Nooke, MdB, zum Bericht des Rechnungshofs über den Hauptstadtkulturfonds, 8.10.2004)

Die Empfehlungen des Bundesrechnungshofs sind ebenso deutlich wie einleuchtend: Der Bund als Geldgeber habe zu entscheiden, was mit seinem Geld gefördert werden soll. Und da das jetzt nicht so ist, seien die Richtlinien entsprechend zu verändern.

Das ist eine klare Absage an die bisherige Praxis. Sie besteht bis dato darin, dass der Bund das Geld gibt, die Förderentscheidungen aber Berlin trifft. Nun kann der Hauptstadtkulturfonds nicht weiter zum Stopfen von Berliner Löchern missbraucht werden. Das wurde auch Zeit.

Zur gleichen Zeit zerbricht sich die Kulturstiftung des Bundes den Kopf darüber, wie sie ihre Projektförderung so gestaltet, dass sie nicht auffällig viele Projekte in der Hauptstadt realisiert, aus der ein Gros der Anträge kommt. Der Hauptstadtkulturfonds gehört in die Obhut der Kulturstiftung des Bundes und ihrer Jury – und langfristig

in die Obhut einer Deutschen Kulturstiftung von Bund und Ländern. Denn offenbar können sich Bund und Länder besser um die Kultur in der Hauptstadt kümmern als die Berliner Senatsverwaltung.

8. Berlin gefährdet Grundlagen der Kulturfinanzierung

(Aus der Erklärung von Steffen Kampeter, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss, zur Verzögerung des Abrisses des Palastes der Republik und zur Nichtbeachtung von mit dem Bund getroffenen Vereinbarungen durch das Land Berlin, 26.10.2004)

Das Land Berlin hält sich in der Kulturfinanzierung nicht an Vereinbarungen mit dem Bund, fordert aber immer mehr Geld. Das Verhalten des Berliner Senates, wo z.B. der Abriss des Palastes der Republik immer wieder verzögert wird, verletzt die Vertragsgrundlagen der gemeinsamen Kulturfinanzierung. Wer sich fortdauernd nicht an vertraglich getroffene Vereinbarungen hält, muss damit rechnen, dass der Vertrag als gegenstandslos erachtet wird.

Neben dem durch Schlampigkeit der Senatsverwaltung verzögerten Abriss des Palastes der Republik ist das Bauvorhaben der Topographie des Terrors ein weiteres prominentes Beispiel, wie Berlin Vereinbarungen missachtet und Gelder in den Sand setzt. Auch die Opernreform, die im Gegenzug zur Übernahme der Akademie der Künste durch den Bund vereinbart wurde, ist

noch nicht abschließend umgesetzt worden. Gleichzeitig fordert Berlin aber zusätzliche Mittel in Höhe von ca. 100 Mio. Euro für das Naturkundemuseum vom Bund. Dies ist ein unverschämter Griff in die Taschen der Steuerzahler.

Der Staatsministerin Christina Weiss fehlt es offenbar an Kraft und Willen, sich diesem unverfrorenen Verhalten der rot-roten Berliner Koalition entgegenzustellen. Die fehlende Durchsetzungskraft der Staatsministerin spiegelt sich auch beim Hauptstadtkulturfonds wider. Hier ist der Bund gemäß Prüfungen des Bundesrechnungshofes zwar alleiniger Geldgeber, die Förderentscheidungen werden aber maßgeblich vom Land Berlin getroffen. Der Bund hat laut Rechnungshof keine Möglichkeiten zur Kontrolle der wirtschaftlichen und zweckmäßigen Verwendung der Mittel. Staatsministerin Weiss muss nun endlich dafür Sorge zu tragen, dass Berlin politische sowie vertragliche Verpflichtungen einhält.

Es darf nicht sein, dass unfähige Berliner das Geld an vielen Stellen zum Fenster hinauswerfen und sich daraufhin vom Bund alimentieren lassen wollen.

b) Anfragen und Anträge

1. Kleine Anfrage: Projektförderung im Rahmen der Gedenkstättenförderung des Bundes (15.6.2004)

Im Rahmen der "Gesamtkonzeption zur Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland" stellt die Bundesregierung Ko-Finanzierungsmittel für Projekte zur Verfügung, die vom jeweiligen antragstellenden Land mit mindestens 50% gefördert werden. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt der Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragten für Kultur und Medien bei Kapitel 0405 Titel 685 61 eingestellt (Projektförderung "Gedenkstättenkonzept").

Von den im Haushaltsjahr 2003 zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 8,458 Mio. Euro flossen lediglich 6,362 Mio. Euro für bewilligte Projekte ab, bei einer von den Projektträgern insgesamt beantragten Summe von 8,082 Mio. Euro.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Gremien haben zu welchem Zeitpunkt bzw. welchen Zeitpunkten über die Anträge auf Förderungen im Rahmen des Gedenkstättenkonzepts entschieden, für das im Jahr 2003 Mittel in Höhe von 8,458 Mio. Euro im Haushalt der Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragten für Kultur und Medien zur Verfügung standen?

2. Warum wurden die für das Gedenkstättenkonzept bei Kapitel 0405 Titel 685 61 zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 8,458 Mio. Euro im Jahr 2003 nicht in voller Höhe verausgabt? Wurden die angefallenen Minderausgaben in Höhe von rd. 2,1 Mio. Euro anderwei-

tig verwandt, und wenn ja, wofür?

3. Sind von den bewilligten Mitteln in Höhe von rund 6,362 Mio. Euro Projektgelder von den Antragstellern nicht abgerufen worden? Wenn ja, warum und in welcher Höhe?

4. Welchen Eindruck hat die Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte für Kultur und Medien von der Qualität der eingereichten Projektanträge? Welche Gründe können zur Ablehnung von Projektanträgen führen?

5. Wurden potentielle Projektträger ermutigt, sich um Projektfördermittel zu bewerben?

6. Wie haben sich die Beantragungen um und die Bewilligungen von Mitteln aus der "Projektförderung im Rahmen der Gedenkstättenförderung des Bundes" seit ihrer Einstellung in den Bundeshaushalt entwickelt? Wie beurteilt die Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte für Kultur und Medien die künftige Entwicklung, auch vor dem Hintergrund, dass für 2004 bereits Anträge in Höhe von über 11 Mio. Euro vorliegen?

7. In welcher Höhe sind gegenüber den bei Kapitel 0405 Titel 685 61 jeweils veranschlagten Projektfördermitteln für das Gedenkstättenkonzept jährlich Minder- oder Mehrausgaben angefallen und warum?

8. Wie werden sich nach bisherigen Erkenntnissen die Projektfördermittel für das Gedenkstättenkonzept bei Kapitel 0405 Titel 685 61 in den kommenden Jahren entwickeln? Welche Änderungen in der bisherigen Vergabepaxis sind nach Ansicht der

Bundesregierung sinnvoll, um die Fördermittelvergabe auch in Zukunft optimal abwickeln zu können? Sind Änderungen in der bisherigen Vergabepraxis in Planung?

2. Antrag: Abriss des "Palastes der Republik" nicht verzögern (11.6.2004)

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 4. Juli 2002 die Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses unter Berücksichtigung der historischen Fassaden mit großer und fraktionsübergreifender Mehrheit beschlossen. Er begrüßt, dass der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe "Schlossareal" an der Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses unter Berücksichtigung der historischen Fassaden und an der Nutzungsvariante des Humboldt- Forums festhält. Der Deutsche Bundestag hat am 13. November 2003 die Bundesregierung aufgefordert, den Abriss des Palastes der Republik öffentlich auszuschreiben, zu beauftragen und gemeinsam mit dem Land Berlin für eine gestalterische Übergangsgestaltung des gesamten Areals zu sorgen. Dem ist die Bundesregierung bisher nicht nachgekommen. Inzwischen hat der aus Bundesmitteln finanzierte Hauptstadtkulturfonds allein bis Januar 2004 rund 200.000 Euro bereitgestellt, um im "Palast der Republik" Veranstaltungen durchzuführen, obwohl eine Unterstützung durch öffentliche Mit-

tel auch von Seiten der Bundesregierung ausdrücklich abgelehnt wird.

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf sicherzustellen, dass der Abriss des "Palastes der Republik" Anfang des Jahres 2005 erfolgt und die dafür notwendigen Vorarbeiten ohne Verzug durchzuführen.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Planungen für die gestalterische Zwischennutzung der Fläche im Herbst 2004 vorzulegen.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Errichtung eines Einheits- und Freiheitsdenkmals auf dem Sockel des alten Nationaldenkmals, wie es von einer Initiative im Mai 1998 vorgeschlagen und in der vergangenen Legislaturperiode parteiübergreifend in einem Gruppenantrag unterstützt wurde, im Zuge der Planungen und im Zeitplan zu bedenken.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass ein Areal auf der Schlossfreiheit/ Unter den Linden als Ort für die im Bericht der Expertenkommission vorgesehene Einwerbung von privaten Mitteln zur Wiedererrichtung des Schlosses zur Verfügung gestellt werden kann.

5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich stärker als bisher dafür einzusetzen, keine öffentlichen Mittel für die Nutzung des "Palastes der Republik" zur Verfügung zu stellen.

3. Kleine Anfrage: Auftaktveranstaltung und Kulturprogramm zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland (26.10.2004)

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung und das Organisationskomitee FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 mit einem umfangreichen Gastgeberkonzept in Kooperation mit Wirtschaft, Verbänden und anderen gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen die einmalige Chance nutzen wollen, die sich mit der Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland bietet. Dazu soll – auf Initiative der Bundesregierung – auch eine Auftaktveranstaltung mit dem Ziel beitragen, Deutschland als weltoffenes, tolerantes und modernes Land zu präsentieren. Die Auftaktveranstaltung, die für den 8. Juni 2006 im Berliner Olympiastadion geplant ist, soll das Motto der WM "Die Welt zu Gast bei Freunden" ("Time to make friends") künstlerisch umsetzen. Mit der künstlerischen Leitung des Kulturprogramms, der Auftaktveranstaltung, der Veranstaltung vor dem Eröffnungsspiel und der Schlussveranstaltung im Anschluss an das Finale wurde André Heller beauftragt. Für das Kulturprogramm der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland ist im Entwurf zum Bundeshaushalt 2005 ein Zuschuss in Höhe von 10 Mio. € an die DFB-Kulturstiftung vorgesehen. Insgesamt sind für dieses Programm bis 2006 Mittel in Höhe von 30 Mio. € veranschlagt. Zusätzlich sind u.a. für die Auftaktveranstaltung bis 2006 weitere Ausgaben in

Höhe von 22,65 Mio. Euro im Bundeshaushalt vorgesehen. Nach dem am 7. Oktober 2004 von Bundesinnenminister Schily und FIFA-Präsident Blatter unterzeichneten "Memorandum of Understanding", das die Rahmenbedingungen für die Auftaktveranstaltung zur WM 2006 festlegt, soll die Veranstaltung nun mit rund 22 Mio. Euro ausschließlich von der FIFA finanziert werden.

Einige Äußerungen von André Heller in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL vom 30.8.2004 und auf einer Pressekonferenz am 7. Oktober 2004 in Berlin, sowie Äußerungen des Bundesinnenministers, Otto Schily, bei derselben Pressekonferenz und im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 20. Oktober 2004 werfen allerdings Fragen zu inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Aspekten auf und bedürfen der Klärung.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Gründe sprachen aus Sicht der Bundesregierung dafür, neben einer Eröffnungsfeier unmittelbar vor dem Eröffnungsspiel am 9. Juni 2006 in München eine Eröffnungsfeier am 8. Juni 2006 in Berlin vorzusehen?

2. Wie ist sichergestellt, dass das Ziel der Auftaktveranstaltung, Deutschland als "weltoffenes, sympathisches, modernes Land" (Bundesinnenminister Otto Schily im Ausschuss für Kultur und Medien am 20. Oktober) zu präsentieren, erreicht wird?

3. Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung der Auftaktveranstaltung im Blick auf die Vermittlung eines Deutschlandbildes im Ausland zu? Welche Rolle spielt dabei die im Sommer eingerichtete "Abteilung Kommunikation" im Auswärtigen Amt zur Koordination des Deutschlandbildes im Ausland?

4. Welche Botschaften sollen nach Ansicht der Bundesregierung mit Hilfe der Auftaktveranstaltung der Welt vermittelt werden und auf welche Weise?

5. Wem obliegt innerhalb der Bundesregierung die Federführung für die Zusammenarbeit mit André Heller und wer ist innerhalb der Bundesregierung noch daran beteiligt? Welche inhaltlichen Vorgaben können von der im Sommer im Auswärtigen Amt eingerichteten "Abteilung Kommunikation", deren Aufgabe der Außenminister mit den Worten "wir müssen das Deutschlandbild neu definieren" umrissen hat, erwartet werden?

6. Was soll der von André Heller als erster Teil der Auftaktveranstaltung auf der Pressekonferenz am 7. Oktober 2004 so genannte "Deutschlandteil" nach Meinung der Bundesregierung thematisieren? Welchen Einfluss hat die Bundesregierung auf die inhaltliche Gestaltung des Auftaktereignisses und speziell des "Deutschlandteils"?

7. Was versteht die Bundesregierung unter dem von André Heller auf der Pressekonferenz am 7. Oktober 2004 benutzten Begriff "Weltvermittlungsversuch" als Beschreibung des Auftaktprogramms?

8. Liegt bereits ein Konzept

für die Auftaktveranstaltung am 8. Juni 2006 in Berlin vor und wenn ja, wie sieht es aus? Auf welche Weise ist die Bundesregierung bei der Erarbeitung des endgültigen Konzeptes durch André Heller eingebunden?

9. Welche Vorschläge hat die Bundesregierung bei ersten Gesprächen mit dem künstlerischen Leiter gemacht, um Veranstalter und Organisatoren aus Deutschland bei der Auftaktveranstaltung einzubeziehen? War die Bundesregierung an den Entscheidungen bei der Zusammenstellung des organisatorischen Teams um den künstlerischen Leiter beteiligt? Inwieweit hat die Bundesregierung auf entsprechende Entscheidungen Einfluss?

10. Teilt die Bundesregierung die Beurteilung von André Heller, dass die WM-Eröffnung von Paris im Jahr 1998 ein "unseliges Freizeitparaspektakel" gewesen sei "mit ein paar Blumenmädchen in aufblasbaren Plastikelchen" (DER SPIEGEL, 30.8.2004)? Welche Schlussfolgerungen für die Gestaltung der Eröffnungsfeier in Deutschland zieht sie daraus?

11. Was ist in dem am 7. Oktober 2004 von Bundesinnenminister Schily und FIFA-Präsident Blatter unterzeichneten "Memorandum of Understanding" im Einzelnen festgelegt? Wer vertritt – und in welchen Gremien der FIFA – das Gastgeberland Deutschland?

12. Welchen Einfluss hat die Bundesregierung auf Entscheidungen der FIFA Verträge mit Sponsoren betreffend? Wie wird der Aussage von Innenminister Schily im Ausschuss für Kultur

und Medien am 20. Oktober 2004 Rechnung getragen, die Auftaktveranstaltung dürfe "nicht eine Werbeveranstaltung für CocaCola" sein?

13. Welchen Einfluss hatte die Bundesregierung auf das Motto und die Gestaltung des Logos für die Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland und aufgrund welcher Vereinbarungen ist das Gastgeberland an Entscheidungen hierüber gebunden?

14. Wie unterstützt die Bundesregierung die Einbeziehung tausender freiwilliger Helfer für die Realisierung der Auftaktveranstaltung?

15. In welcher Höhe sind Mittel für die im begleitenden Kulturprogramm vorgesehenen Veranstaltungen, die die vom Bund finanziell ausgestattete "DFB-Kulturstiftung" realisieren soll, vorgesehen?

16. Welche Funktion soll das Kulturprogramm vor und während der Fußball- Weltmeisterschaft erfüllen? Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit den bereits laufenden Veranstaltungen im Sinne ihrer Intention gemacht? Wo sieht sie Handlungsbedarf?

17. Wie verteilen sich die im Kapitel 0602 Titel 532 11 des Entwurfs zum Bundeshaushalt 2005 veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 22,65 Mio. Euro auf die drei in der Zweckbestimmung genannten Aufgabenbereiche Auftaktveranstaltung, Aufgaben der PG WM 2006 und Sicherheitsmaßnahmen und welche Auswirkungen hat das mit der FIFA unterzeichnete Memorandum of Understanding darauf? Werden noch andere mit der Fußball-WM

2006 zusammenhängende Aufgaben aus dem genannten Titel bestritten und wenn ja, welche?

18. Wie sind die in der Pressemitteilung des BMI vom 7. Oktober 2004 genannten Kosten für die Auftaktveranstaltung in Höhe von rd. 22 Mio. ? berechnet worden, und aus welchen Positionen setzen sich die erwarteten Gesamtausgaben zusammen? Wer trägt bei einer Überschreitung der veranschlagten Kosten für die Auftaktveranstaltung die anfallenden Mehrausgaben?

19. Wofür sollen die Erlöse der ursprünglich zur Finanzierung der Auftaktveranstaltung gedachten Goldmünze nach der Kostenübernahme durch die FIFA verwendet werden? Wie sieht der von Innenminister Schily genannte "WM-nahe Zweck" (FAZ vom 8. Oktober 2004) genau aus?

20. Was unternimmt die Bundesregierung, um die geplanten Kulturveranstaltungen vor und während der Weltmeisterschaft zu kommunizieren?

21. Sind schon vor dem Jahr 2006 gezielte Maßnahmen zur Fußball-Weltmeisterschaft im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung geplant und wenn ja, welche und welches Ziel soll damit verfolgt werden?

22. Welche Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Vorbereitungsaktivitäten sollen im Vorfeld der Fußball-WM 2006 im Inland und welche im Ausland durchgeführt werden? Wem obliegt die Koordination innerhalb der Bundesregierung dafür?

23. Warum hält es die Bundesregierung für notwendig, öffent-

lichkeitswirksame Maßnahmen im Vorfeld der Fußball-WM 2006 im Inland durchzuführen?

24. Liegt der 4. Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Fußball-WM 2006 bereits vor? Was ist in den Fortschrittsberichten im Einzelnen enthalten?

25. Werden die Fortschrittsberichte zur Fußball-WM 2006 veröffentlicht und wenn nein, warum nicht?

26. Gibt es innerhalb der Bundesregierung eine Liste der geplanten Termine und Maßnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf die Fußball-WM 2006 und wenn ja, welche öffentlichkeitswirksamen Termine und Maßnahmen sind darin enthalten und welche Kosten sind mit den einzelnen Maßnahmen verbunden?

27. Plant die Bundesregierung die Einrichtung einer eigenen Internet-Seite zur Fußball-WM 2006 und wenn ja, welcher Zweck wird damit verfolgt? Wann wird diese Internet-Seite gestartet und welche Kosten sind mit der Internetseite verbunden?

4. Große Anfrage: Situation der Breitenkultur in Deutschland (9.11.2004)

Bürgerschaftliches Engagement in allen seinen Facetten und Tätigkeitsfeldern ist Ausdruck der Verantwortungsbereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern für das Gemeinwohl. Damit korrespondiert der Grundsatz der Subsidiarität, wonach der Staat auf die Übernahme von Aufgaben zu verzichten hat, die von Einzelnen oder freien Trägern wirksamer und bürgernäher erfüllt wer-

den können. Das bürgerschaftliche Engagement im Bereich der Kultur ist eingebunden in die Gesamtstruktur des kulturellen Lebens in der Bundesrepublik. Dieses ist geprägt vom Zusammenwirken der Kulturwirtschaft, dem privaten Engagement in Vereinen, Stiftungen u.ä. sowie den in öffentlicher Trägerschaft befindlichen oder von der öffentlichen Hand geförderten Kultureinrichtungen. Das bürgerschaftliche Engagement vieler Menschen ist unverzichtbar für die Pflege der Kultur, für den Erhalt und die Fortentwicklung kultureller Werte, aber auch für die gesellschaftliche Integration und das zivilgesellschaftliche Fundament des Gemeinwesens. Dieses Engagement erstreckt sich nicht nur auf den Musik- und Theatersektor, sondern garantiert auch den Erhalt von Museen, Bibliotheken, Kunstgalerien, und vieler anderer Kultureinrichtungen sowie der Brauchtumpflege. Insgesamt sollen in Deutschland mehr als 3,5 Millionen Menschen im Kulturbereich bürgerschaftlich aktiv sein [Quelle: Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur stärken, Deutscher Kulturrat, 26.9.2003], davon praktiziert eine große Zahl kulturelle Freizeitaktivitäten in Laienorganisationen. Die Situation der Breitenkultur, teilweise auch Laienkultur genannt, wurde bisher nur punktuell untersucht und nicht losgelöst von anderen Fragestellungen. Die Laienkultur wird teilweise mit Soziokultur gleichgesetzt. In der Antwort auf eine Große Anfrage zur Soziokultur (Bundestags-Drucksache 14/4020 vom 24. August 2000) hat die Bundesregierung

festgestellt, dass eine Gleichsetzung von Laienkultur mit Soziokultur nicht gerechtfertigt ist, und Laienkultur überwiegend auf einer ehrenamtlichen Struktur beruht, die langfristig angelegt und häufig in der Rechtsform des Vereins organisiert ist. Die Laienkultur bzw. Breitenkultur erfordert daher eine besondere Betrachtung, die bislang nicht erfolgt ist.

Wir fragen die Bundesregierung:

Allgemeine Fragen

1. Was versteht die Bundesregierung unter den Begriffen Breitenkultur bzw. Laienkultur bezogen auf alle Sparten von Kultur und Kunst?

2. Wie viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland engagieren sich aufgeteilt nach Sparten, Organisationsformen, Art der Betätigung, Geschlecht, Lebensalter, Einkommen, Bildungsstand, Funktion, Zeitaufwand, Geldaufwand und Motivation bürgerschaftlich im Bereich der Kultur?

3. Wie viele von diesen sind mehrfach engagiert? Wie gliedern sich diese bürgerschaftlich Aktiven in konfessionelle und nichtkonfessionelle Gruppen?

4. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung bezüglich der Altersstruktur, des Einstiegsalters und der Dauer des bisherigen bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich? Haben sich diese Parameter in den vergangenen 15 Jahren verändert, und wenn ja, was sind die wesentlichen Gründe für diese Veränderung?

5. Gibt es Anzeichen, dass die

demographische Entwicklung zu Nachwuchsproblemen für Laientheater und Laienensembles führt? Wenn ja, wie zeigt sich diese Entwicklung in den unterschiedlichen Sparten und welche Gründe liegen dem zugrunde?

6. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die demographische Struktur der Besucher von Breiten- bzw. Laienkulturveranstaltungen?

7. Welchen Stellenwert nehmen die Angebote von allgemein bildenden Schulen, Volkshochschulen und allgemeinen Hochschulen im Vergleich zu den kulturellen Angeboten der Laienorganisationen ein?

8. Welche Bedeutung besitzen Laienorganisationen für die kulturelle Grundversorgung? Besteht in soweit ein Unterschied zwischen den Ballungszentren und ländlichen Räumen?

9. Kommt der Breiten- bzw. Laienkultur für das soziale Leben in ländlichen Regionen eine besondere Rolle zu und wenn ja, welche?

10. Welche Bedeutung haben nach Ansicht der Bundesregierung die neuen Medien, insbesondere das Internet, bei der Informationsbeschaffung und Förderung von Breiten- bzw. Laienkultur?

11. Wie beurteilt die Bundesregierung den Einfluss des Internets auf die Verbreitung von Laienfilmen und -musik und als Informationsmedium für Laienkulturvereine?

12. Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um Lamentheater stärker in den Dialog um den Fortbestand und die Weiterentwicklung der deutschen Theater- und Kulturland-

schaft einzubeziehen?

13. Welche staatlichen und öffentlichen Auszeichnungen für bürgerschaftlich Tätige im Bereich der Laienkultur aufgeteilt in alle Sparten sind der Bundesregierung bekannt und wie viele Auszeichnungen werden in diesem Bereich jährlich vergeben? Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Verhältnis diese zu den Auszeichnungen für bürgerschaftlich Tätige im sozial-karitativen Bereich bzw. im Bereich des Sports quantitativ und qualitativ stehen und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung eine möglicherweise auffallende Differenz?

14. Wie steht die Bundesregierung einer Imagekampagne zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich der Breitenkultur gegenüber und wäre sie zu einer Förderung bereit?

Förderung und wirtschaftlicher Faktor

15. Welche Rolle misst die Bundesregierung der Breitenkultur bei der Integration von Immigranten zu? Wie informiert die Bundesregierung Immigranten über die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements in Laienkulturvereinen mit überwiegend deutschen Mitgliedern?

16. In welcher Höhe fördert die Bundesregierung Laienkulturvereine, deren Mitgliedschaft sich durch überwiegend ausländische Staatsbürger kennzeichnet? Nach welchen Kriterien wählt die Bundesregierung diese Vereine aus?

17. Hat die Bundesregierung ein Konzept, das die Rolle der

Breitenkultur im Rahmen des kulturellen Dialogs beschreibt? Auf welche Weise kann durch Breitenkultur die Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund gefördert werden?

18. Wie fördert die Bundesregierung deutsche Breitenkultur im Ausland? Wie werden im Ausland lebende deutsche Minderheiten bei der Ausübung von laienkulturellen Aktivitäten unterstützt?

19. Wie fördert die Bundesregierung das aktive Laienmusizieren für Angehörige sozial benachteiligter Randgruppen, für die die Anschaffung eines Musikinstruments die finanziellen Mittel übersteigt? Welche alternativen Finanzierungsmodelle schlägt die Bundesregierung vor, um insbesondere Kindern und Jugendlichen aktives Musizieren zu ermöglichen?

20. Welchen Anteil hat nach Kenntnis der Bundesregierung die Breitenkultur am Beitrag der Kulturwirtschaft zum Bruttosozialprodukt in Deutschland?

21. Wie viele kulturelle Laienveranstaltungen werden jeweils vom Bund, den Ländern und Kommunen gefördert und wie hoch ist die Bezuschussung im Durchschnitt pro Veranstaltung?

22. Wie ist die Breitenmusikförderung der Bundesregierung organisiert? In welchen Kategorien und nach welchen Kriterien fördert die Bundesregierung Musik allgemein und welche Ressorts sind an der Bundesförderung beteiligt?

23. In welchem Umfang förderte die Bundesregierung die einzelnen unter 22 genannten Bereiche in den letzten zehn Jahren und welche zukünftigen Zie-

le verfolgt die Bundesregierung für die Förderung von Breitenkultur?

24. Welche Aktivitäten in den Organisationen der Breitenkultur werden konkret und in welcher Weise gefördert und wie verhält sich das Gesamtvolumen prozentual zu den Haushaltstiteln? Hält die Bundesregierung diese Verteilung der Mittel für hilfreich, Innovation in den Strukturen der Breitenkultur und ihrer Organisationen zu fördern?

25. In welchem Umfang fördert die Bundesregierung im Rahmen des internationalen Kulturaustausches Gastspielreisen und Austauschvorhaben im Bereich der Laiensprech-, Laientanz- und Laienmusiktheater? Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung die finanziellen Rahmenbedingungen zu verbessern?

26. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, finanzielle Mittel, die im Rahmen der auswärtigen Kulturförderung für internationale Fachkonferenzen und Gastspielreisen zur Verfügung stehen, auch den Dachverbänden im Bereich der Breitenkultur zu öffnen?

27. Auf welche Art und in welchem Umfang wird die Laienkultur öffentlich und privat gefördert? Auf welche Erhebungen greift die Bundesregierung für diese Daten zurück?

28. Welche wirtschaftliche Bedeutung hat das Veranstaltungswesen im Bereich der Breitenkultur nach Auffassung der Bundesregierung und wie hat sich der Umsatz in den letzten zehn Jahren entwickelt?

29. Liegen der Bundesregierung Angaben bezüglich der

wirtschaftlichen Bedeutung für im Zusammenhang mit Breitenkultur stehenden Anschaffungen wie z.B. Uniformen, Notenmaterial, Instrumente, Literatur vor?

30. Sind der Bundesregierung wissenschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Datenerhebungen und Studien über die Struktur und kulturelle bzw. unternehmerische Bedeutung der vielschichtigen Laienkulturszene bekannt und wie werden solche Forschungsarbeiten von ihr unterstützt?

31. Beabsichtigt die Bundesregierung weitere Studien in Auftrag zu geben und gegebenenfalls mit welcher Zielsetzung?

32. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auftrittssituation von Nachwuchskünstlern aus dem Laienkulturbereich in Deutschland und wie schätzt sie den Nutzen der Förderung von nationalen Nachwuchswettbewerben ein? Welche Instrumente setzt die Bundesregierung ein, um den Nutzen regelmäßig neu zu bewerten und die Förderpraxis zu überprüfen?

33. Welche bedeutenden nationalen Nachwuchswettbewerbe im Bereich der Breitenkultur auf Bundes- und Länderebene sind der Bundesregierung bekannt? Welche Fördermittel werden hierfür zur Verfügung gestellt?

34. Beabsichtigt die Bundesregierung, die finanzielle Förderung von regelmäßig stattfindenden Wettbewerben und Festveranstaltungen zugunsten einer stärkeren Förderung von Innovationsprojekten bei den Dachverbänden der Laienorganisationen zu reduzieren?

Rechtliche Rahmenbedingungen

35. Welche gesetzgeberischen und außerparlamentarischen Initiativen plant die Bundesregierung hinsichtlich der Breitenkultur im Kontext der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements?

36. Wie bewertet die Bundesregierung die derzeitigen Regelungen zur so genannten Übungsleiterpauschale nach dem EStG, insbesondere den Kreis der Berechtigten und seine etwaige Erweiterung betreffend?

37. Wie beurteilt die Bundesregierung das geltende Haushalts- und öffentliche Dienstrecht und die staatlichen Verwaltungsstrukturen hinsichtlich einer partiellen Herauslösung von Kultureinrichtungen im Zusammenhang mit bürgerschaftlichem Engagement? Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Komplexität gesetzlicher und bürokratischer Anforderungen an die Führungskräfte von bürgerschaftlich geleiteten Kultureinrichtungen zu reduzieren?

38. Wie beurteilt die Bundesregierung eine Änderung des Vereinsrechts dahingehend, dass abhängig von der Größe eines Vereines vereinfachte Regelungen zur Erlangung der Gemeinnützigkeit gelten?

39. Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit einer vereinfachten Steuererklärung für Vereine unterhalb bestimmter Größenmerkmale, die lediglich in Einnahmen und Ausgaben gegliedert ist und bei beiden Haushaltspositionen die wirtschaftliche Tätigkeit separat ausweist, wobei der ausgewiesene Gewinn bis zu einem festzulegenden Betrag von der Körper-

schaftssteuer befreit ist?

40. Trifft es zu, dass ehrenamtlich tätige Vorstandsmitglieder unter bestimmten Umständen mit ihrem Privatvermögen haften? Wenn ja, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um diesen Missstand zu beseitigen?

41. Plant die Bundesregierung Änderungen der Haftungsregeln für kleine Vereine?

42. Welche, der von der Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" beschlossenen Handlungsempfehlungen hat die Bundesregierung für den Bereich Kultur umgesetzt und wie wirken sich diese Empfehlungen aus?

Jugend und Senioren

43. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Einschränkung der bürgerschaftlichen Tätigkeit von Frauen mit Kindern unter 3 Jahren zu beseitigen?

44. Wird die Kinder- und Jugendarbeit in ehrenamtlich geführten Lientheatergruppen durch die Bundesregierung gefördert, und wenn ja, in welcher Weise und warum?

45. Auf welche Weise unterstützt die Bundesregierung die in Dachverbänden organisierten Kinder- und Jugendtheater? Plant die Bundesregierung die Mittel aus dem Bundesjugendplan für Breitenkultur zu erhöhen?

46. Sind der Bundesregierung Studien bekannt, aus denen hervorgeht, dass Freizeitaktivitäten im Bereich der Breitenkultur die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen positiv beeinflus-

sen? Plant die Bundesregierung ggf. solche Studien in Auftrag zu geben?

47. Wie hoch ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen in den einzelnen Bundesländern, die im Schulalter ein Musikinstrument erlernen? Wie bewertet die Bundesregierung das Niveau der musikalischen Instrumental- ausbildung mit Blick auf die Entwicklungsmöglichkeiten der zukünftigen Breitenkultur?

48. Wie schätzt die Bundesregierung das Potential des Laientheaters und der Laienmusik im Rahmen der Gewaltprävention bei jungen Menschen ein?

49. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung von Ganztags- schulen im Hinblick auf die ehrenamtliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Laienensembles und Laientheatergruppen?

50. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Rahmen der Einführung von Ganztags- schulen, um auch weiterhin bürgerschaftliches Engagement junger Menschen in Laienkulturvereinen zu ermöglichen?

51. Welche Rolle schreibt die Bundesregierung kulturellen Aktivitäten von Laien zu im Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Generationen zu?

52. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der kulturellen Arbeit mit Seniorinnen und Senioren im Rahmen der Förderung der Breitenkultur bei?

53. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Erfahrungen von Seniorinnen und Senioren im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich der Breitenkultur zu fördern?

Arbeit und Beschäftigung

54. Liegen der Bundesregierung Angaben über die Zahl der Beschäftigten in den die Breitenkultur tragenden Vereinen vor? Wie setzt sich diese Zahl aus hauptamtlichen, ehrenamtlichen, in Teilzeit oder Vollzeit Beschäftigten zusammen? Wie viele Ausbildungsstellen, Praktikantenplätze und Einsatzstellen für den Zweck des Ersatzdienstes und des Freiwilligen Sozialen Jahres stellen die Organisationen zurzeit?

55. Welche Qualifizierungsangebote sind der Bundesregierung bekannt, die sich im Rahmen der wachsenden Professionalisierung der Vereinsführung an bürgerschaftlich Tätige in Laienkulturvereinen richten?

56. Welche Qualifizierungsangebote für im künstlerischen Bereich bürgerschaftlich Tätige sind der Bundesregierung bekannt?

57. Plant die Bundesregierung, dass künftige Empfänger von Arbeitslosengeld II bei entsprechender Qualifikation auch an Vereine im Bereich der Breitenkultur vermittelt werden können?

Information:

Günter Nooke, MdB, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Tel. (030) 227-52 71 2; e-Mail: guenter.nooke@bundestag.de

Aus der Bundespartei

Gesprächskreis Kultur

Die Mitglieder des Gesprächskreises Kultur der CDU Deutschlands, in dem Kulturminister und -Dezernenten der unionsgeführten Länder und Städte, Kulturpolitiker der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie Künstler und Repräsentanten wichtiger Kultureinrichtungen vertreten sind, haben am 29. Juni 2004 ein gemeinsames Positionspapier zum Thema **“Kulturelle Bildung”** verabschiedet. Der Vorsitzende des Gesprächskreises, Bundestagsvizepräsident Dr. Norbert Lammert, und die stellvertretende Vorsitzende, Prof. Monika Grütters, MdB, stellten das Positionspapier am 14. Juli 2004 der Presse vor:

1. Ohne Kultur entsteht keine Bildung, ohne Bildung wächst keine Kultur. Bildung ist weit mehr als die Vermittlung von Wissen, Fertigkeiten und Qualifikationen, die den Menschen befähigen, wechselnden Ansprüchen seiner Umwelt gerecht zu werden. Dabei geht es sowohl um den Prozeß der Aneignung von Fähigkeiten und Kenntnissen als auch um dessen Resultat. Bildung ist ein Weg des Menschen zu sich selbst, seiner Herkunft, seiner Freiheit und seinen Bindungen. Dazu gehören auch

die Kenntnis geschichtlicher Zusammenhänge und die Fähigkeit zur Erinnerung. Von der reinen Wissensvermittlung unterscheidet sich Bildung dadurch, daß sie den ganzen Menschen im Blick hat und über die eigene Existenz hinaus weist. Genau darin liegt ihre kulturelle Dimension. Kulturelle Bildung ist die Schlüsselkompetenz zur Persönlichkeitsentwicklung.

2. Kulturelle Bildung muß in der Familie beginnen und darf mit der Schule nicht aufhören. Als wichtigste Grundlage für die Vermittlung übergreifender Kompetenzen wie Kreativität, Flexibilität, Kommunikationsfähigkeit und ästhetisches Urteilsvermögen muß sie in gleicher Weise Gegenstand lebenslangen Lernens sein wie die Aktualisierung von Wissen, Kenntnissen und Fähigkeiten. Orte kultureller Bildung sollten alle Instanzen des Lernens, der Ausbildung und des Berufes sowie des gesellschaftlichen Austausches sein.

3. Kulturelle Bildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil des öffentlich verantworteten oder geförderten Bildungssystems. Dies muß für Bund, Länder und Kommunen in ihren jeweiligen, unterschiedlichen Aufgabenfeldern grundsätzlich in gleicher Weise gelten. Dabei kommt den Kommunen und den Ländern im Rahmen der Kompetenzverteilung unserer Verfassung eine herausragende Verantwortung zu, die angesichts der überproportionalen Kürzung der öffent-

lichen Ausgaben für Kulturförderung bei Musikschulen, Volkshochschulen und Bibliotheken in Zukunft wieder verstärkt wahrgenommen werden muß.

4. Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Beteiligung am kulturellen und künstlerischen Leben (Artikel 31 der UN-Konvention über die Rechte der Kinder). Ohne Kenntnis entsteht kein Verständnis, ohne Motivation ist kein Engagement zu erzielen. Wenn bei Kindern und Jugendlichen das Interesse an Kunst und Kultur nicht nachwächst, dann vermindert sich unvermeidlicherweise in Zukunft sowohl das Angebot wie die Nachfrage für die künstlerischen Berufe sowie die großen und kleinen Kultureinrichtungen, deren Bestand keineswegs nur durch aktuelle Haushaltsprobleme ihrer Träger gefährdet ist. Schulen, Kulturinstitutionen und Künstler müssen die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am künstlerischen Leben ermöglichen und fördern, Kindertagesstätten neben ihrer Betreuungsaufgabe auch als Bildungseinrichtungen begriffen werden.

Besonders wichtig ist die elementare Musik- und Kunsterziehung. Singen, Tanzen, Musizieren, Zeichnen und Gestalten schulen sowohl das Selbstbewußtsein wie die kommunikativen Fertigkeiten. Dazu können Kooperationen zwischen öffentlichen Musikschulen und Kindergärten wesentlich beitragen.

5. Langzeitstudien belegen,

daß kulturelle Bildung wesentlich zum Erfolg auch in anderen Lernbereichen beiträgt und der Vermittlung eines verbindlichen Wertegerüsts dient. Damit weist sie einen Weg in ein selbstverantwortetes, selbstsicheres und von freien persönlichen Entscheidungen geprägtes Erwachsenenleben. Kulturelle Jugendarbeit fördert die Sprachfähigkeit, wirkt der sozialen Desintegration entgegen und trägt zum friedlichen Austausch zwischen Mitgliedern unterschiedlicher lebensweltlicher Milieus bei.

6. Die Vermittlung von Grundlagen und die Förderung von Interesse an bildender Kunst und Musik, wenn eben möglich auch die Motivation zur eigenen künstlerischen Betätigung, sind innerhalb und außerhalb der deutschen Schulen längst notleidend geworden. Der allgemein beklagte Unterrichtsausfall ist in den musischen Fächern überdurchschnittlich, immer häufiger wird der Unterricht fachfremd erteilt, also ohne die unbestrittene Professionalität, die in geistes- und naturwissenschaftlichen Fächern für unverzichtbar gehalten wird.

7. Der Ausbau von Ganztagschulen bietet die Chance, auch Kinder und Jugendliche musikalisch und künstlerisch zu fördern, die zum Beispiel aufgrund ihres sozialen oder familiären Hintergrundes keinen individuellen Zugang dazu finden. Dabei darf kulturelle Bildung nicht zum Lückenfüller für den Nachmittag in der Ganztagschule

werden. Andererseits sind Angebote zur kulturellen wie zur sportlichen Betätigung weder Ersatz für die entsprechenden Schulfächer, deren Stellenwert im Fächerkanon quantitativ wie qualitativ dringend verbessert werden muß, noch für außerschulische kulturelle Bildung.

8. Angebote der kulturellen Bildung brauchen neben fachlich und pädagogisch geschultem Personal auch Möglichkeiten der direkten Begegnung mit Künstlerinnen und Künstlern, mit Kunst und Bauwerken, das Erlebnis von Proben und Auführungen. Diese Neuorientierung der musischen Bildung setzt bewußt auf Prägungen, die sich ereignen, wenn Kinder und Jugendliche wie ihre Lehrer und Ausbilder mit Künstlerinnen und Künstlern im produktiven Austausch stehen und dabei die Authentizität künstlerischen Schaffens erfahren. In der Aus- und Fortbildung müssen die Lehrkräfte in ausreichender Zahl ebenso wie die Fachkräfte der kulturellen Bildung für ihre Aufgaben qualifiziert werden. Die Vermittler kultureller Bildung müssen ihre spezifischen Bildungskonzepte gegenseitig anerkennen, zur Zusammenarbeit bereit sein und ihre jeweiligen Aufgaben als Teile einer gemeinsamen Aufgabe begreifen.

9. Die Trägerstruktur in der kulturellen Kinder- und Jugendbildung muß geschützt und stabilisiert werden. Diese Trägerstruktur ist in Deutschland in Jahrzehnten gewachsen und

breit gefächert. Sie reicht von Musikschulen über Jugendkunstschulen zu Vereinen, soziokulturellen Zentren, Kinder- und Jugendtheatern und anderen Einrichtungen kultureller Bildung in öffentlicher und privater Trägerschaft. Damit verfügt Deutschland im europäischen Vergleich über eines der differenziertesten Instrumentarien im Bereich kultureller Bildung.

10. Die öffentliche Förderung von Kultureinrichtungen sollte die Verpflichtung zur Jugendarbeit und Medienbildung umfassen. Pädagogische Angebote in Museen, Archiven, Bibliotheken, Orchestern, Sprech-, Musik- und Tanztheater leisten einen wichtigen Beitrag.

Kulturelle Bildung muß auch Bestandteil der Medienbildung

sein, Medienbildung muß auch kulturelle Orientierung ermöglichen. Besonders dringlich ist die Wiederentdeckung des Buches als unverzichtbares Medium kultureller Bildung. Kulturelle Bildung ist ohne Lesekompetenz und die Fähigkeit zum Verständnis von Texten undenkbar. Besondere Aufmerksamkeit verdient auch in diesem Zusammenhang die Situation an Schulen, von denen nur noch etwa jede fünfte über eine eigene Schulbibliothek verfügt. Beispielhaft sind Initiativen einiger Städte und Kreise, Stadtbibliotheken und deren Zweigstellen grundsätzlich in Schulen einzurichten.

Information:

*Dr. Norbert Lammert, MdB,
Vizepräsident des Deutschen
Bundestages; Tel. (030) 227-77 02 8;
e-mail: norbert.lammert@bundestag.de*

Aus den Landtagsfraktionen

Niedersachsen

Aus Niedersachsen liegt vor der Gesetzentwurf *der CDU- und der FDP-Fraktion über die "Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz"*. (Auszug)

Anlass, Ziele und Inhalt des Gesetzes

Im Zusammenhang mit der Abschaffung der Bezirksregierungen soll eine neue regionale Kulturstiftung in Braunschweig geschaffen werden, deren Kernaufgaben in der – Verwaltung der beiden bisher rechtlich voneinander unabhängigen regionalen Stiftungen (Braunschweiger Vereinigter Kloster- und Studienfonds – BVKSF – sowie Braunschweig-Stiftung) sowie der – landesweit im übrigen den Landschaftsverbänden vorbehaltenen – regionalen Kulturförderung bestehen. Die beiden überkommenen Braunschweiger Stiftungen sollen eine eigene Verwaltung unter dem Dach einer fusionierten Stiftung des öffentlichen Rechts als deren Rechtsnachfolgerin erhalten, ohne die Zweckbindung ihres Stiftungsvermögens oder ihr historisch überliefertes Erscheinungsbild nach außen aufzugeben. Damit wird zugleich dem regionalen Bedürfnis nach einer rechtlich eigenständigen und von der sonstigen Landesverwaltung unabhängigen Stiftungsverwaltung Rechnung getragen. Dies ist durch die besondere historisch gewachsene Situation in Braunschweig und auf

Grund des Art. 72 NV bedingt; eine solche – verfassungsrechtlich vergleichbare – Sondersituation wird auf Landesebene im Übrigen nur durch die Klosterkammer Hannover verkörpert. Ferner soll der Stiftung die Aufgabe der regionalen Kulturförderung übertragen werden, die bisher von der Braunschweiger Landschaft wahrgenommen wurden oder zukünftig wahrgenommen werden sollten. Bei Bedarf können entsprechende Vereinbarungen auch mit anderen Landschaften in der Region abgeschlossen werden.

Zweck und Aufgaben

(1) Die Stiftung soll die kulturellen und historischen Belange des ehemaligen Landes Braunschweig wahren und fördern.

(2) Der Stiftung obliegt es, unbeschadet der Förderung durch das Land

1. aus den Erträgen des Teilvermögens Braunschweiger Vereinigter Kloster- und Studienfonds kirchliche, kulturelle und soziale Zwecke im ehemaligen Land Braunschweig zu fördern,

2. aus den Erträgen des Teilvermögens Braunschweig-Stiftung die Technische Universität Braunschweig, das Staatstheater Braunschweig und das Braunschweiger Landesmuseum zu fördern,

3. das Herzog Anton Ulrich-Museum in Braunschweig, die

Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, das Niedersächsische Staatsarchiv – Standort Wolfenbüttel – und das Staatliche Naturhistorische Museum in Braunschweig sowie die in Nummer 2 genannten Einrichtungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

(3) Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde kann die Stiftung weitere regionale Aufgaben im Bereich der Kultur übernehmen.

(4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2005 in Kraft

Stärkeres Angebot an Schulen – Bedeutung der Regional- und Minderheitensprachen heben (11.6.2004)

Schulen im Sprachraum der jeweiligen Regionalsprache sollen verstärkt Angebote zum Erlernen von Niederdeutsch bzw. Saterfriesisch unterbreiten. Das ist das Ziel eines Entschließungsantrages der Regierungsfractionen von CDU und FDP: "Für uns steht der Erhalt und das Erlernen der jeweiligen Regionalsprache im Vordergrund. Wir wollen die kulturelle Vielfalt in Niedersachsen erhalten. Wichtige Kulturbestandteile drohen sonst verloren zu gehen", erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Heinz Klare. Der CDU-Bildungsexperte beruft sich dabei auf die Sprachwissenschaftlerin Els Oksaar, die bestätigt,

dass sich das frühe Erlernen einer zweiten Sprache positiv auf das analytische Denken der Kinder auswirkt und das Erlernen weiterer Sprachen begünstigt. "Wir wollen dem Dialog zwischen Jung und Alt wieder neue Anreize gebe. Das ist in einer sich entfremdenden Gesellschaft von größter Bedeutung", so Karl-Heinz Klare weiter. Deshalb gelte es, auch die ältere Generation aus den Heimatvereinen und den plattdeutschen Runden in die Arbeit in den Kindergärten und Schulen stärker einzubinden. "Wenn von den jungen Menschen immer häufiger Flexibilität und Mobilität gefordert wird, müssen wir dafür sorgen, dass ihr Heimatgefühl nicht gänzlich verloren geht. Mit einem verstärkten Angebot der Regional- und Minderheitensprachen Niederdeutsch und Saterfriesisch in den Schulen hoffen wir, dem Rechnung tragen zu können", erklärte der CDU-Politiker abschließend.

Information: Katrin Trost, MdL, kultur-politische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion; Tel. (0511)30 30 4103; e-mail: trost-os@t-online.de

Rheinland-Pfalz

Pflege der Kulturlandschaft

"Die Erhaltung und Pflege unserer Kulturlandschaft muss zu einem Schwerpunkt der Landespolitik werden", forderte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, bei einer lebhaften Diskussion mit Vertretern der Winzerschaft, Gastronomie und des Tourismus. Christoph Böhr:

"Der Reichtum unseres Landes Rheinland-Pfalz sind seine Menschen und seine einzigartigen Landschaften. Unsere Winzer und Landwirte prägen und pflegen unsere Heimat. Unsere Kulturlandschaft ist das Ergebnis ihrer Arbeit über viele Generationen hinweg. Das ist eine echte Dienstleistung für unsere Bevölkerung und gibt uns Identität." Mit etwa 23 000 Hektar sei die Pfalz das zweitgrößte Weinanbaugebiet Deutschlands, so die landwirtschaftspolitische Sprecherin Christine Schneider. In 144 Weinbaugemeinden würden rund 2,4 Millionen Hektoliter Wein produziert, darunter etliche preisgekrönte Tropfen und Spitzenerzeugnisse, die national und international immer mehr Beachtung fänden. Rund 8 000 Betriebe lebten in der Region vom Weinbau, davon einige tausend im Nebenerwerb. Böhr und Schneider forderten die Landesregierung auf, die Erhaltung der Kulturlandschaft als Schwerpunkt der Landespolitik zu behandeln und ein Kulturlandschaftsprogramm mit dem Ziel der Sanierung, Erhaltung, Pflege und Gestaltung aufzulegen. Am besten werde diese Aufgaben von den land-, wein- und forstwirtschaftlichen Betrieben erfüllt, betonte Christine Schneider. Dieses Ziel müsse gleichberechtigt neben die anderen Zielbestimmungen der Landwirtschaftspolitik treten.

Dringend notwendige Klarstellung

Zu einer "dringend notwendigen Klarstellung" ist es hinsichtlich des Kulturfinanzberichts 2003 auf Antrag der CDU-Landtags-

fraktion gekommen. Daraufweist der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Lutz Frisch, hin. In einer Pressemitteilung vom 6. Mai 2004 hatte Kulturminister Zöllner behauptet, dass die Auswertung der Aufgabenteilung zwischen Ländern und Gemeinden im Kulturbereich zeige, dass das Land Rheinland-Pfalz mit einem Finanzierungsgrad von 56 Prozent gegenüber 44 Prozent seitens der kommunalen Seite eine überdurchschnittliche Verantwortung übernehme. Diese Aussage musste die Landesregierung nun zurücknehmen, da sie nachweislich falsch ist. Genau das Gegenteil ist zutreffend. Lutz Frisch: im Kulturbereich liegt der Finanzierungsanteil der Kommunen in Rheinland-Pfalz bei 56,40 Prozent. Auf das Land entfallen 43,59 Prozent. Eine gegenteilige Darstellung verzerrt das Bild und unterschlägt die Leistungen der Kommunen für die Kultur. Es darf nicht sein, dass sich das Land mit Federn schmückt, die den Kommunen zustehen."

Der Kulturfinanzbericht wird gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und der Statistischen Ämter der Länder herausgegeben. Er gibt einen Überblick über die öffentliche Kulturfinanzierung. Bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur belegt Rheinland-Pfalz unter den 13 Flächenländern den letzten Platz.

Zirkuswelt als Kulturgut

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz Christoph Böhr, hat dazu aufgerufen, die Zirkuswelt in Deutschland als Kulturgut zu

begreifen. Die Zirkuswelt kämpft um ihre Existenz. Böhr fordert ein überparteiliches Bündnis, um den Zirkus zu erhalten. Christoph Böhr: "Gerade die kleinen Zirkusse in Deutschland haben unsere Solidarität verdient."

*Information: Lutz Frisch, MdL,
kulturpolitischer Sprecher der
CDU-Landtagsfraktion;
Tel. (06321) 8 06 70;
e-mail: lutz.frisch@t-online.de*

Sachsen

Aus der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD

Die Singularität des Holocaust während der Nazidiktatur steht für die Koalitionspartner außer Frage. Eine wichtige Grundlage der gedeihlichen Arbeit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten ist die Mitwirkung der Vertreter der Opfer von nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft in den Stiftungsgremien.

Kultur ist ein unverzichtbarer Beitrag für ein friedliches, welt-offenes und tolerantes Sachsen. Die europäische Idee kulminiert nicht in einer gemeinsamen Währung, sondern in der besseren Kenntnis unserer vielfältigen nationalen Kulturen. Sachsen hat dabei eine besondere Verpflichtung gegenüber unseren Nachbarn in Mittel- und Südosteuropa.

Seit der Wiedergründung des Freistaates hat das Land neue, eigene und innovative Wege in der Kulturpolitik und der Kulturförderpolitik beschritten. Die verschiedenen Institutionen und Instrumente der Kulturförderung

entbinden den Freistaat nicht von seiner kulturellen Gesamtverantwortung. Ein zentrales Element dieser sächsischen Wege in der Kultur- und Kulturförderpolitik bildete stets ihre parteigrenzenüberschreitende allgemeine Akzeptanz. Sie findet ihren Ausdruck in dem Bekenntnis zur Kultur und ihrer Förderung in der Sächsischen Verfassung.

Für die Koalitionspartner ist das Sächsische Kulturraumgesetz ein maßgeblicher Aspekt der eigenständigen sächsischen Kulturförderung. Die Regelungen des Kulturraumgesetzes gewährleisten die solidarische Finanzierung eines breiten und qualitativ hochwertigen Kulturangebots in den Regionen des Landes. Land und Kommunen tragen in den Kulturräumen, unterstützt von den Kulturschaffenden, gemeinsame Verantwortung. Das Kulturraumgesetz wird zunächst bis 2011 verlängert. Der Zuschuss des Freistaates wird ab dem Jahr 2005 um 10 Millionen Euro erhöht. Die Staatsregierung wird zusammen mit den Kulturräumen unter Einbeziehung des Kultursenates ein nachhaltiges Entwicklungskonzept erarbeiten. Der dafür notwendige Diskussionsprozess wird umgehend eingeleitet.

Die Theater- und Orchesterlandschaft der Kulturräume ist unter Einbeziehung der staatlichen Theater noch effektiver zu gestalten.

Die Koalitionspartner sind sich einig, das zeitgenössische Kunst- und Kulturschaffen in allen Sparten, einschließlich der

Soziokultur, zu fördern. Hierbei ist auch auf eine Schwerpunktsetzung bei sächsischen Künstlern und Kunstprojekten unter Einbeziehung der zeitgenössischen Kunst zu achten. Dafür werden ab dem Jahr 2005 jeweils 6,55 Millionen Euro im Haushalt eingestellt.

Zur Förderung von Festivals der darstellenden Kunst und Musik in den Jahren 2005 und 2006 wird eine Förderstrategie erarbeitet und mit der Kulturstiftung des Freistaates und der Ostdeutschen Sparkassenstiftung abgestimmt. Die Übertragung der allgemeinen Kunst- und Kulturförderung auf die Kulturstiftung ist im Jahr 2006, besonders im Hinblick auf die Verantwortung des Freistaates und die parlamentarische Kontrolle, zu evaluieren.

Die Strukturen und Rechtsformen der Landesmuseen sind mit dem Ziel weiter zu entwickeln, die Effizienz zu erhöhen und besonders auch Handlungsspielräume zu erweitern.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass – unabhängig von neuen Organisations- und Rechtsstrukturen – die Kernaufgaben dieser Museen (Sammeln, Bewahren, Präsentieren, Forschen) und die Sicherheit aller Museen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden müssen. An der Finanzierung der Museen im "Zweckverband Sächsisches Industriemuseum" wird sich der Freistaat weiterhin beteiligen. Grundlage dafür bildet das vom Zweckverband vorgelegte Finanzierungs-konzept. Im Dop-

pelhaushalt 2005/2006 werden für das Jahr 2005 1,02 Millionen Euro und für das Jahr 2006 0,95 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. In den Folgejahren wird der Zuschuss des Freistaates um jährlich 7 Prozent abgeschmolzen.

Die konzeptionelle Entwicklung der Staatlichen Naturhistorischen Sammlungen Dresden und des Staatlichen Museums für Naturkunde in Görlitz und dessen Fusion mit dem Forschungsinstitut und Naturkundemuseum Senckenberg ist voranzutreiben. Diese Einrichtung soll in die Blaue Liste (Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz) aufgenommen werden, um eine Mitfinanzierung des Bundes zu erreichen.

Die Koalitionspartner unterstützen die Bewerbung der Europastadt Görlitz/Zgorzelec zur "Kulturhauptstadt Europas 2010".

Die Musikschulen des Landes erfüllen nach Auffassung der Koalitionspartner einen unverzichtbaren Erziehungs- und Bildungsauftrag vor allem für Kinder und Jugendliche. Die Förderung durch den Freistaat wird deshalb fortgesetzt. Dafür werden ab dem Jahr 2005 jeweils 5 Millionen Euro eingesetzt.

Die Koalitionspartner bekennen sich zur Unterstützung der sorbischen Sprache und Kultur. Dazu ist das zwischen dem Bund, dem Land Brandenburg und dem Freistaat Sachsen geschlossene Abkommen über die

gemeinsame Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk, auch über das Jahr 2007 hinaus fortzuführen.

Die Koalitionspartner anerkennen in besonderer Weise die Leistungen der Sächsischen Akademie der Künste. Mit Blick auf ihre besonderen Aufgaben im europäischen Integrationsprozess werden die jährlichen Zuwendungen an die Akademie um 50 000 Euro erhöht.

Die Koalitionspartner sind sich einig, eine Konzeption für die wissenschaftlichen Bibliotheken in Sachsen zu erarbeiten zur Modernisierung ihrer Bestände, zur sinnvollen Kooperation und zur Vernetzung. Zentrales Element der Konzeption bildet die Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek (SLUB), als die Bibliothek, die einen umfassenden Literaturbestand besitzen muss.

Information: Dr. Roland Wöller, MdL, kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion; Tel. (0351) 493-55 87; e-mail: roland.woeller@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Theaterantrag der SPD unseriös

Als nicht seriös hat der stellvertretende Vorsitzende und kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Reiner Schomburg, einen Antrag der SPD für zusätzliche Förderung der Theater in Sachsen-Anhalt bezeichnet. Da jeder Deckungs-

vorschlag gefehlt hat, blieb den Finanzpolitikern von CDU und FDP nichts anderes übrig, als den SPD-Antrag abzulehnen. "Ich bin für jedes ernsthafte Bemühen, zusätzliche Mittel für die Theater zu finden, offen. Allerdings dürfen keine falschen Hoffnungen geweckt werden."

Erfolge in Filmbranche auch ohne Quote

Als "schönen Erfolg" hat Reiner Schomburg, die hohen Zuschauerzahlen für deutsche Filme bezeichnet und eine Quote für deutsche Produktionen abgelehnt. In den ersten neuen Monaten dieses Jahres sahen sich 23,5 Millionen Filmfans eine deutsche Produktion im Kino an. Dies ist die höchste Anzahl für deutsche Filme seit Beginn der Datenerfassung der Filmförderungsgesellschaft FFA. "Die Tatsache, dass so unterschiedliche Produktionen wie die Komödie '(T)Raumschiff Surprise' und das Historienepos 'Der Untergang' unter den meist besuchtesten Filmen zu finden sind, zeigt, welches große Spektrum die deutsche Lichtspielkunst momentan abdeckt. Besonders ermutigend ist dieses Ergebnis, da es im Filmbereich keinerlei Quote gibt. Dies zeigt, dass deutsche Produktionen auch ohne einen staatlichen Schutz wettbewerbsfähig sind. Die in der Musikbranche geäußerte Forderung eine Quotenregelung einzuführen, wird durch den Erfolg im Kinobereich widerlegt. Auch in der Musikbranche gilt, wer gut ist, wird gekauft. Zahllose Beispiele, wie die Gruppen 'Juli', 'Silbermond', 'Mia' oder 'Wir sind Helden' belegen das. Ich

denke, die Forderung nach einer Quote kommt immer nur von denen, die es nötig haben.”

Kultursenat

Als “Bestätigung der Kulturpolitik der Regierungskoalition in Sachsen-Anhalt” wertet Reiner Schomburg den einstimmigen Beschluss des Landtages, einen Kultursenat zu errichten. Der Kultursenat soll sich aus hochkarätigen Künstlern und Kulturschaffenden zusammensetzen, die Landesregierung und Landtag ehrenamtlich beraten und an der Erarbeitung eines Kulturkonzepts für das Land mitwirken. “Wir erwarten einen enormen Zugewinn an unabhängigem Rat und Sachverstand. In

Sachsen hat es sich bewährt, dass die Mitglieder ihre Nachfolger selbst auswählen und deshalb keine Verpflichtungen gegenüber der Politik bestehen. Mittlerweile gilt es im Freistaat als besondere Ehre, in den Kultursenat berufen zu werden. Gerade in finanziell schwierigen Zeiten kann das angesehene Expertengremium die notwendigen Spardiskussionen versachlichen und der Kultur eine gewichtige Stimme geben. Die Leitlinien der Kulturpolitik können einmal jenseits der Verbandsinteressen diskutiert werden. Besonders beeindruckt bin ich davon, dass es dem sächsischen Kultursenat gelungen ist, das ehrenamtliche Engagement

der Bürger zu steigern. Anders als in Sachsen sollen in Sachsen-Anhalt auch Fachleute aus anderen Bundesländern für den Kultursenat gewonnen werden. Wir brauchen Menschen, die mit ihrem Verstand für die Fortentwicklung unserer kulturellen Vielfalt wirken und mit ihrem Gesicht für das Kernland deutscher Kultur werben. Der Kultursenat wird dazu beitragen, Sachsen-Anhalt bundesweit ein noch positiveres Image zu verschaffen”, sagte Schomburg.

Information: Reiner Schomburg, MdL, kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion; Tel. (0391) 5 60 21 02; e-mail: rschomburg@web.de

KULTURPOLITIK IN DER PRESSE

Berichtszeitraum Juni bis Mitte Dezember 2004

Was ist Kunst, was Kultur?

Es gab auch im vergangenen Zeitraum wieder höchst Verschiedenes, was man hier subsumieren kann. Da war die *MoMA-Show*, die immerhin 6,5 Millionen Überschuss machte, aber die Kritiker nicht ruhen ließ (WELT, 18.9.2004: “Warum soviel Aufregung, Polemik und Häme?”), v.a. jene, die eine Amerikanisierung der Kunstgeschichte weg von Europa hin zu Amerika unterstellten, so Werner Spies in der FAZ vom 17. August 2004: “Die Amerikaner, die die Auswahl getroffen haben, betreiben Kulturpolitik, es geht ihnen um den Kanon, den das MoMA, der Vatikan für die Äs-

thetik des zwanzigsten Jahrhunderts, seit den dreißiger Jahren durchgesetzt hat und auch weiterhin verbindlich machen möchte. Für eine so ehrgeizige Operation ist die Stunde günstig. Das New Yorker Museum darf in Berlin auf geradezu expansionistische Weise nicht nur die eigene Sammlung, sondern die amerikanische Kunst zum Kulminationspunkt der Entwicklung erklären.”

Da gab es den Streit um die *Flick-Collection*, der die SZ (23./24.10.2004); FAZ (23.9.2004) u.a.m. beschäftigte; sogar die BILD-Zeitung vom 22. September 2004 mischte mit: Bundeskanzler Schröder habe in sei-

ner Eröffnungsrede deutlich erklärt, Kunst sei kein “Mahnmal”: “Die Besucher sollen die Chance erhalten sich mit der Kunst auseinander zu setzen – ohne die Geschichte der Familie Flick studieren zu müssen”. Wir halten es da mit Thomas Schmid (FAS, 26.9.2004): “Ja sicher: Künstler schaffen nicht für Depots, sie wollen ihre Werke zeigen (Schröder). Gewiß doch: Schuld kann man nicht erben, Verantwortung schon (Flick). Auch ist es eher ein gutes Zeichen, daß der Ausstellung keine pflichtschuldige Aufklärungsvolkshochschule angegliedert wurde, wie sie für das Holocaust-Mahnmal beschlossen ist. Natürlich

konnte es keine siegreichen Argumente gegen die öffentliche Präsentation von Teilen der Flick-Sammlung geben: Unschuldige Kunstwerke, noch dazu nicht von neuen Brekern, ausstellen – das wird doch wohl noch erlaubt sein. Und doch: Es stört der vulgäre Ingrim, mit dem das betrieben, von Berlins politischer Elite durchgezogen und dann gefeiert wurde. Die Akteure der Republik haben nichts Falsches getan, sie haben aber etwas vermissen lassen, was doch Teil von Geschichtsbewußtsein und historischem Verantwortungsgefühl sein sollte: Gespür für Stil und Takt.”

Oder der Streit um Christoph Schlingensiefs *Parzifal*, der jedenfalls die Feuilletons über einige Wochen beschäftigte. Aufsehen erregte Tenor Endrik Wottrich mit seiner Bemerkung: “Es ist peinlich für Deutschland, dass so eine Inszenierung möglich ist.” Ein müdes Echo konstatierte hingegen die WamS vom 1. August 2004: “Milder Applaus, dann stieg das Publikum in die Limousinen. Schlingensief stand hilflos lächelnd und winkend vor dem Vorhang. Da ist ausgerechnet ihm, der einst durch den Schlachtruf ‘Tötet Helmut Kohl’ bekannt wurde, das schlimmste passiert, was einem Enfant Terrible widerfahren kann: Karin Stoiber hat ihn schwiegermütterlich umarmt, sie fand seinen Parzifal interessant. Plötzlich war der Aufmüpfige in das System Deutschland integriert.”

Kritischer noch der RhM vom 12. August 2004: “Das Skandalöse liegt nicht in den handwerk-

lichen Schnitzern, sondern in der Aussage. Oder besser: in der Nicht-Aussage. Schlingensief müllt das Werk so mit bedeutungshubernden Zeichen, Zeremonien und Projektionen zu, dass es völlig entleert zurückbleibt. Angeblich wird dort auf der Bühne ‚Parsifal‘ gespielt, aber es könnte auch ‚Robbi, Tobbi und das Fliewatüüt‘ sein.”

Immerhin: Die lange umstrittene *RAF-Ausstellung* soll jetzt ohne staatliche Mittel Anfang kommenden Jahres stattfinden (WELT, 24.11.2004).

Geirrt haben wir uns natürlich auch, nicht “Troja” war der Film der Saison, auch nicht das “(T)Raumschiff Surprise-Periode 1” sondern der Film “*Der Untergang*” (vgl. nur FAZ, 30.9.2004; “Zum Tee beim Monster”, FR, 25.9.2004; “Hitler als einer von uns”, FR, 24.9.2004), der sogar für den Oscar eingereicht wird (FAZ, 25.9.2004) und jetzt nicht nur in den USA vertrieben wird (WELT, 23.11.2004), sondern auch an allen Schulen gezeigt werden soll (so Katherina Reiche, CDU-MdB). In Polen unterstellt man Relativierung der deutschen Schuld (WELT, 6.11.2004). Halten wir daher fest: Bernd Eichinger hat einen spannenden und beklemmenden Film gemacht, Corinna Harfouche ist nicht Magda Goebbels, Bruno Ganz nicht Hitler, Hitler war auch kein Dämon oder sonst ein außerirdisches Wesen (“*Monster und ein Mensch*”, WELT, 15.9.1994), aber auch kein “tragischer Held” (FR, 18.9.2004), der “menschelt”, (WELT,

17.9.2004), sondern ein Mensch (“Darf man Hitler als Menschen zeigen?”, WELT, 25.8.2004), der sogar charmant sein konnte, der allerdings zugleich gezeigt hat, wozu der Mensch fähig ist (“Unser Unmensch”, RhM, 16.9.2004). Daher kann man ihn auch nicht “entzaubern” (vgl. “Tod eines Bürstenbartträgers”, Tagesspiegel, 13.9.2004).

Vergeblich gekämpft wurde gegen die *Rechtschreibreform*. Der Springer-Verlag kehrte (angekündigt August 2004) zur alten Rechtschreibung zurück (3.10.2004). Der Spiegel kündigt es an. Die SZ schwankt noch. Die Mehrheit in der KMK blieb dafür (FAZ, 12.8.2004), dazu bekannten sich Hessens Kultusministerin Karin Wolff (FR, 10.8.2004), Bundeskanzler Schröder (WELT, 10.8.2004), Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit, SPD-Chef Frank Müntefering (WELT, 30.8.2004) oder Kurt Beck (WELT, 9.8.2004), Roland Koch, Dieter Althaus (WamS, 25.7.2004), ebenso ARD und ZDF oder die Schulbuchverlage (FAZ, 10.8.2004).

Imponierend allerdings Zahl derer, die dagegen waren oder schwankten: Staatsministerin Christina Weiss hatte damit Probleme (FAZ, 2.11.2004), die Ministerpräsidenten Peter Müller (RhM., 12.8.2004) und Christian Wulff waren für die alte, letzterer kündigte sogar den KMK-Vertrag: “Als Löwe gestartet, als Bettvorleger gelandet”, FR, 9.10.2004.), Angela Merkel (FAZ, 4.10.2004), Laurenz Meyer (FAS, 8.8.2004), Rupert Scholz (FAZ, 8.10.2004),

die deutschen Oberstudiendirektoren (FAZ, 25.9.2004), Antje Vollmer (FAZ, 24.9.2004), Otto Schily (WamS, 25.7.2004), Jürgen Rüttgers (WELT, 9.8.2004), Jörg Schönbohm (WELT, 9.8.2004), Durs Grünbein, Reiner Kunze, Günter Grass (WELT, 19.8.2004) 10 deutsche Kunst- und Wissenschaftsakademien (FAZ, 4.6.2004), Marcel Reich-Ranicki (Spiegel, 2.8.2004), die Mehrheit der Österreicher (62 %, FAZ, 13.8.2004), aber auch der Deutschen (zunächst 77, dann 81 %, WELT, 12.8.2004) waren dagegen (Spiegel, 11.10.2004), Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek ist dagegen (FAZ, 23.10.2004), Martin Walser, Adolf Muschg, PEN sind dagegen (FAZ, 10.8.2004), ebenso der Deutsche Lehrerverband (FAZ, 27.7.2004) Dagegen auch ("Frankfurter Appell") u.a. Hans Magnus Enzensberger, Klaus von Dohnanyi, Günter Grass, Thomas Hürlimann, Siegfried Lenz, Sten Nadolny, Marcel Reich-Ranicki, Günter Wallraff, Martin Walser und Klaus Zehelein (WELT, 7.10.2004); auch Theodor Ickler kämpfte natürlich weiter dagegen (FAZ, 30.7./28.8.2004). Auch die FDP hält die reformierte Rechtschreibung für Unfug. Lorient ist dagegen, Reinhard Wagner, Vorsitzender der Forschungsgruppe Deutsche Sprache ist laut SZ vom 24./25. Juli 2004 dagegen. Saarlunds Kultusminister Jürgen Schreier war für Parallelrechtsschreibungen an den Schulen, die Ministerpräsidenten Stoiber und Platzek wollten hingegen Korrekturen (FAZ, 4.10.2004), ebenso Hans Zehetmaier (FAZ, 2.10.2004). Jetzt soll es ein "Rat

für deutsche Rechtschreibung" richten, aber die personelle Zusammensetzung lässt noch zu wünschen übrig; Hans Zehetmaier soll ihm jedenfalls vorsitzen. Die "Kritiker sind in der Minderheit" konstatiert der Spiegel vom 18. Oktober 2003, so will etwa die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung dort nicht mitarbeiten (FAZ, 23.10.2004; WELT, 25.10.2004).

Am 3. Dezember beschäftigte sich sogar der Bundestag auf Antrag der Union mit der Reform (FAZ, 24.11.2004; Bericht in der FAZ vom 4. Dezember 2004: "Wo war der Küstenschutz?"). Eine "subalterne Einstellung" gegenüber den Kultusministerien hat der frühere Besitzer des Schulbuchverlags Moritz Diesterweg, Dietrich Herbst, den verantwortlichen Managern in den Schulbuchverlagen vorgeworfen. Wenn die Schulbuchverlage sich allesamt der Rechtschreibreform verweigert hätten, wäre es durchaus möglich gewesen, die Reform in einem frühen Stadium zu Fall zu bringen (FAZ, 5.10.2004).

Außerdem zeigt eine Studie des Leipziger Erziehungswissenschaftlers Harald Marx, dass der Zischlaut "ß" der fehlerträchtigste der Rechtschreibreform ist. Fazit: Die verschiedenen s-Schreibweisen werden sieben Jahre nach der Umstellung derart durcheinander gebracht, daß nach der Reform mehr Fehler auftreten als vor der Reform. Beim Auswerten von Schülerarbeiten hat Pädagogikprofessor Marx herausgefunden, daß Kinder sämtliche s-Schreibweisen seit 1996 immer schlechter ler-

nen und durcheinanderbringen (WELT, 8.10.2004).

Da gab es weiterhin Ereignisse, die zwar irgendwie mit Kunst zusammenhängen wie den Prozess gegen den Maler Jörg Immendorff, der nichts mit Kunst zu tun hat, sondern mit Kokain und Callgirls.

Da gab es keine Highlights wie *das Stück über Hannelore Kohl* (FR 21.8.2004), man erinnere sich zurück an die bereits wieder vergessene Oper über Angela Merkel oder auch die Willi Brandt Oper mit dem Kniefall in Warschau. Ja sogar der Papst betätigte sich als Bühnenautor, hoffentlich unverfälscht. Jedenfalls wurde im September 2004 sein Stück "Der Laden des Goldschmieds", eine Meditation über die Liebe und die Ehe, 1960 verfasst, in Bonn aufgeführt (Express, 17.9.2004).

Zu würdigen sind immerhin *zwei wichtige Biographien*: Rüdiger Safranskis "Schiller" und Johannes Kunischs "Friedrich der Große", wobei sich bei letzterem wieder einmal die Frage stellt, ob er noch zur "Sinnstiftung" diene. Biograf Kunisch bejaht das: "Ich glaube schon; der Preußenkönig könne durchaus noch integrierende Kraft haben. Und erfreulicherweise deutet sich das beim Verkauf meiner Friedrich Biografie auch schon an." Das Buch ist wirklich erstklassig geschrieben und eine leichte Lektüre. (jdg). *Alexander von Humboldt* wurde geschickt nach vorne geschrieben, Hans Magnus Enzensberger hat sich im Spiegel fulminant darüber geäußert, nur Jürgen Kaube

muss das Ganze in der FAZ vom 13. September 2004 etwas auf die Nerven gegangen sein, wenn er formuliert: "Sind so stille Bücher, muss man machen Lärm? Zumindest die Jugendlichen, die man (...) begeistern will, haben es verdient, nicht als Leute behandelt zu werden, denen man mit Sprüchen kommen kann und muss. Außerdem glauben sie am Ende sonst noch irrtümlicherweise, Alexander von Humboldt habe es nötig."

Es gab natürlich auch wieder die *Politik und die Kunst*, so haben sich rund 60 Künstler, Manager und Publizisten mit einem gemeinsamen Aufruf für die Arbeitsmarktreform von Bundeskanzler Gerhard Schröder entschieden. Darunter, wie nicht anders zu erwarten, Günter Grass, Regisseur Jürgen Flimm, Markus Lüpertz und Marius Müller-Westernhagen. Sie forderten den Kanzler zur Standfestigkeit bei der Durchsetzung der Reformen auf (FR, 2.10.2004).

Dass sich umgekehrt Politiker für Kunst interessieren ist zwar selten, aber nicht ganz außergewöhnlich, immerhin widmet die WAMS vom 3. Oktober 2004, eine große Hommage an Werner Müller, Vorstandsvorsitzender der RAG, und seine Begeisterung für Klassik, und stellt ihn damit neben Helmut Schmidt und Otto Schily: Immerhin verdanken wir Werner Müller die Erstaufführung der neuentdeckten Partitur der Mendelssohn-Partie "Der Onkel aus Boston", das in der Essener Philharmonie aufgeführt wurde. Auch das "*Deutsche*" wird wie-

derentdeckt, nicht nur in der Pop-Quote, sondern auch in der Kunst wird das Deutsche wieder aktuell.

Für Markus Lüpertz ist es etwa der Glaube im Dunkel zu leben und sich ins Licht zu sehnen. Durs Grünbein nennt die Bereitschaft zur Pflichterfüllung gegenüber der Geschichte, so beide anlässlich eines Künstlergesprächs im Frankfurter Städel, zu dem die WELT vom 21. Oktober 2004 bemerkt: "Es erleichtert den Deutschen, das Deutsch in der Literatur zu bestimmen, in der das Material deutsche Sprache ist (...) Was ist also das Deutsche an der deutschen Kunst? Nichts genaues weiß man nicht."

Zum *Nobelpreis für Elfriede Jelinek*, siehe etwa Spiegel 42/2004 u.a.m. ("Schock", Zeit, 14.10.2004) wollen wir uns hier lieber nicht äußern und beschränken uns auf das Urteil von Marcel Reich-Ranicki (ebd.): "Das literarische Talent der Jelinek ist, um es vorsichtig auszudrücken, eher bescheiden."

Interessant daher die Analyse von Dolly Buster, Ex-Porno Star und Buchautorin, zur Wahl des Nobelpreiskomitees: "Ich kenne Elfriede Jelinek nur dem Namen nach, aber ihr Tabu-Bruch zum Thema Sex ist bestimmt auch ein Grund für den Preis. Man denkt immer man tut etwas ganz besonders Ausgefallenes. Und das wird gern ausgezeichnet, um dafür mehr Aufmerksamkeit zu bekommen. Die Fachleute brauchen das natürlich nicht, aber ich bin mir sicher, der Mann auf der Straße lernt Elfriede Jelinek jetzt erst kennen. Feminismus ist ja

eigentlich kein Team mehr – und das ist ein gutes Zeichen. Aber wenn etwas revolutionär ist, wenn jemand mit Tabus bricht, so soll das unbedingt belohnt werden. Ich sehe mich auch als Feministin und möchte natürlich für mein Werk auch belohnt werden!" (WELT, 9.10.2004).

Natürlich gab es da auch Kuriositäten, Rüdiger Scholz, pensionierter Germanistik-Professor aus Freiburg forderte, alle Goetheinstitute sollten sich umbenennen, da Goethe als Minister und Berater des Weimarer Herzogs sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht habe. Er sei verantwortlich für die Hinrichtung einer jungen Frau (BamS, 12.9.2004). Oder dass griechische Anwälte gegen den neuen Alexander-Film klagen wollten, weil ihn Colin Farrell bisexuell darstellt (WELT, 24.11.2004).

Und es gab den Skandal, etwa dass jetzt nicht einmal mehr die Übertragung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der ARD gesendet wird, weil sie, so die WELT vom 12. Oktober 2004, "damit dem puren Zerstreuungs- und Verblödnungsfernsehen, das keinen Cent Rundfunkgebühren wert ist, wieder einen Schritt näher gekommen" sei. Oder um die "*Weber*" in Dresden; Warum dort unbedingt darüber sinniert werden muss, Sabine Christiansen "sehr schnell erschießen" zu wollen, (was die Talkerin gerichtlich verbieten will, WELT, 17.11.2004), aber der Spiegel dem Stück eher zugute zu halten scheint (48/2004), Bundes-

kanzler Schröder als "Verräterschwein" und Ministerpräsident Milbradt als "blöde Sau" tituiert werden (FAZ, 23.11.2004), ist ebenso unerfindlich wie jene Wahl, nach der das schönste deutsche Wort nun wirklich "Habseligkeiten" lauten soll; das will man gar nicht so recht glauben (WELT, 25.10.2004). Ende November 2004 ließ der Felix Bloch Erben Verlag als Inhaber der Urheberrechte die Aufführung gerichtlich untersagen (FAZ, 27.11.2004; Kommentar dazu in der SZ, 27.11.2004: "Ist dem Regietheater nur noch mit Rechtsmitteln beizukommen?").

Und das führt zu der wirklich entscheidenden kulturpolitischen Diskussion im Sommer und Herbst 2005, die um die *Zukunft des Theaters*.*

Harmlos noch die SZ vom 14. Oktober 2004, die als neuen Trend Glaube und Religion im Theater entdeckt haben will: "Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und das Wort war Gott. Himmlische Hermeneutik. Dann erschuf Gott die Menschen und übergab das Wort an sie. Die Menschen ergriffen und zerredeten es, und als sie groß und stark waren und sich die westliche Welt untertan gemacht hatten, schafften sie Gott ab und setzten sich selber an seine Stelle. Sie gaben sich Gebote wie Schönheit, Macht, Reichtum, Sex. Zu ihrer Religion erhoben sie den Kapitalismus, zu ihrer Kirche das Fernsehen, und als Prediger hatten sie missionarische Apostel, die hießen George W. Bush oder Reinhold Beckmann oder John de Mol.

Aus dem Wort aber wurde ein Gebrabbel, so dass niemand mehr etwas verstand. Irgendetwas ist schief gelaufen. Und wie so oft, wenn eine große Leere entsteht, ein diffuses Unbehagen am Getriebe der Welt, ist es das Theater, das seismografisch darauf reagiert. Dass das Theater sich mit Sinnfragen beschäftigt, ist nicht neu. Neu ist, dass es dabei explizit auf Glaubens- und Religionsthemen rekurriert. So erfährt in dieser Spielzeit nicht nur ein elementares Mysterienspiel wie Goethes ‚Faust‘ eine Renaissance. Auch mit anderen Projekten stellen deutsche Bühnen die Gretchenfrage: Wie hältst Du's mit der Religion?"

Uwe Wittstock eröffnet hingegen in der WELT vom 11. September 2004 den Reigen der harten Fragesteller unter dem Titel "rasender Leerlauf" und konstatierte: "Das Theater ist, auch wenn seine Jünger es nicht wahrhaben wollen, ein antiquiertes, ein überlebtes Medium. Es gibt fast kein Bild auf einer Bühne, das sich im Film nicht besser, präziser, eindringlicher inszenieren ließe.

Ob Schlachtgetümmel oder Liebesszene, Sturmflut oder Bürobetrieb, stilisierte Landschaft oder naturalistisches Stadtpanorama, alles lässt sich auf Kinoleinwänden zu glanzvollem Leben erwecken. Die kuriosen Kulissenwäldchen, Pappgemäuer oder Sperrholzhorizonte im Theater dagegen liefern regelmäßig Gratisassoziationen an die Augsburger Puppenkiste mit.

Jede Massenszene wird im Theater zur bühnenbretterdröh-

nenden Statisten-Stampede, und jedes Liebespaar brüllt sich hier seine intimen Geständnisse speichelsprühend in die Gesichter, damit auch der 5. Rang noch hört, welch angeblich hauchzarte Gefühle hier gefühlt werden (...)

Zurzeit werden, wenn ich es recht sehe, zum Beispiel gern und regelmäßig Hintern entblößt, vorzugsweise die von sehr alten Schauspielern oder Schauspielerinnen. Der Regisseur Christoph Marthaler legt zudem Wert darauf, die Geduld seines Publikums zu prüfen, indem er es untätig dösende Darsteller betrachten lässt. Armin Petras wiederum verlegte kürzlich den ‚Zerbrochenen Krug‘ in den gerade zu Ende gegangenen Balkankrieg, wo sich dann Kleists Jungfrau Eve weniger an einer flotten Vergewaltigung durch Dorfrichter Adam als an dem vom Nato-Hubschrauber eingeflogenen Revisor stört. Thomas Ostermaier macht in Berlin einer einzelnen Büchner-Zeile folgend aus ‚Dantons Tod‘ ein Puppentheater, Sandra Strunz siedelt Ibsens ‚Frau vom Meer‘ dafür sinnigerweise in einem Aquarium an. Darüber hinaus ist natürlich des Urinierens und Onanierens, des Koitierens und Masturbierens auf unseren Bühnen kein Ende, was das Publikum inzwischen allerdings mehr routiniert als schockiert über sich ergehen lässt (...)

Früher einmal erhielt das Theater zudem einen bürgerlichen Bildungskanon am Leben – und kaum etwas wäre heute wohl verdienstvoller als eben dies. Jeder Achtjährige bewegt sich inzwischen souverän in den

bizarren Sphären japanischer Mangas oder nachmittäglicher Schrei-Talkshows. Ein paar Handreichungen, welche Zeugnisse abendländischer Kultur ebenfalls der Beschäftigung lohnen, könnten da nicht schaden. Werden griechische Tragödie, Commedia dell'arte, Shakespeare-drama, bürgerliches Trauerspiel beim Wort genommen, entführen sie uns in Vergangenseiten, in denen gründlich anders gelebt, geliebt, gestorben wurde als heute – was für ein gegenwartsvernarrtes, gegenwartsvernageltes Publikum recht lehrreich sein kann.

Doch absurderweise gehört es seit knapp einem halben Jahrhundert zum hiesigen Theater-Chic, jeden Klassiker auf das geistige Format der jeweiligen Saison herabzuaktualisieren und ihm damit gerade das auszutreiben, was ihn fremd und überraschend machen könnte. Man kennt das: Macbeth tritt als Manager in Nadelstreifen auf, Hebbels Meister Anton als farbiger Arbeiter mit Migrantenschicksal und die Minna von Barnhelm als Thekenschlampe. Nichts gegen Thekenschlampen, im Gegenteil, nur ist Lessings Stück eben nicht mehr plausibel, wenn seine Minna auf der Bühne mehr an Alkohol und Disko interessiert zu sein scheint als an Major von Tellheim.

Kurz, das Theater ist nicht nur als Medium veraltet, es hat inzwischen alle traditionellen gesellschaftlichen Funktionen verloren. Es gibt wenig und immer weniger Anlass es zu besuchen. Folglich darf sich niemand wundern, wenn der Aufwand, Zu-

schauer anzulocken, inzwischen erheblich wird. Für jeden, der es auf sich nimmt, einen Abend vor deutschen Bühnen zu verbringen, ist inzwischen laut offizieller Statistik im Schnitt ein Zuschuss von knapp 95 Euro fällig. Zusammen rund 2,1 Milliarden (...).“

Schließlich stellt Wittstock fest, daß die Talente dieses Landes einfach nicht ausreichen, um 150 öffentlich getragene Bühnen zu bespielen und schlägt vor, ein paar davon zu Nationaltheatern zu erklären, um sie in jeder Hinsicht so zu unterstützen, daß sie repräsentative Aufgaben übernehmen, Musterinszenierungen entwickeln und einen Kanon pflegen können: “Die übrigen Bühnen wird man deshalb natürlich nicht abschaffen. Aber es wäre ehrlicher zuzugeben, daß es für ihren Fortbestand kaum künstlerische, intellektuelle oder gesellschaftliche Gründe gibt, sondern vor allem gewerkschaftliche.”

Nach Meinung des Frankfurter Verleger Karlheinz Braun treten die Regisseure zeitgenössische Autoren mit Füßen, verkürzen sie bis zur Unkenntlichkeit oder benutzen die Vorlage nur als Steinbruch für ihre eigenen Ideen, so Braun auf der Herbsttagung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt (FAS vom 24. Oktober 2004). “Wohin treibt das Theater?” so der Titel dieser Tagung. Die FAZ vom 25. Oktober 2004 kommt zum Fazit: Es sei das trübe Ergebnis dieser Darmstädter Tage, dass das hier präsente deutsche Theater offenbar einem Kulturweltbürgertum,

dessen geistige literarische Spitze die Akademie ja zu sein behauptet, überhaupt nichts mehr zu sagen hat. Ja, dass das Theater einer ganzen Gesellschaft nichts mehr sagen möchte außer banalen Gespreiztheiten: “Der erste Abend ein heillosen Durcheinander von selbstbezogenen Schwätzern. Der zweite aber: eine Katastrophe.” Es ging insgesamt darum, ob sich die Regisseure selbst genug seien (...)

“Auf diese Frage fanden die Regisseure eine Generalantwort: Alles, auch noch eine Straßenbahnfahrt, sei heute theatralisch, also alles Theater und insofern alles Wurscht (...);“ moderater Bericht in der WELT vom 25. Oktober 2004. Kritik übt auch Reinhard Beuth (RhM 40/2004) an der Diskrepanz von Text und Aufführung: “Wer in den letzten 25 Jahren zur Oper gefunden hat, der kennt die Werke des Repertoires allenfalls aus dem Opernführer und von der CD, aber nicht aus dem Theater. Was er auf der Bühne gesehen hat, sind im besten Falle Parafernalia zu den Stücken gewesen, im schlimmeren und häufigeren Fall Parodien im eigentlichen Sinne. Einer bestehenden Partitur wurde eine völlig neue Handlung unterlegt. Mozarts ‚Entführung aus dem Serail‘ gesehen durch die Zäune, mit denen die palästinensischen Siedlungsgebiete aus Israel ausgegrenzt werden, und wir haben das Stück als Wienerisches Quid pro quo mit Türkenmode im Wiener Schokoladenkaffeehaus des Rokoko erlebt. Zuletzt war Selim Bassa Bordellbesitzer, wurde von einem Rivalen aus dem Gangstermilieu abgemurkst, inmitten sei-

ner Peepshow Ställe. Wir haben hier die ‚Entführung‘ seit Ewigkeiten nicht mehr gesehen als ein Stück über Liebe, Standhaftigkeit, Treue, Zweifel, Toleranz, in dem die Musik die Herzen schlagen und die Stimme in Koloraturen vor Angst erzittern lässt (...)

Wenn die hochsubventionierten Musikbühnen, an denen die Kosten für eine Neuinszenierung ja längst in die Millionen gehen, von Regisseuren (und ihren Mitstreitern bei Bühnenbild, Kostüm etc.) tatsächlich in erster Linie als Platz für die Selbsttherapie psychischer Aperrationen dient, dann ist das ganze System wahrscheinlich schon nicht mehr zu retten.“

Am besten aber war Gerhard Stadelmaier in der FAZ vom 21. Oktober 2004: „Nichts liegt der Mehrzahl der dort (in Darmstadt) versammelten Theatermacher, nichts auch liegt dem deutschen Theater in seinem repräsentativen Querschnitt zur Zeit so fern wie Sprache und Dichtung. Die Dichter und Dramatiker und ihre Sprecher und Fürsprecher auf der Bühne sind, nehmt alles nur in allem, weggefegt. An ihre Stelle ist der Regisseur getreten. Er streicht nicht nur – was noch jeder Regisseur getan hat. Er fügt hinzu, er dichtet um, er zer- und durchsetzt alte und neue Stücke mit dem, was ihm gerade durch den Privatkopf rauscht, an Lieblingsschallplatten oder Lieblingstexten aus seinem Zettelkasten. Er inszeniert sich selbst. Nicht die Dichter. Und schon gar nicht das Verdichtete (...). Kaum noch ein Theaterverlag, der nicht in Kon-

flikt mit einer ständig zunehmenden Zahl von Bühnen läge, denen er es erst juristisch untersagen muß, neuere, unterm Urheberrecht stehende Dramentexte so zu verfremden, daß sie niemand mehr wiedererkennt – vor allem nicht deren Autoren (...)

Das Theater zeigte in den Jahrhunderten bisher wirklich, was in Wirklichkeit nicht ist: Es tat immer noch nur so, als ob. Und machte mit dem Spiel Ernst. Und schuf daraus neues Leben, zeigte einer Welt und einer Gesellschaft das, was über Welt und Gesellschaft hinausgeht. Und das konnten und mußten Welt und Gesellschaft zu Recht subventionieren: als Zinsvorschuß aufs Kapital einer Gegenwelt. Jetzt aber geht das Theater vermehrt dazu über, sich mit der Wirklichkeit zu verwechseln beziehungsweise mit dem, was, so die obszöne Regisseursfloskel, ‚mich daran interessiert‘. Was aber jemanden persönlich, privat interessiert, bedürfte eigentlich keiner öffentlichen Subvention (...). In weiten Teilen Deutschlands wird es bald kaum noch eine Gemeinde geben, die nicht pleite wäre oder vor der Pleite stünde und irgendwann ihr Theater gar nicht mehr zu finanzieren in der Lage ist. Theater, die längst nicht mehr den Mittelpunkt dieser Kommunen bilden, weil sie auch nichts anderes machen, als was das Fernsehen oder die nächste Lounge oder Disco nicht besser machen. Theater, die ihre Stadt und ihr Publikum so lange mit Privatmarotten und Selbstbespiegelungen provoziert und also zu Tode gelangweilt haben, daß weite Teile der Gesellschaft eben auch ins Achsel-

zucken der Theaterleute mit eingefallen sind: Sie wenden sich vom Theater ab.“

Joachim Kaiser bringt es in der SZ vom 13./14. November 2004 auf einen ähnlichen Punkt: „Ich selbst kann, was den Hang unseres Regietheaters zur Modernisierung angeht, verstandesmäßig manche, auch brutale Verfremdungen oder radikale Umfunktionierungen nachvollziehen. Aber mein Gefühl sträubt sich. Sträubt sich gegen den Verlust an ferner Größe und menscheitsgeschichtlicher Erfahrungstiefe, der so oft mit der entschlossenen Modernisierung überlieferter Texte einhergeht. Es steht also auch viel auf dem Spiel, wenn radikale Rettungen unternommen werden sollen. Entschlossene Regie-Überzeugungstäter vertreten die Ansicht, alle großen Schauspiele und Musikdramen könnten zu jeder Zeit spielen. Stimmt das? Wagners ‚Ring des Nibelungen‘ zum Beispiel spielt offenbar in archaischer, mythennaher Zeit. Er ist entworfen als kapitalismuskritische Allegorie im Geist des 19. Jahrhunderts. Das hat Chéreau bei seinem Bayreuther ‚Jahrhundert‘-Ring deutlich gemacht. Er zeigte Wotan, durchaus zwingend, in zweifacher Gestalt: manchmal als germanischen Gott, manchmal auch als spätbürgerlich kapitalistischen, von Verträgen bedrängten Groß-Unternehmer. Mit Rokoko aber, mit Biedermeier oder christlichem Mittelalter hat Wagners Ring nichts zu tun. Und mit Atomforschung auch nichts.

Darum verstehe ich den passionierten Wagnerianer Vicco

von Bülow alias Lorient sehr gut, der mir einmal sagte: ‚Ich habe den Wotan schon so oft mit Akkentasche gesehen, jetzt möchte ich ihn mal wieder mit einem Speer sehen.‘ Große Kunst spielt nämlich keineswegs zu jeder Zeit – nur eben vielleicht, im Gelingens-Falle, für jede Zeit. Geschichtliche Ferne kann zur Sache gehören, ist aber unter Umständen überspringbar. Sonst wäre Antigone uns fremd, und es gäbe weder Ödipus noch Freuds Ödipus-Komplex, weder Kleists ‚Zerbrochenen Krug‘, wo der Richter Adam sich selber den Prozess macht, noch Max Frischs Roman ‚Homo faber‘, wo des Ödipus’ Verhängnis als Schicksal eines skeptischen, modernen Wissenschaftlers wiederkehrt. Mittlerweile ist die Lizenz, alles historisch Sperrige zu umgehen und zu modernisieren, auf unseren Bühnen zur Konvention geworden. Die veröffentlichte Meinung macht da weithin mit, auch wenn sie damit häufig in Kontrast zur öffentlichen Meinung gerät.“

Schließen wir daher tröstlich, mit dem flammenden Plädoyer von Christoph Stölzl im „Tagespiegel“ vom 25. Juni 2004. „Gerüttelt von der Globalisierung, herausgefordert durch eine europäische und internationale Migration, verunsichert durch einen rapiden Wertewandel der Industriegesellschaft bedürfen wir der Kultur als Labor der Verständigung. Keine praktische Humanität gibt es ohne die ständige Vergewisserung über kulturelle Symbolik. Nichts anderes baut so gut Brücken zwischen unterschiedlichen Menschen,

zwischen Fremd und Vertraut, zwischen Alt und Jung, zwischen Arm und Reich. Jede gemeinsame Beschäftigung mit kulturellen Werten führt zu einem Rollenspiel. Kultur ist nie etwas fix Vorgegebenes, in das man sich in Reih und Glied formiert, sondern immer ein wechselnder Text mit wechselnder Besetzung. Ohne diese Spielergemeinschaft kann es Heimat nicht geben. Und ohne Heimat, des bin ich gewiss, auch keine Demokratie. Darum: Der Kultur in Deutschland geht es erst dann wirklich gut, wenn ihre Rolle als demokratiestiftende Kraft endlich entdeckt wird.“

Deutschland/ Allgemeine Trends

Archäologie

Jubiläum

Am 4. Juni 2004 feierte das deutsche archäologische Institut in Istanbul sein 75jähriges Bestehen. Anlaß für die FAZ vom 2. Juni 2004, einen Überblick über die Projekte des DAI zu geben. Es ist die einzige ausländische Forschungsstelle, die sich in der Türkei ausschließlich mit Archäologie beschäftigt. Andere Nationen beschränken sich auf wenige und ausgewählte Projekte.

Auszeichnung

Kritik

Die Schriftstellerin Christa Wolf hat „mit Empörung“ auf die Ent-

scheidung des Börsenvereins des deutschen Buchhandels reagiert, den bislang während der Leipziger Buchmesse vergebenen „Deutschen Bücherpreis“ abzuschaffen und ab dem kommenden Jahr in veränderter Form während der Frankfurter Messe zu vergeben (FAZ, 17./21.9.2004). „Gerade in der jetzigen Phase der Entwicklung in Deutschland“ sei das „politisch instinktlos“ (FAZ, 22.9.2004).

Gelobt

Die fünfzig jährlich gebetenen Musikkritiker, die in der Zeitschrift Opernwelt ihr Votum abgeben, haben sich in 2004 für das „Deutsche Stadttheater“ entschieden. Die Rezensenten waren der Ansicht, dass in der Summe der künstlerischen Leistungen die Vereinigten Stadt-Musiktheater eine imponierende Gesamtleistung erbracht hätten. Die „ärgerlichsten“ Opernerfahrungen wurden einmal mehr in Berlin gemacht, mit der Kulturpolitik, diversen Aufführungen und dem Weggang des Dirigenten Christian Thielemann (FAZ, 2.10.2004; WELT, 2.10.2004). Zu diesen ärgerlichen Produktionen gehört auch die „Entführung aus dem Serail“ von Calixto Bieito an der Komischen Oper und der Don Carlos (Philippe Himmelman) an der Lindenoper. Hier in Berlin habe eine Mischung aus politischem Versagen und künstlerischer Überheblichkeit Wirkung gezeigt, so die Kritiker (WELT, 2.10.2004).

– Deutschlands Kunstkritiker haben die Cézanne-Schau im Essener Museum Volkwang zur Ausstellung des Jahres gewählt.

Die erstmals vergebene Auszeichnung "Museum des Jahres" ging an das Museum Kurhaus in Kleve (SZ, 30./31.10.2004).

Bildung

"Education"

Seit zwei Jahren üben sich die Berliner Philharmoniker als Musikpädagogen. Ihr Programm "Education" soll den Verfall des Musikunterrichts an den Schulen und einem möglichen Verreisen des Konzertpublikums entgegenwirken. Finanziert wird das Programm durch Zuwendungen der Deutschen Bank zunächst für drei Jahre. Angekündigt ist aber eine Unterstützung für fünf Jahre. Schilderung des Programms in der NZZ vom 15. Oktober 2004.

Education, da sollte man immerhin auch erwähnen, dass die FR (Magazin vom 23.10.2004) einen beeindruckenden Bericht über eine 12 Jahre alte Kunstführerin im Frankfurter Stadel berichtet, die jüngere Kinder für Kunst interessieren und animieren will.

Berappelt

Dass sich die "Musikwissenschaft schlicht berappelt" habe, stellt die FAZ vom 27. September 2004 anlässlich einer Betrachtung des Weimarer Kongresses zu "Musik und kulturelle Identität" fest. Das sei einhergegangen mit einer umfassenden inhaltlichen Neuorientierung, weg von einer eurozentrischen bis historischen Ausrichtung, hin zu einer globalen Perspektive. Hervorgehoben wird in dem Bericht die positive Diskussion über "Musik und Vermittlung",

deren Tenor schließlich lautete: man müsse sich um die jüngere Generation mehr kümmern: "Der sicherste Weg die klassische Musik ins Grab zu bringen, ist, das Konzertritual einrosten zu lassen", so Dresdens Opernintendant Gerd Uecker.

Neuer Studiengang

In einem Masterstudiengang an der Universität Zürich sollen Theaterintendanten ausgebildet werden. Bislang gibt es keine systematische Möglichkeit sich mit einem systematischen Studium auf Spitzenplätze in der Leitung von Kulturbetrieben vorzubereiten. Ab September 2004 bereiten sich in Zürich 12 Kandidaten und Kandidatinnen im Rahmen eines Weiterbildungsstudienganges auf den Intendantenjob vor. Sie sollen nach drei Jahren den Titel "Executive Master of Arts Administration" in Empfang nehmen können. Die Kosten belaufen sich auf rund 25 000 Euro (siehe Bericht in der SZ vom 30./31.10.2004).

Bürgergesellschaft

"Sprung über den Graben"

Der vormalige Kultursenator und derzeitige Vize-Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses Christoph Stölzl hat vorgeschlagen, der Staat solle die Kunst- und Kulturförderung mehr und mehr der Bürgergesellschaft überlassen: "Wir brauchen ein neues bürgerschaftliches Menschenbild". Es sie Zeit für einen "Sprung über den Graben", erklärte Stölzl dafür müsse der Staat Steuern und Abgaben drastisch senken (FAZ, 26.8.2004).

Buch

Billigtrend

Mehr als 5,3 Millionen Bücher hat der Süddeutsche Verlag seit dem Start seiner Buchaktion im März 2004 unter die Leser gebracht. Mindestens zehn Millionen Exemplare wollen die Münchner am Ende der 50-wöchigen Verkaufsspanne abgesetzt haben. Über 68 000 mal wurde die gesamte Bibliothek bestellt. Entscheidend ist der Preis: 4,90 Euro pro Stück. Auch "Bild" ist erfolgreich eingestiegen: Die 175 000 Exemplare der Erstauflage von Band eins, Mario Puzos Bestseller "Der Pate", waren bereits vor dem Verkaufstart komplett vom Handel geordert. Trotzdem: Sonderverkäufe können den Markt, der drei Jahre in Folge Umsatz verloren hat, nicht aus dem Tal ziehen. Mehr als eine "schwarze Null" erwartet Börsenverein-Chef Schormann auch 2004 nicht (WELT, 3.10.2004).

Lieblingsbücher

"Was jetzt von 250 000 Menschen im ZDF zu den 50 Lieblingsbüchern der Nation gekürt wurde, das kann sich durchaus sehen lassen", so die WELT vom 4. Oktober 2004. Die Deutschen lieben wie eh und je die großen Fantasie-Entwürfe der Parallelwelten (Platz 1 für den "Herrn der Ringe"). Und sie wollen nach wie vor wissen, "was die Welt im Innersten zusammenhält" (Platz 2 "Die Bibel", Platz 15 "Faust", aber auch auf den hinteren Rängen beispielsweise "Sofies Welt" (38)). Sie ehren ihre Klassiker (jeweils drei Nennungen von Thomas Mann und Hermann Hesse, zwei von Fon-

tane). Aber sie goutieren auch jene politisch-gesellschaftskritische Belletristik, mit der nach 1945 die literarische Erneuerung begann (Grassens "Blechtrommel" Platz 48; Lenzens "Deutschstunde" Platz 31; Schlinks "Vorleser", Platz 14). "Eine schallende Ohrfeige erteilen die lesenden Deutschen der Spaßfraktion, denn vom ganzen Pop-Quatsch und Trivial-Schrott, den die aufgeregten Zeitgeist-Surfer ihnen in den letzten fünf Jahren unablässig angepriesen haben, hat sich kein einziger Titel in diese Bestenliste verirrt." (vgl. auch SZ, 4.10.; FAZ, 2.10.2004).

Die besten Bibliotheken

Über die besten Stadtbibliotheken verfügen Heidelberg und Rosenheim. Bei den wissenschaftlichen Büchereien liegen Aschaffenburg und Mannheim vorn. Dies ergab eine bundesweite Bibliotheks-Vergleichsstudie der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh. Trotz immer weniger Geld und Personal verzeichneten Deutschlands Bibliotheken weiter steigende Besucher- und Entleihzahlen. An der mittlerweile fünften Studie für den Bibliotheksindex (BIX) beteiligten sich 212 öffentliche Bibliotheken, dazu kamen erstmals 50 Fachhochschul- und Universitätsbibliotheken. Bundesweit gibt es mehr als 5 000 öffentliche Bibliotheken.

In der Gruppe der Großstadtbibliotheken belegte Heidelberg den Spitzenplatz vor Reutlingen, bei den Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern siegte Rosenheim vor Vorjahressieger Norderstedt. In den anderen Größenkategorien belegten je-

weils den ersten Platz: die Regionalbibliothek Weiden (30 000 bis 50 000 Einwohner), Bad Neustadt an der Saale (15 000 bis 30 000 Einwohner) sowie das Bibliothekszentrum Hösbach (unter 15 000 Einwohner). Nach einer kürzlich veröffentlichten infas-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung kennt jeder fünfte Deutsche seine Stadtbibliothek nicht. Und nur rund 30 Prozent der Bürger besuchen überhaupt Bibliotheken (WELT, 27.7.2004).

Weniger Bücher

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes "polis" geben 36% an, seltener Bücher zu kaufen, 22% begründeten ihre Kaufzurückhaltung mit nachlassendem Interesse. Außerdem bestätigt die Umfrage den bekannten Zusammenhang von Bildung und Buchkonsum (FAS, 18.7.2004). Die Umsätze im deutschen Buchhandel schrumpfen weiter, minus 0,1 % 2001, minus 2% 2002, minus 1,7% 2003. Der Umsatzschwund beziffert sich seit 2001 auf ungefähr eine halbe Milliarde Euro. Gestiegen ist dafür wieder die Titelflut, 2001 89 986 neue Bücher, 2002 59 916 Titel, in 2003 wieder 61 538 Neuerscheinungen. Die WELT vom 10.7.2004 kommentiert: "Ob das tatsächlich schon die Trendwende bedeutet, bleibt abzuwarten (...) Abseitiges, Neues (..) hat kaum noch Chancen auf die nötige Aufmerksamkeit. Oft erreicht es den Buchhandel gar nicht, und darin besteht das große Minus. Der Verarmung der deutschen Buchbranche kommt man mit Zahlen nicht bei."

Eine Umsatzsteigerung von 1,5% verzeichnet hingegen der Versandbuchhandel, vor allem wohl der Internetbuchversand, der seinen Umsatz von etwa 350 auf 400 Mio. Euro gesteigert hat. (siehe auch FAZ, 10.7.2004).

Beim Umsatz zurückhaltend

Die Buchhändler bleiben in ihren Umsatzerwartungen für 2004 zurückhaltend. Nur 20% der Händler gehen davon aus, dass sich der Umsatz in der zweiten Jahreshälfte verbessert. Für das ganze Jahr sei etwas das Niveau von 2003 zu erwarten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gibt ein Durchschnittshaushalt nur 0,6% seiner Konsumausgaben für Bücher aus, 12 Euro pro Monat. Nahezu doppelt so viel wenden Beamtenhaushalte mit 23 Euro für Bücher auf, ihnen am nächsten kommen Haushalte von Selbstständigen mit 21 Euro im Monat.

Buchmesse

Die WELT vom 6. Oktober 2004 würdigt die Frankfurter Buchmesse in besonderer Weise. Hier spielten die Dieter Bohlen dieser Welt bestenfalls eine Nebenrolle: "Auf dieser Buchmesse gilt dem Buch. Es wird eine Messe der neuen Ernsthaftigkeit". Ein positives Fazit ihres Auftritts auf der Buchmesse zieht jedenfalls die arabische Welt (WELT, 12.10.2004; FAZ, 19.10.2004). Aber: "Was ist am Vorwurf dran, dass auf der Frankfurter Buchmesse nicht wenige Bücher ausgestellt worden seien, welche einen antisemitischen Inhalt gehabt hätten? Nachgewiesen ist das bei den

25 000 arabischen Publikationen bislang nicht" (WELT, 16.10.2004). Daher betonte Messesprecher Holger Ehling, die Kritiker hätten dafür keine gerichtsfesten Beweise vorgelegt. Die Buchmesse könne von sich aus keine Bücher verbieten: "und das ist auch gut so", so Uwe Wittstock in der WELT vom 16. Oktober 2004. "Die Buchmesse darf in Deutschland nicht die Funktion einer Zensurbehörde übernehmen. Allerdings mussten sich die Organisatoren der Messe schon in dem Moment darüber klar sein, dass es zu politischen Problemen kommen könnte, als sie die Arabische Liga als Ehrengast nach Frankfurt einluden. (...) Um so wichtiger ist es jetzt, dass die Verdachtsmomente jetzt erhärtet oder widerlegt werden." Nur gibt es überhaupt die arabische Literatur?, das fragte sich der Spiegel (4.10.2004): "Die Entscheidung, die arabische Welt als Ehrengast ins Zentrum zu rücken, war richtig und klug, aber auch riskant. Denn Gesprächspartner der Deutschen ist die Arabische Liga, und in keinem der 22 eingeladenen Staaten, von Algerien über Ägypten und Oman bis Saudi-Arabien, herrscht wirkliche Freiheit. Radikale Kritik kann nur von draußen geübt werden – in den Ländern selbst ist ein Erzählen aus dem Geist der Freiheit kaum mehr als eine Fata Morgana. Ob in Kairo, Damaskus, Kuwait oder Amman: Die Bücher müssen zum Zensor, bevor sie zum Leser kommen (...) Die Frankfurter Show mit ihren über 200 geladenen arabischen Autoren verdeckt das miserable Bild, das

der arabische Buchmarkt bietet. Die Auflage der Neuerscheinungen übersteigt selten 1 000 bis 3 000 Exemplare, jährlich werden nur etwa 300 Titel ins Arabische übersetzt, für 290 Millionen Araber werden weniger Bücher produziert als in Hessen – auf billigem Papier, schlecht gedruckt und unzulänglich geheftet. Dem gegenüber steht die religiöse Literatur: ledergebunden, auf Glanzpapier gedruckt, überall günstig zu haben, großzügig subventioniert von den frommen Regierungen der Ölstaaten."

Kaum Lizenzen

Beinahe 50% aller Übersetzungen ins Deutsche kommen aus dem Englischen, aber nur mehr 6% aller deutschen Lizenzen werden ins englischsprachige Ausland vergeben (WELT, 21.10.2004).

Buchpreisbindung

Auch Privatleute die im Internet "mit gewisser Regelmäßigkeit" neue Bücher versteigern, etwa Rezensionsexemplare, müssen sich an die Buchpreisbindung halten, so ein Beschluß der Oberlandesgerichte Frankfurt im Juni 2004 (FAZ, 16.6.2004).

Denkmal

Offen

Am bundesweiten "Tag des offenen Denkmals" am 12. September 2004 haben 7 000 historische Bauwerke an 2 500 Orten Deutschlands ihre Pforten geöffnet (WELT, 11.9.2004).

Zwischenbilanz I

Die Deutsche Stiftung zum Denkmalschutz hat eine eher

deprimierende Zwischenbilanz gezogen. Seit 1990, so Stiftungspräsident Gottfried Kiesow, wurden durch 140 000 Förder-, Werbe- und Unterstützungsfirmen rd. 310 Mio. Euro für den Erhalt von 3 000 Baudenkmäler aufgebracht. Damit wurden die 1,76 Mrd. Euro Denkmalschutzförderung des Bundes und der Länder und Gemeinden ergänzt. Zu 80% flossen die Gelder in die neuen Länder, aber es sei nur ein Drittel aller Schlösser und Herrenhäuser in Ostdeutschland in Stand gesetzt. Verschärfend wirkte sich nun die deutsche Wirtschaftskrise aus, moniert wurde bei der Bundesregierung, dass die öffentlichen Mittel für Denkmäler stärker zurückgefahren würden als in anderen Bereichen. So gerieten zudem auch die westlichen Bundesländer mit dem Erhalt ihres Kulturerbes in Rückstand (FAZ, 7.7.2004).

Zwischenbilanz II

Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger hat die kürzlich veröffentlichte Zwischenbilanz für die Denkmalpflege in Deutschland kritisiert. In vielen Bundesländern seien die Zuschüsse in diesem Bereich überproportional gesenkt worden, so der Vorsitzende der Vereinigung Gerd Weiß. Leitthema der Jahrestagung der Vereinigung in Schwerin im Juni 2004 war das Verhältnis von Tourismus und Denkmalpflege. Für Länder wie Mecklenburg-Vorpommern, für die der Massentourismus unabdingbar sei, habe dies unerwünschte Folgen, weil die Instandhaltungskosten von Denkmälern sich erheblich erhöhen (FAZ, 15.6.2004).

Bürde

Während Bundesbauminister Stolpe anlässlich der Eröffnung des 12. Kongresses städtebaulicher Denkmalschutz in Quedlinburg im September 2004 die Denkmalpflege in den neuen Bundesländern als Erfolgsgeschichte des Aufbaus Ost gewürdigt hatte, wird die Denkmalpflege für die katholische Kirche zunehmend zur Bürde. Das teilte die Deutsche Bischofskonferenz anlässlich des Tages des offenen Denkmals ebenfalls im September 2004 mit. Sie habe in den vergangenen 5 Jahren über 2 Mrd. Euro in die Denkmalpflege investiert, hingegen hätten die Bundesländer ihre Zuschüsse drastisch gekürzt. Zur Zeit stehen 23 000 Kirchen in Deutschland unter Denkmalschutz (FAZ, 2.9.2004).

Enquete-Kommission

Streit

Die WELT berichtet im Oktober 2004 von einem Streit der Berliner Kanzlei Peter Raue und dem Deutschen Bühnenverein. Die Enquete-Kommission hatte Raue beauftragt, einen Fragebogen zu entwerfen, mit Hilfe dessen die rechtlichen strukturellen Rahmenbedingungen über die Arbeit der Bühnen und Orchester in Deutschland erhoben werden sollen. Der Deutsche Bühnenverein reagierte mit einem Schreiben an die Mitglieder, den Fragebogen zu ignorieren oder ausgefüllt nicht an die Kanzlei Raue, sondern an den Bühnenverein selbst zu senden. Auf diese Weise ließe sich nicht nur Zeit sparen, sondern auch prüfen, ob sich aus dem Fragebogen noch

zusätzliche Aspekte ergeben, die "wir in unsere Expertise mit aufnehmen können". Raue warf daraufhin Rolf Bolwin, Geschäftsführer des Deutschen Bühnenvereins, eine Missachtung des Parlaments sowie Verstoß gegen das Urheberrecht vor (WELT, 13.10.2004).

Gutachten

Gemeinsam mit Andreas Wiesand vom Bonner Zentrum für Kulturforschung werden Norbert Sievers und Bernd Wagner für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft ein wissenschaftliches Gutachten zur staatlichen Kulturfinanzierung erarbeiten. Im Mittelpunkt des Auftrags steht die Identifizierung und Beschreibung von objektiven und transparenten Förderkriterien und eine Darstellung der Entscheidungsgrundlagen staatlicher Kulturförderung in Deutschland sowie in den vier Vergleichsländern Niederlande, Großbritannien, Schweiz und Österreich. Ferner wird erwartet, dass die bisherigen Strukturen und Verfahren öffentlicher Kulturfinanzierung und kulturpolitischer Entscheidungsfindung bewertet und konkrete Reformvorschläge formuliert werden.

Kultur als Staatsziel

In einer öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" des Bundestages am 20. September 2004 haben mehrere prominente Staatsrechtler die Aufnahme eines Staatsziels "Kultur" in das GG (Artikel 20 GG) vorgeschlagen. Dagegen sprachen sich Peter Badura (Univ. München) und

Ulrich Karpen (Univ. Hamburg) aus. Sie nannten eine so genannte Staatszielbestimmung für Kultur im Verfassungsrang überflüssig oder gar gefährlich. Eine Verfassungsklausel Kultur hätte nach Ansicht von Badura bedeutende Konsequenzen für die Kulturhoheit der Länder und der Volksvertreter, weil sie ihren Gestaltungsspielraum einengen würde. "Sie gäben dem Gesetzgeber und den Richtern eine Macht, die nicht kontrollierbar ist". Karpen meinte: "Wenn das in der Verfassung steht, bestimmen Sie nicht mehr über die Kulturförderung sondern Karlsruhe". Er sieht die Kultur in Deutschland bereits von der Gemeinwohlbestimmung abgesichert. Kulturstaatsministerin Christina Weiss (parteilos) begrüßte das sich abzeichnende Votum der Enquete-Kommission für das Staatsziel.

Dazu die SZ vom 21. September 2004: "Staatsziele haben den Charakter von gutgemeinten Mahnungen. Wo sie mehr als Lippenbekenntnisse sein sollen, kosten sie Geld. In Deutschland, wo den sehr geplagten öffentlichen Haushalten hohe private Vermögen gegenüberstehen, versucht die Kulturpolitik folgerichtig, die Finanzierung der Kultur stärker auf privates Engagement zu stellen. Die Reform des Stiftungsrechts hat da höchste Priorität. In dieser Situation die Kultur paternalistisch dem Staat anzuvertrauen, hat etwas von Gesundbeten. Von der Deklaration der Kultur zum Staatsziel ist also allenfalls ein wenig symbolpolitisches Tamtam zu erwarten."

Erinnerungskultur

Archive

Zum Tag der Archive im September 2004 bemerkt Ullrich Raulff in der SZ vom 26. September 2004: "Die Story der Archive ist erfüllt von (...) Anekdoten, die einen sind kurios, die anderen sind grausam. Und manche sind einfach nur banal, und dann gibt es noch die Geschichten von den deutschen Archivalien, Künstlernachlässen, Gelehrtenpapieren, die weiterhin in die Vereinigten Staaten abwandern, weil hierzulande die Wertschätzung (und konsequenterweise auch das Geld) fehlt, solche unersetzlichen Grundlagen wissenschaftlicher Arbeit zu unterstützen. Das sind die traurigen Geschichten" (s. auch den großen Bericht im Tagesspiegel vom 31. August 2004: "Das bedrohte Gedächtnis der Welt").

Abgegeben

Die Birthler-Behörde zur Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen wird ab 2005 aus dem Innenministerium ausgegliedert und Kulturstaatsministerin Christina Weiss zugeschlagen. Über die Gründe besteht keine Klarheit. Die FR vom 4. Dezember spekuliert: "„Gutsherrenart“ gehört zu den beliebtesten Charakterisierungen für Otto Schily. Und man könnte meinen, dass der Bundesinnenminister sich den Titel nun endgültig verdienen wolle. Die Art jedenfalls, wie die geschichtspolitisch wichtigste Behörde offensichtlich ohne Wissen ihrer Leiterin ins Kulturressort verschoben wurde, ist wahrlich keine feine.

Ob und warum Schily die

Birthler-Behörde loswerden wollte, ist allerdings nicht wirklich klar. Der Schritt lässt sich durchaus unterschiedlich deuten. Die schlimmste Variante wäre es, wenn Schily darauf spekuliert hätte, die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit aus dem Raum des aktuell-politischen Handelns ins Reich der rein wissenschaftlichen Erinnerungsarbeit abzuschieben - in der Hoffnung, einen Streit wie denjenigen über die Kohl-Akten mit der aufrechten Marianne Birthler nicht mehr führen zu müssen. Fatal wäre das, weil es für eine 'Historisierung' des DDR-Systems viel zu früh ist - zumindest Denkstrukturen aus dieser Zeit entfalten schließlich bis heute ihre politische Wirkung.

Eine positivere Sichtweise ist allerdings ebenfalls möglich: Sollte 'Kulturministerin' Christina Weiss die Aufgabe beherzt angehen, dann wären jene, die schonungslos und ohne falsche Rücksichten aufklären wollen, einen Bremser los. Dass diese Chance Schily getrieben hat, darf bezweifelt werden. Es wird an Weiss, Birthler und anderen, auch den Medien, liegen, dafür zu sorgen, dass dieser Teil der Vergangenheit nicht in der Versenkung des 'Beschweigens' verschwindet."

Föderalismus

Kommission*

Nach einem Bericht der Zeit vom 21. Oktober 2004 haben sich die "Ministerpräsidenten für die Arbeit in der Kommission auf ein Papier geeinigt, das Folgendes vorsieht: Die Kulturstiftungen des Bundes und der Län-

der fusionieren; das Sagen haben endgültig die sechzehn Ländervertreter; jedes einzelne Land kann Vorhaben des Bundes verhindern; die neue 'Deutsche Kulturstiftung' wird im Grundgesetz erwähnt, damit ist Kultur auch Verfassungsziel - ähnlich wichtig wie der Tierschutz. Flankierend wird der Eindruck erzeugt, die bisherige gemeinsame Förderpraxis von Bund und Ländern sei ein heilloses Kudelmuddel, demokratisch unzureichend legitimiert, immer kurz davor, die kulturellen Unterschiede in Deutschland durch neowilhelminische Nationalkultur zu planieren." Dazu die Zeit ebd.: "Den Ländern geht es ums Geld, weniger um die Kultur Finanzschwache Länder, zumal die neuen, halten sich beim Thema Kulturhoheit merklich zurück. Wenn der Bund in Zukunft als Akteur der Kulturpolitik ausfällt, dann ist nicht nur Finanzierungssicherheit perdu, sondern auch eine Quelle von Initiativen - und kein weißer Ritter käme mehr im Falle der Not. Pragmatischen Lösungen verweigern sich die Reichen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern. Und ihnen geht es auch gar nicht um Kultur. Sie wollen schlicht einen höheren Anteil an den Einnahmen des Bundes. Sie sagen: Gebt uns mehr von der Einkommen- oder der Mehrwertsteuer, dann können wir auch unsere Kulturhaushalte sanieren. Doch das Geld wird nie bei der Kultur oder in den Kommunen ankommen, es wird immer größere Löcher im Landeshaushalt zu stopfen geben als Bühnen- oder Museumsetats besser auszustatten.

Manifestierte sich die Kulturhoheit der Länder im Rahmen einer ‚Deutschen Kulturstiftung‘, es wäre der endgültige Sieg der Haushälter über die Kulturpolitiker.“

Gedenkstätten

Konzept

Über das Unionskonzept im Deutschen Bundestag zur Erinnerung der Opfer an die Diktatur, berichtet die FAZ vom 17. Juni 2004. Reiner Burger hebt hervor, dass der dagegen erhobene Vorwurf, einen überholten Totalitarismusansatz zu verfolgen und dass die finanzielle Förderung von DDR-Gedenkstätten wegen der Überproportion von NS-Gedenkstätten zu kurz komme, im Antrag der Union keine Stütze finde. Die Kritik der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland an dem Antrag sei in Passagen sogar „unwissenschaftlich polemisch“.

Film

Steuererleichterungen

Kulturstaatsministerin Christina Weiss will mit Hilfe von Steuererleichterungen für Medienfonds die deutsche Filmwirtschaft stärken. In den vorangegangenen fünf Jahren sind bereits 5 Mrd. \$ deutscher Gelder in die amerikanische Filmwirtschaft geflossen, dafür habe unser Finanzministerium Steuervorteile gewährt. Der Effekt für die deutsche Filmwirtschaft sei gleich null gewesen. Weiss erwartet sich durch die Änderung im Einkommenssteuerrecht zugunsten der Förderung deutscher Produktion eine höhere Ausla-

stung der Studios und mehr Beschäftigung (FAS, 17.10.2004). Das Interview mit Frau Weiss im Spiegel 43/2004.

Zunahme

Das illegale Kopieren von Spielfilmen hat in Deutschland im ersten Halbjahr 2004 zugenommen. Laut der im Oktober 2004 vorgestellten 3. Brennerstudie der Filmförderungsanstalt (FFA) wurden von Januar bis Juni 2004 mit 24,75 Mio. gebrannten DVD bereits mehr Filme auf diesem Wege kopiert als im gesamten Jahr 2003 (23,4 Mio.).

Auch die Zahl der aus dem Internet heruntergeladenen Filme stieg bis August bis auf 14,6 Mio. (10%+) im Vergleich zum Vorjahr. Nach Ansicht der FFA ist allerdings der Anstieg angesichts der rasanten Verbreitung von DV-Brennern und DVD Recordern noch moderat (WELT, 28.10.2004).

Mehr Besucher

Nach einem verlustreichen Kinjahr 2003 sind bis Anfang Juli im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 8 Mio. Filmfans mehr in die Kinos geströmt (WELT, 24.7.2004).

Nicht ans Fernsehen

Das Filmstudio Babelsberg darf nach Ansicht des kulturpolitischen Sprechers der Union im Bundestag, Günter Nooke nicht dem Fernsehen überlassen werden. Der Standort Babelsberg gehöre dem Film. Anlaß der mögliche Verkauf des Filmgeländes an die NDR-Tochter Studio Hamburg (WELT, 7.10.2004).

Kirchen

Manieren

Die FAZ vom 2. Juni 2004 würdigt die neue Schrift der EKD mit dem Thema „Die Manieren und der Protestantismus“. Der 176 Seiten umfassende Text kann im Internet abgerufen werden.

Künstlerische Berufe

Künstlersozialversicherung*

Nach Auffassung des Deutschen Kulturrats bedeutet die Anhebung der Künstlersozialabgabe ab dem 1.1.2005 um 35% auf dann 5,8% der an selbstständige Künstler und Publizisten gezahlten Honorare eine deutliche Mehrbelastung der Verwerter künstlerischer Leistungen und trifft insbesondere kleine und mittlere Unternehmen der Kulturwirtschaft besonders hart. Das fein austarierte Verhältnis zwischen Künstlern, Verwertern (30 %) und Bund (heute 20 %, vor 1998 25 % !) innerhalb der Künstlersozialversicherung gerät dadurch in Gefahr. Auch der deutsche Bühnenverein äußerte Besorgnisse und forderte, zur alten Regelung zurückzukehren: 1999 hatte der Hebesatz noch 1 % (darstellende Kunst) und 1,6 % (Musik) betragen (WELT, 24.11.2004). Das Problem der KSK besteht darin, dass sich die Zahl der Versicherten von 45 000 1991 auf derzeit 140 000 vervielfacht hat und das durchschnittliche Jahreseinkommen nur bei 12 000 Euro liegt, das heißt: da ist an Beiträgen nicht viel zu holen (vgl. FR, 27.11.2004). Der Deutsche Kulturrat wird voraussichtlich Mitte Dezember eine

Stellungnahme vorlegen, in der gemeinsame Vorschläge von Künstlern und Verwertern unterbreitet werden, wie die Künstler-sozialversicherung zukunftsfest gemacht werden kann.

Anlässlich der Befassung mit der Künstlersozialkasse in einer Anhörung der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" erklärte der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Nooke, MdB: "Um keine Irritationen aufkommen zu lassen: Die Künstlersozialkasse als Sicherungssystem für die besonders heterogene Berufsgruppe der Künstlerinnen und Künstler muss erhalten bleiben. Auch und gerade den selbständigen Kreativen dürfen die sozialen Sicherungssysteme nicht vorenthalten werden". Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di hatte zuvor verbreitet, man wolle die KSK in der Kommission infragestellen und damit eine Flut von e-mails provoziert.

Arbeitsplätze

Die Zahl der Menschen, die in Deutschland in Kulturberufen arbeiten bleibt einer Studie im Auftrag der Kulturstaatsministerin zufolge 2003 bei rd. 78 000 Erwerbstätigen. Dazu gehören u.a. Künstler, Publizisten, Designer, Architekten. Somit stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Kulturbereich zwischen 1995 und 2003 um 31%, was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 3,4% entspricht. Vorne dabei Design und Grafik. Der Selbständigenkulturbereich hatte im untersuchten Zeitraum eine Wachstumsrate von 50% (WELT, 2.10.2004).

Soziale Lage

Auch die Welt vom 7. August 2004 liefert Zahlen: nur 3% der bildenden Künstler in Deutschland verfügen über ein befriedigendes Einkommen, 5% sind in der Lage sich von ihrer Kunst selbst zu ernähren, 95% klagen über ein zu geringes Einkommen. Nur wenige Künstler verdienen monatlich durchschnittlich mehr als 1 500 Euro, freie in der Regel 800 bis 1 400 Euro und sind auf Nebenjobs angewiesen.

Nicht bedacht: Hartz III/IV

Der Deutsche Bühnenverein befürchtet mit Blick auf die Hartz IV-Reform, dass freischaffende Theaterkünstler es künftig schwerer haben werden, Arbeitslosengeld zu bekommen (nach Hartz III müssen 360 Tage in zwei Jahren sozialversicherungspflichtig sein). In der Theaterbranche gibt es häufig nur kurzfristige Engagements, das alle nicht fest Angestellten Schauspieler schlechter stellt, sie hätten nämlich nur Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn sie innerhalb von zwei statt bisher drei Jahren mindestens 12 Monate angestellt wären. Nur das Ensemble- und Repertoiretheater, so Rolf Bolwin, geschäftsführender Direktor des Bühnenvereins, biete ein ausgewogenes Verhältnis zwischen sozialem Schutz und künstlerischer Freiheit. Theater müssen aufgrund des Finanzdrucks reduzieren, von den 6 000 abgebauten Arbeitsplätzen fielen allein rd. 400 in den künstlerischen Bereich, gleichzeitig stieg die Zahl der unregelmäßig angestellten Mitarbeiter um knapp 3 000 (SZ, 4./5.9.2004). Auf die Einschnitte beim Film durch

Hartz IV verweist die FAZ vom 5. August 2004 und fordert: "Es muss schnell eine Lösung gefunden werden, bevor zig-tausende Betroffenen zu Opfern durch 'Übersehen' einer ganzen Berufssparte werden"; dazu auch FAZ, 5.8.2004. Auch die WELT vom 23. November 2004 hat Sorgen: "Viele Schauspieler stecken einfach den Kopf in den Sand und hoffen auf Wunder" (vgl. auch WELT, 21.10.; SZ, 4.9.2004).

Rechte gestärkt

In einem Bericht der SZ vom 19./20. Juni 2004 hat der Bundesgerichtshof die Rechte der Übersetzer gestärkt und sie wie Autoren behandelt.

Kuratoren?

Die SZ vom 19./20. Juni 2004 macht darauf aufmerksam, daß das Berufsbild des klassischen Kurators mittlerweile nahezu ausgestorben sei. Gefragt seien dafür Allroundtalente, die vom Management über PR-Erfahrung bis hin zu Führungskompetenzen die durch den zusammengeschrumpften Personalbestand entstandenen Lücken halbwegs abdecken und zugleich dem verstärkten Öffentlichkeitsdruck begegnen sollen.

Kulturstadt

National

Der frühere Berliner Kultursenator Christoph Stölzl hat sich für die jährliche Wahl einer nationalen Kulturstadt ausgesprochen. Angesichts der Erweiterung der europäischen Union auf 25 Staaten sei abzusehen, wie selten in

Zukunft eine deutsche Stadt sich mit dem Titel einer europäischen Kulturhauptstadt werde schmücken können. Beim Rennen um den Titel einer deutschen Stadt in 2010 seien das enorme Potential, Engagement, Ehrgeiz, Freude und Opferbereitschaft in Kommunen deutlich geworden, sich für die Kultur in ihrer Region ins Zeug zu legen (FAS, 4.7.2004).

Kunstmarkt

Erfolgsstory Deutsche Kunst

Der Kunstkompass der Zeitschrift Capital liefert jährlich eine Leistungsschau des deutschen Kunstbetriebs und kommt darin immer wieder zu dem selben Ergebnis: die Deutschen sind Weltmeister. Platz 1 und 2 wurden nur zwischen Gerd Richter und Siegmund Polke getauscht, unter die Top 10 kommen 4 aus Deutschland, unter den Top 100 sind es 27 (WAMS, 21.10.2004). S. auch den großen Bericht in der FAS vom 21. November 2004: "Spekulation auf die Farbe".

Kunstmarktstudie

Berlin 2004

Dass der Berliner Umsatz auf dem Kunstmarkt mit denen der Region um Köln/Düsseldorf nicht im entferntesten vergleichbar sei, gehört zu den Standardaussagen Berliner Galeristen. Aber Klaus Siebenhaar, Direktor des Instituts für Kultur- und Medienmanagement der FU und Projektleiter der "Kunstmarktstudie Berlin 2004" kommt zu einem hoffnungsvollem Schluss: Die Stadt befinde sich in der Aufbruchstimmung, in der Köln Anfang der 70er Jahre war. Al-

lerdings: auf dem Weltmarkt fallen die Umsatzzahlen des deutschen Kunstmarkts kaum ins Gewicht, mit 800 Mio. Euro erreichen sie gerade mal einen Anteil von 2,9% aus; Berlin erwirtschaftet davon 10 Mio. Euro. Siebenhaars Zahlen zeigen das Bild einer inspirierenden Metropole junger Kunst, 88,3% der Käufer sind jünger als 46 Jahre, 22% sogar jünger als 35. Berlin steht also ganz im Zeichen von Entdeckung und Entwicklung (FAZ, 25.2.2004).

Museum

Immer vielfältiger

Dass die deutsche Museumslandschaft immer vielfältiger werde, jedenfalls was die Zahl der Museen angehe, konstatiert auch die SZ vom 23./24. Oktober 2004. Die vielen kleinen Häuser in städtischer Hand behinderten, dass deren Kustoden und Ausstellungsmacher sich auf Gedeih und Verderb dem Willen von Sponsoren ausliefern. Nur, so die SZ weiter, was haben die Museen von ihrer Freiheit, wenn ihnen das Geld dafür fehlt? Wenn Ankaufsmittel halbiert, Personalkosten gekürzt oder gleich ganze Institute geschlossen werden, wie letztes Jahr im Stadtmuseum Weimar geschehen? Wenn, wie eine Untersuchung in Brandenburg festgestellt hat, dort ein Drittel der Häuser keinen fest angestellten Leiter mehr hat, dafür doppelt so viele Ehrenamtliche an Bord sind, so dass die Geschäftsfähigkeit vieler Museen praktisch nicht mehr gegeben ist? Oder wenn, wie in Hagen, das geplante Emil-Schumacher-Museum

dem Kommunalwahlkampf zum Opfer fällt? "Vielleicht wäre es dann doch an der Zeit, dass im Hartz-IV-Land, wo die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander klappt, potenzielle Mäzene und Förderer unter den Millionarios einmal bei ihrer Ehre gepackt würden. Freilich haben wir in der Museumsrepublik Deutschland – jede größere Kleinstadt hat mittlerweile ihr eigenes Haus für Klassische Moderne oder Gegenwartskunst, in Nordrhein-Westfalen gibt es allein sechzig Stück davon – ein Steuer- und Stiftungsrecht, das genau dies verhindert: Sehen wir also einem Museumssterben entgegen, mit langsam dahinsiechenden Kunsttempeln, (...) weil die Kultur nun einmal immer als erstes daran glauben muss?"

Dass immer mehr Privatmuseen entstehen, verzeichnet auch die WELT vom 21. September 2004: z.B. die Sammlung Frieder Burda in Baden-Baden, das Museum der Moderne in Salzburg und im Rolandseck die erste Stufe des neuen Arp-Museums. Das Ernst-Museum in Brühl eröffnet in 2005, ebenso das Kunstmuseum Stuttgart usw. Also verblüffende Gründungswelle, auch beeindruckend durch die hohe Qualität damit verbundener Architektur. Man muss aber, so die SZ, auch weiterhin darauf hinweisen, dass die meisten neuen Museen Ausgeburten der noch euphorischen 90er Jahre gewesen sind, als die Rezession sich nur undeutlich und dunkel am Horizont abzeichnete: Heute wachsen sie in eine Landschaft hinein, in denen viele Museumsdirektoren, vor

einem "finanziellen und psychischen Notstand" stehen." Fazit: "Es gibt also immer mehr Museen – und sie werden immer ärmer."

Musik

Quote?*

Der Streit um eine deutsche Quote im Rundfunk geht in eine neue Runde. Schon 1996 und dann wieder 2002 wurde über dieses Thema debattiert. Nach einem Bericht der BamS vom 31. Oktober 2004 will der Deutsche Bundestag die öffentlich-rechtlichen und die privaten Rundfunkstationen darauf verpflichten, ab 1. Januar 2005 einen festen Anteil an deutschsprachigen Rock- und Popsongs zu spielen. Gedacht sein soll an eine Quote von 35%, die Hälfte davon Neuerscheinungen von Nachwuchsmusikern. Die Kulturpolitiker der Union aus der Bundestags Enquete Kommission "Kultur in Deutschland" haben sich auf eine Deutsch-Quote von 33% verständigt: "Es geht um die Vielfalt der Musik und den Schutz der deutschen Sprache." Siehe auch den Bericht über die Anhörung der Enquete-Kommission am 29. September 2004 in der SZ vom 10. Oktober 2004; WAMS vom 19. September 2004 ("Deutsch rockt"); nach dem Vorbild Frankreichs (1994), Spiegel 39/2004 ("Notwendige Krücke"). Der frühere französische Kulturminister Jacques Toubon hatte sich im Bundestag für eine einheimische Musikquote in den Rundfunksendern eingesetzt. Auch eine Initiative von 500 Musikern aus Deutschland appellierte an die

Parlamentarier, so ein Gesetz einzuführen. Hingegen plädierten Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) zur Eröffnung der 16. Musikmesse Popkomm in Berlin für eine freiwillige Vereinbarung zwischen Sendern und Musikbranche, Kulturstaatsministerin Christina Weiss für eine Selbstverpflichtung der Sender.

Umsatz

Derzeit ergibt sich für das Jahr 2004 ein Minus von etwa 5%. Im Vergleich: im Gesamtjahr 2003 erlitt der 1,6 Mrd. Euro schwere Tonträgermarkt einen Einbruch um fast 20%. Im ersten Halbjahr lag das Absatzminus bei 16%. Die Musikkonzerne gehen jetzt auch in Deutschland schärfer gegen die Nutzer der Internet-Musiktauschbörsen vor und verklagen sie auf Schadensersatz (FAS, 18.7.2004). Zugleich wenden sich immer mehr Musikfirmen Online-Musikangeboten zu, laut WAMS vom 13. Juni 2004 "Die letzte Hoffnung der bedrängten Musikindustrie" (siehe Bericht ebd.).

Orchesterzentrum

Im August 2004 hat das Orchesterzentrum NRW in Dortmund seine Arbeit aufgenommen. Als gemeinsame Einrichtung der 4 staatlichen Musikhochschulen des Landes ist sie bundesweit die erste hochschulübergreifende Ausbildungsstätte für Orchestermusiker. Absolventen mit einer künstlerischen Instrumentalausbildung oder einem gleichwertigen Abschluß werden in 4 Semestern zum Orchesterexamen geführt. Bis 2006 soll die Zahl der Studierenden

auf bis zu 120 aufgestockt werden (FAZ, 9.8.2004).

Sprache

Alte Sprachen

Am 25. September 2004 berichtet die FAZ über die Landesstiftung "Humanismus heute" in Baden-Württemberg. Heike Schmoll konstatiert: "Inzwischen lernen in den baden-württembergischen Schulen wieder mehr Schüler Latein, seit das sogenannte Biberacher Modell (Latein und Englisch in der fünften Klasse) eingeführt wurde. Heute lernen wieder 6,4 % der Fünftkläßler Latein, 1997 waren es 5,2 %. Trotzdem gibt es auch traditionsreiche altsprachliche Gymnasien, die Latein nicht mehr grundständig anbieten oder gar den Griechischunterricht – angeblich mangels Nachfrage – abschaffen. Latein ist nach wie vor für die Hauptfächer in 16 Magister- und zehn Lehramtsstudiengängen vorgeschrieben. Um so bedenklicher stimmt, daß viele Schüler Latein nach der elften Klasse abwählen. Der prozentuale Anteil der Lateinschüler in der Oberstufe ist von 23 % auf 18 % gesunken, zählt man die frühere Belegung in Grund- und Leistungskursen zusammen. Da Griechisch erst in der neunten Klasse begonnen wird, beträgt die Übergangsquote in das Kursystem jedoch 45 %."

Politikersprache

Die FAZ vom 12. August 2004 stellt fest: "Kann sich (..) heute jemand ein wortmächtiges Buch aus der Feder eines aktuellen Politikers vorstellen – oder gar einen Briefwechsel von der litera-

rischen Qualität der Bismarck-schen Episteln? Die Aufgaben sind neu verteilt. Politiker müssen längst nicht mehr auf Eleganz oder Stil achten, sondern auf Schlagworte, damit sie fern-sehgerechte ‚Statements‘ abge-ben können. Mündlichkeit ist heute zwar vorherrschendes Prinzip in der Politik, ohne daß dafür aber eine rhetorische Schu-lung in der Praxis erfolgte, wie sie früher durch die großen Par-lamentsdebatten üblich war. Das Plenum hat gegenüber dem Fernsehpublikum als Adressat von politischen Willensbekun-dungen ausgedient, denn Wir-kung erzielt man mit der kom-petenten Kurzmitteilung, nicht mit jenem eloquenten Wort-kunststück, das antike Rhetorik-ideale zum Ziel haben. Ihnen galt der Redner per se als ‚vir bonus‘, als guter Mensch. Das setzte Bildung voraus. Heute, so hört man aus der Politikbera-tung, dürfe überhaupt nichts mehr vorausgesetzt werden, we-der bei Mandatsträgern noch bei den Wählern.“

Anglisierung

Zur fortschreitenden Anglisierung der deutschen Sprache be-merkt der RhM vom 29. Juli 2004: “Die Anglisierung unse-rer Sprache ist keine Folge ei-nes objektiven Zwangs. Gewiss, wir müssen gutes Englisch ler-nen (allerdings nicht nur Eng-lisch). Aber ebenso müssen wir unsere eigene Sprache als genau-es Denk- und Ausdrucksmittel bewahren und weiterentwickeln. Wir haben übrigens auch ein In-teresse daran, die deutsche Spra-che als internationale Sprache zu bewahren. Sprachräume sind

auch Wirtschaftsräume. Ameri-kaner, Engländer und Franzosen wissen das und betreiben eine entsprechende Sprachpolitik. Die Anglisierung des Deutschen und der Rückzug des Deutschen aus der internationalen Kommu-nikation sind nicht funktional zu begründen, wohl aber mental. Man kann dahinter das Bedürf-nis vermuten, sich der eigenen Kultur mit ihren Widersprüchen zu entledigen; den uneingestan-denen Wunsch, der Verantwor-tung für das schreckliche deut-sche 20. Jahrhundert zu entrin-nen – zumal, wenn man diesen Wunsch mit dem scheinbar ob-jektiven Druck einer globalen Modernisierung verknüpfen kann.”

Sprachpolitik

Peter Heisenberg, Sprachwis-senschaftler an der Universität Potsdam, hat in der FAZ vom 7. Oktober 2004 daraufhingewie-sen, daß das Deutsche einen gu-ten Stand “in mehreren osteuro-päischen Ländern” noch immer habe: “Das könne wegen der hohen Sprecherzahl zur Verbes-derung seines Status beitragen, wenn die deutschsprachigen Länder zu einer überlegten, kon-tinuierlichen Sprachpolitik fin-den würden. Selbstverständlich hätte diese Sprachpolitik in er-ster Linie nicht mit Prestigefra-gen zu tun, sondern mit der Durchsetzung handfester wirt-schaftlicher und politischer, auch bildungspolitischer Interessen. Zum ersteren gehören beispie-lsweise sprachliche Regelungen im europäischen Patent- und Wettbewerbsrecht wie bei der praktischen Vergabe von Förder-mitteln. Zum letzteren gehört

beispielsweise das Image einer Sprache, das mit darüber ent-scheidet, wie begehrt sie als Fremdsprache ist. Es ist ein Un-terschied, ob eine (..) Sprach-politik von den deutschsprachi-gen Ländern aus betrieben wird und ob man sie ganz den Deutschsprechenden in Brüssel, Straßburg und Luxemburg über-lässt. Auch solle sie vom poli-tisch Zufälligen befreit werden. Es klingt meist ein wenig oppor-tunistisch oder gar populistisch, wenn wieder einmal ein hoch-rangiger Politiker über die gerin-ge Bedeutung des Deutschen in der EU schimpft und jeder sieht, daß das folgenlos bleibt. Eine Sprachpolitik mit Eigengewicht könnte das ändern.”

Im August 2004 hieß es auf dem in Leipzig tagenden Kon-gress “Syntax of the world lan-guages”, daß bald bis zu 4 000 Sprachen von der Erde zu ver-schwinden drohten. Das sind mehr als 60% (WELT, 7. 8.2004).

Stiftungen

Probleme

Eine Bilanz der aktuellen Stif-tungsprobleme zieht die Zeit vom 24. Juni 2004: “Das Stif-tungswesen (..) gleicht inzwi-schen einem Goldenen Kalb, um das die Kulturpolitiker immer hektischer tanzen. Es existieren jede Menge Strukturfehler und Kinderkrankheiten, über die nie-mand gern spricht, die aber kor-riert werden müssen: Mangel an Transparenz in den Entschei-dungsprozessen, eine teilweise fragwürdige Legitimation der Entscheidungsträger, versteckte politische Abhängigkeiten, ma-rode finanzielle Grundlagen. Als

Beispiele lassen sich zahlreiche öffentliche Stiftungen in Bayern, Schleswig-Holstein, Thüringen und Sachsen nennen; die Stiftung Kulturfonds für die Neuen Länder, der Berliner Hauptstadt-kulturfonds und die Bundeskulturstiftung. Überall gibt es handfeste Probleme (...). Die Beispiele zeigen: Stiftungen können die hohen Erwartungen nicht erfüllen, wenn sie, und das ist die Tendenz, unsolide ausgestattet und unselbstständig konstruiert werden."

Kulturstiftung – Fusion?

Die Länder planen nun doch eine Fusion der Bundeskulturstiftung mit der Länderkulturstiftung, nachdem frühere Pläne am Widerstand Bayerns gescheitert waren. Der Deutsche Kulturrat warnte in diesem Zusammenhang vor einem "Bundeskulturministerium unter Länderregie". Letztendlich würde damit das vor sechs Jahren geschaffene Amt des Kulturstaatsministers im Bundeskanzleramt wieder überflüssig (SZ, 9./10.10.2004).

Zur Fusion der Länderstiftung siehe auch WELT vom 9. Oktober 2004. Die SZ vom 30. Juli 2004 warnt: "Vieles, was die Stiftung (des Bundes) fördert, ist sinnvoll, manches sicherlich fragwürdig, aber wohin führt im Zweifel eine Debatte, die ihr das Existenzrecht abspricht? Angesichts aller bisherigen Erfahrungen doch wohl dazu, dass am Ende die sparzwanggebeutelte Kultur noch weniger Geld bekommt. Worüber man natürlich streiten kann, ist die Frage der Gelderverteilung zwischen Bund und Ländern. Wenn es doch noch eine Fusion von Länder-

und Bundesstiftung geben sollte, werden die Länder hier sicherlich wieder Ansprüche anmelden. Auch die Tatsache, dass Projekte in Berlin über Gebühr gefördert werden, ist diskussionswürdig: Kommen andere Landesteile nicht zu kurz?" Die neue Generalsekretärin der Länderstiftung zeigte sich aber nicht besonders optimistisch: "Eine Fusion wäre sinnvoll, aber die ist momentan leider kein Thema", so Isabel Pfeiffer-Poensgen (WELT, 4.12.2004).

Tanz

Gefördert

Auch der Tanz wird künftig von der Kulturstiftung des Bundes gefördert. Man wolle auf diese Weise mit einem "Tanzplan Deutschland" Qualität und öffentliche Akzeptanz des Tanzes in seinen verschiedenen zeitgenössischen Formen stärken (FAZ, 17.6.2004).

Theater

Firmentheater

Deutschland liegt nach Frankreich an zweiter Stelle im Bereich Unternehmenstheater. Die Branche steckt allerdings noch in den Kinderschuhen. In Auftrag gegeben und inszeniert u.a. für Führungskräfte kosten Stücke zwischen einigen Tausend und 100 000 Euro, Bericht in der FAZ vom 20. November 2004.

Urheberrecht

Resolution der internationalen Verleger

Zum Abschluss des 27. Kongresses der Internationalen Ver-

leger-Union (FAZ, 24.6.2004) haben rund fünfhundert Verleger in Berlin an die internationale Staatengemeinschaft appelliert, gegen die weltweit wachsende Verletzung der Publikationsfreiheit und Zensur vorzugehen. Mit Sorge beobachten die Verleger die Tendenz, nationale Urheberrechtsgesetze aufzuweichen. Damit das Urheberrecht weltweit wirksam durchgesetzt werden könne, bedürfe es gesetzlicher Richtlinien. Die Verleger fordern deshalb, daß das WIPO-Copyright-Abkommen von 1996 ratifiziert und umgesetzt wird. Angesichts der mangelnden Lese- und Schreibfähigkeit in den Entwicklungs-, aber auch in vielen Industrieländern werden Regierungen und internationale Organisationen aufgefordert, Verlage als Verbündete im Kampf gegen den Analphabetismus anzuerkennen. Der nächste Kongreß der Internationalen Verleger-Union (IVU) findet 2008 in Seoul statt. Zur neuen IVU-Präsidentin wurde Ana Maria Cabanellas (Editorial Heliasta, Argentinien) gewählt (FAZ, 28.6.2004).

Finanzierung/Sponsoring

Neue Steuerbestimmungen

Deutsche Kinoproduzenten fordern neue Steuerbestimmungen zur Unterstützung der heimischen Filmindustrie. Steuerbegünstigte Medienfonds aus Deutschland sollten verpflichtet werden, einen Teil ihres Geldes in die deutsche Filmwirtschaft zu investieren, sagte die Generalsekretärin der Produzentengemeinschaft film20, Georgia Tornow, am 26. August 2004 in Berlin. Aus der Bundesrepublik seien 2003 rund 1,7 Milliarden Euro in Hollywood angelegt worden. Die Anleger könnten dabei die Verluste zu Lasten der Steuerzahler beim deutschen Finanzamt abschreiben, für die deutsche Filmindustrie bleibe nichts übrig. Auf der Medienkonferenz Babelsberg 2004 forderte film20 Bundeskanzler Schröder auf, sich dafür einzusetzen, dass Anlagen in deutsche Medienfonds auch nach Deutschland zurückfließen müssen. Vorbild ist das britische System, das seit 1997 die ausländischen Filminvestitionen in Großbritannien auf 1,1 Milliarden Euro im Jahr 2003 fast verdreifacht hat.

Boomende Kulturwirtschaft

Der Tagesspiegel vom 24. Oktober 2004 bilanziert, dass in Deutschland eine "Verarmungsdebatte im relativen, ja oft sogar absoluten Reichtum stattfindet". Zumal "Kultur" etwas einbringt: "In der Regel liegen die kommunalen und landeseigenen Kultur Ausgaben bei maximal zwei Prozent der öffentlichen Haushalte,

und die acht Milliarden bedeuten knapp 0,4 Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes (...) Die ökonomische Wertschöpfung für die deutsche Volkswirtschaft betrug 2001 im Kulturbereich, inklusive der privatwirtschaftlichen Film- und Musikindustrie sowie der Buchverlage, knapp 32,5 Milliarden Euro.

Auch in deren Produktionen stecken allerdings mannigfaltige öffentliche Gelder. So tragen weniger als zwei Prozent der öffentlichen Ausgaben immerhin zu gut zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes bei (...) Die Wertschöpfung im Kulturbereich lag, nach den zuletzt für 2001 ausgewerteten Zahlen, gleichauf mit dem Ernährungssektor (32,5 Milliarden Euro); sie lag klar vor der Gastronomie oder Land- und Forstwirtschaft (24,5 Milliarden), während die Chemiebranche beispielsweise mit 43 Milliarden Euro firmiert. Diese Zahlen, nachzulesen in den von Bundestagsvizepräsident Norbert Lammert herausgegebenen "Beiträgen zur Debatte über Kulturstaat und Bürgergesellschaft" (DuMont, 2004), wirken eindrucksvoll und verblüffender, als der von Kulturpolitikern gegenüber ihren Finanzkollegen meist nur defensiv gebrauchte Verweis auf die kulturelle 'Umwegendite'. Damit wollen die Anwälte der Kreativen nicht nur daran erinnern, dass die 780 000 in Kulturberufen Erwerbstätigen auch Steuer-

zahler sind. Gemeint ist vielmehr, dass der Betrieb von Theatern, Opernhäusern, Konzertsälen und Museen weitere wirtschaftliche Nebeneffekte im Handwerk oder in der Gastronomie bewirken und Kultur überhaupt einen immer wichtigeren Tourismus- und Standortfaktor darstellt. Das gilt besonders für die sonst wirtschaftsschwache Hauptstadt Berlin, deren größtes Kapital Kultur und Wissenschaft sind (...) Der Statistiker und Soziologe Michael Söndermann berichtet soeben in einer Studie im Auftrag der Kulturstaatsministerin: „In den Jahren zwischen 1995 und 2003 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in den Kulturberufen um 31 Prozent. Das Wachstum der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung hingegen stagniert im gleichen Zeitraum bei null Prozent. Mit 780 000 Beschäftigten – davon sind knapp die Hälfte Selbständige – erreicht die Kultur einen Anteil von 2,2 Prozent der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung in Deutschland. Zum Vergleich: Die deutsche Automobilindustrie beschäftigte letztes Jahr rund 620 000 Menschen, also nur 1,7 Prozent der Erwerbstätigen.“

Kleist-Preis vor dem Aus

Der Kleist-Preis (20 000 Euro, u.a. Bertolt Brecht, Robert Musil, Monika Maron) steht möglicherweise vor dem Aus. Die Kulturstiftung der Deutschen Bank will den Preis in 2005 nicht mehr fördern; auch Berlin und Brandenburg ziehen sich zurück (WELT, 23.11.2004).

Ausstieg

Sat.1 steigt 2005 als Haupt-

sponsor der Berlinale aus (WELT, 18.11.2004).*

Kein Spielraum

Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement sieht keinen Spielraum für weitere Steuererleichterungen im Bereich der Kulturförderung. Die bisher schon günstigen Bedingungen könnten angesichts der in diesem Jahr bereits wirksamen Einkommensteuerreform und der angespannten Haushaltslage von Bund, Ländern und Kommunen zurzeit nicht ausgeweitet werden, sagte Clement am 9. November 2004 auf einem Kongress des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) in Berlin zum Thema Kultursponsoring. Laut Clement nimmt sich das Sponsoring der Wirtschaft für die Kultur in Deutschland noch immer bescheiden aus. Nach Schätzungen bringe die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr insgesamt rund drei Milliarden Euro für Sponsoring auf. Dabei fließe der Hauptanteil von 2,7 Milliarden Euro in Sport- und Mediensponsoring. Von den verbleibenden etwa 300 Mio. Euro gehe der überwiegende Teil an breitenwirksame Pop- und Rockkonzerte. Nach Auffassung des Arbeitskreises Kultursponsoring, einer Initiative des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im BDI, ist Kultursponsoring als Teil des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen und als Marketinginstrument ebenso wenig wegzudenken wie als Finanzierungsquelle für Kulturschaffende. Der Arbeitskreis forderte die Medien auf, die Leser künftig nicht nur über Öffnungszei-

ten und Eintrittspreise, sondern auch über die Finanzierung von Veranstaltungen zu informieren.

Bedroht

Die deutschen Orchester sehen durch die Sparpolitik ihre Bildungsprogramme für Jugendliche bedroht. Vor allem Klangkörper, wie das von Schließung bedrohte Rundfunkorchester des Bayerischen Rundfunks, hätten in den vergangenen Jahren zukunftsweisende Arbeit geleistet, hieß es zum Abschluss des zweiten Deutschen Orchestertages am 15. November in Berlin. "Die kulturelle Sozialisation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen findet besser in Theater und Konzertsaal statt als im Container oder Dschungelcamp", betonten die Teilnehmer in einer Erklärung. Siehe auch den kritischen Beitrag von Hans Zender in der FAZ vom 17. November 2004: "Die große Verantwortung. Wozu brauchen wir Rundfunkorchester?"

Scharfe Kritik

In einem Bericht für den Haushaltsausschuss des Bundestages hat der Bundesrechnungshof scharf kritisiert, wie der Berliner "Hauptstadtkultur fond" alljährlich die 10,3 Mio. Euro für hauptstädtische Kultur ausgibt, die der Bund zur Verfügung stellt. Es gebe nicht nur eine nicht nachvollziehbare Buchhaltung, sondern die ganze Vergabekonstruktion sei zweifelhaft. Wo liege das "Bundesinteresse" für einzelne Maßnahmen, das niemand prüfe; die Stadt entscheide über die alleinige Verwendung der Gelder, die vollständig aus dem Bundeshaushalt

stammen. Empfohlen wird daher, dass Kulturstaatsministerin Weiss daher in Zukunft selbst über die Vergabe der Mittel befinde und dabei genauer als bisher das Bundesinteresse an der Förderung von Vorhaben erkennen lassen solle (FAZ, 8.10.2004; "Kritik des Bundesrechnungshofes an Christina Weiss", siehe auch SZ vom 9./10. Oktober 2004).

Weiss wies die Kritik des BRH zurück, in der Hauptstadtkulturförderung sei eine gewisse "Selbstbindung des Bundes" durch die erforderliche Mitwirkung des Berliner Vertreters notwendig und geboten. Der Bundesrechnungshof profilierte sich auf Kosten der Kultur. Besorgt zeigte sich der Deutsche Kulturrat über die Äußerungen des Bundesrechnungshofes zur Finanzierung der Museumsinsel in Berlin. In den "Bemerkungen 2004 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes" schrieb der Bundesrechnungshof: "Baukosten von mehr als 130 Mio. Euro könnten eingespart werden, wenn die aus Zuwendungen der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien finanzierten Baumaßnahmen auf der Museumsinsel in Berlin darauf beschränkt würden, vorrangig die historischen Bauwerke wieder herzustellen."

Der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Klaus-Dieter Lehmann, hat sich ebenso gegen diese Beschränkung ausgesprochen wie Kulturstaatsministerin Christina Weiss (FAZ, 18.11.2004).

Öffentlich

Zur Kulturfinanzierung erinner-

te die NZZ wieder einmal an die bekannte Tatsache, dass in Deutschland fast 90% der Ausgaben der Staats- und Stadttheater, mit ihren gut 20,2 Mio. Besuchern, durch die öffentlichen Haushalte bestritten werden. Auch die 4 570 Museen mit ihren 96,2 Mio. Besuchern (1999) werden überwiegend aus Staatsmitteln alimentiert. Im Rahmen der Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte belaufen sich die Kulturausgaben freilich auf weniger als 1%, mit zudem sinkender Tendenz.

Sponsoring reicht eben nicht

Sponsoring aus der Wirtschaft kann nach Auffassung von Experten die Lücken in den Kulturetats nicht stopfen: "Sponsoring fängt erst an, wo der öffentliche Auftrag erfüllt ist", so der Leiter Kultur und Gesellschaft der Deutschen Bank AG, Frank Trümper, der hinzufügte: "Engagement wird zur Ware, wenn Gesellschaft und Bürgerschaft nicht mehr bereit sind, das eigentlich Wichtige zu leisten." Die Deutsche Bank wendet jährlich 400 Euro pro Mitarbeiter, der Staat 100 Euro pro Steuerzahler auf (WELT, 27.10.2004).

Abgeschafft

Am 3. Oktober beschloss das Kuratorium des Bayrischen Rundfunks, das Rundfunkorchester des Senders bis Mitte 2006 aufzulösen. Die Orchestergründung geht auf das Jahr 1923 zurück. Derzeit unterhält die ARD 26 Orchester, Big Bands und Chöre. Aber wie lange noch? "Bei den Musikern herrscht ein Klima der Angst", titelte die SZ vom 3. November 2004. Dazu die

SZ vom 30./31. Oktober 2004: "Daran von Seiten der Kulturpolitik zu rütteln wäre, zumal im Sinne einer europäischen Musikidee von Musikfähigen, wenig sinnvoll. (...) Ohne Rundfunkorchester wäre der Äther ärmer."

Im Zusammenhang mit der Gebührendebatte unterstellt die SZ vom 2./3. Oktober 2004: "Der Sender schiebt den schwarzen Peter des Kulturbanausen nun an die Ministerpräsidenten, ganz konkret an den bayrischen Ministerpräsidenten Stoiber, der sich sogar für ein Einfrieren der Rundfunkgebühren eingesetzt hatte."

Anders die WELT vom 11. Oktober 2004, die unterstellt, der Ministerpräsident selbst wolle ein "Bauernopfer": "Es muss weg, Zeichen sollen gesetzt werden. Auf dass sie nach Stärke aussehen."

Auch beim SWR will man an die Klangkörper heran, ist Fusion das Zauberwort: Fusioniert werden sollen das Symphonieorchester Baden-Baden und Freiburg, das Symphonieorchester Stuttgart und das SWR Vokalensemble (Südfunkchor). SWR-Intendant Peter Voss wies darauf hin, beim Südwestrundfunk gehe es um einen Fehlbetrag von 31 Mio. Euro: "Und wie stets richtet sich der Sparblick zunächst auf die Minderheitenbereiche, die den geringsten Widerstand versprechen: die neue Musik und die Klangkörper."

Es bleibe, so die FAZ weiter, der Schluss, "dass der Kahlschlag als politischer Effekt gewollt sei". "Darauf weist das Signal aus München überdeutlich hin, es bedeutet in klare deutsche

Prosa übersetzt: Rundfunkorchester und -chöre sind nicht mehr erwünscht. Was also ist und wozu braucht man ein Rundfunkorchester? Kulturfuzies aller Länder, sofort darf geantwortet werden" (FAZ, 18.10.2004).

Noch deutlicher Wolfgang Sandner in der FAZ vom 4. Dezember 2004: "Das reiht sich ein in die Absichten, die Orchester in Mainz, Ludwigshafen und Koblenz zusammenzulegen oder das Rundfunkorchester des Bayerischen Rundfunks sterben zu lassen. Und es steht in dem mittlerweile eine ungute Tradition begründenden Zusammenhang von siebenunddreißig Auflösungen und Abwicklungen von Orchestern in den letzten fünfzehn Jahren hierzulande. Wer da immer noch beschwichtigend vom Paradies für Orchestermusiker spricht, um das uns das Ausland beneide, dem sei ein etwas verrückt anmutendes, aber dennoch überlegenswertes Zahlenspiel unter die hochgerekte, Nase gehalten: Sechzehn Sinfonieorchester für fünf Millionen Einwohner wie in Finnland entsprächen pro Kopf gerechnet mehr als zweihundertfünfzig Orchestern für achtzig Millionen Einwohner in Deutschland. Tatsächlich sind es aber mittlerweile nur noch einhundertvierzig.

In ähnlicher Weise hat vor Jahren schon der Schweizer Musiker und Autor Urs Frauchiger das Spiel mit Zahlen ad absurdum geführt, als er der ebenso aberwitzige Züge annehmenden Diskussion in Rundfunkanstalten, man müsse dem allgemeinen Hörerwunsch nach populärer Musik mehr Rechnung tra-

gen, entgegenhielt: Wenn tausend Hörer Pop wollten und ein Hörer klassische Musik, dann bedeute das nicht, der Rundfunk müsse tausendmal soviel Pop wie Klassik ausstrahlen. Eine Stunde Klassik und eine Stunde Pop wären in diesem Falle eine demokratische Entscheidung und zugleich ein Minderheitenschutz. Denn die tausend Popfans würden mit ihrer gleichzeitig gehörten Sendung in derselben Weise bedacht wie der einsame Klassikliebhaber.

Da wir schon bei Absurditäten sind, wären auch die Fusionsträume von Kulturpolitikern ins Auge zu fassen. Nur Menschen, die sich mit den Strukturen und Aufgaben von Orchestern nie befaßt haben, können ernsthaft vorschlagen, das Opernorchester in Mainz mit dem Sinfonieorchester in Ludwigshafen zu einem chimärischen Superorchester zu verbinden. Der Gedanke besitzt ähnliche Plausibilität wie die Idee, das Arbeitsamt in Würzburg mit der Polizei in Bamberg zusammenzulegen, da ja an beiden Orten vorwiegend Beamte tätig seien, die alle mit einem Stempel umgehen könnten."

Auch die Deutsche Opernkongferenz hat sich den Protesten angeschlossen (FAZ, 1.12.2004).

In einem offenen Brief hat Karlheinz Stockhausen auf Pläne reagiert, die Chöre der ARD-Sendanstalten zu reduzieren: "Wer die Existenz dieser seltenen Chöre gefährdet, ist nach meiner Meinung nach ein gefährlicher Verbrecher, weil er einen kostbaren Organismus tötet", heißt es in einem offenen

Brief an "das deutsche Volk": "Selbst wenn das Verbrechen geschieht, soll es der Nachwelt überliefert werden, dass ich meine Abscheu und meine Wut kundgegeben habe. Ich schäme mich in dieser Zeit in Deutschland zu leben." Damit wendet sich Stockhausen konkret gegen die Pläne der Regierungschefs Bayerns, NRWs und Sachsens, die Planstellen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkchöre abzubauen und verstärkt freiberufliche Sänger einzusetzen (WELT, 19.10.2004).

Erhöht

Berlin erhöht seinen Anteil an der Berlin-Brandenburger Filmförderung in 2004 um rd. 3 Mio. Euro. Insgesamt stünden dem Medienbord 18,5 Mio. Euro für die Förderung von Firmen und standortbezogenen Projekten zu Verfügung (WELT, 6.10.2004).

Diskrepanzen

Die Diskrepanz zwischen dem Niedergang der öffentlichen Kulturetats und der privaten Opulenz (siehe Flick, Berggruen, Maenz, Newton) beschäftigt die WELT vom 19. Oktober 2004. Eigentlich könne man doch, so die WELT, zufrieden sein, dass privates Geld in privater Initiative an die Stelle des Staates trete. Es sei das typisch deutsche Misstrauen, das staatlichen Apparaturen und Beamtenkustoden größere Kunstsinnigkeit zutraut als dem Liebhaber, dem Sammler, dem Enthusiasten. Angesichts des Rückzugs von Paul Maenz aus Weimar werde aber deutlich, dass hier ein Problem existiert. Nämlich der temporäre Charakter, der

in solchen Gesten angelegt ist und einen fundamentalen Unterscheid zu verwischen drohe: "Der zwischen der Ökonomie des Verschwindens und der Ästhetik des Bewahrens." Wenn die ökonomische Logik darüber befindet, wann ein Unternehmen oder ein Museum in eine profitablere Zone zu verlegen sei", dann beginne sich die alte museale Idee aufzulösen, es entstünde keine Sammlungslandschaft mehr, die ihrerseits Geschichte und Reflektion speichert, es verschwinde geschichtliche Sedimentation und Textur, die spätere Generationen einmal lesen können und mit der sie in Beziehung stehen. Der große Erfolg der MOMA Ausstellung offenbare ein großes Missverständnis, nämlich "die verzweifelte Hoffnung, eine barbarisch bedingte Fehlstelle des eigenen kollektiven Gedächtnisses durch ein flüchtiges Ereignis kompensieren zu wollen".

In derselben Ausgabe verteidigt Wulf Herzogenrath, Direktor der Kunsthalle Bremen, das öffentlich finanzierte Museum. Gefährlich werde es, wenn das Programm des Museums vom Privatsammler bestimmt werde, so Herzogenrath. In Amerika gelte das deutsche System mit seiner staatlichen Grundfinanzierung für Museen als paradisisch. Natürlich sei public private partnership eine tolle Sache, nur das Rollenspiel müsse stimmen. Staatliche Bauförderung helfe der Wirtschaft, fördere aber nicht die Kulturinhalte, erhöhe vielmehr den Druck auf die Museen, die neuen Häuser zu bespielen.

Sonderfonds

Kulturstaatsministerin Christina Weiss will vorschlagen, dass in ihrem Bundeskulturhaushalt ein Sonderinvestitionsfonds für das Weltkulturerbe verankert wird: "Wir müssen immer in der Lage sein, in Notfällen oder wenn plötzlich gefährliche Mängel erkannt werden, die dringend behoben werden müssen, zu reagieren." Die Haushaltverfahren seien zu langwierig, so müssen der Bund, Länder und Kommunen rascher handeln, die mit der Erhaltung der ihnen anvertrauten Schätze oft überfordert sind (FAZ, 10.9.2004).

Museumsstiftung

Eine Museumsstiftung für das Brücke-Museum, Stadtmuseum und die Berlinische Galerie plant Berlins Kultursenator Flierl, die auf diese Weise fusionieren sollen. An der Spitze soll ein Generaldirektor stehen, der die üblichen Koordinierungs- und Entschlackungsaufgaben erfüllen soll. Kritiker fürchten, dass die Individualität der Museen zerstört wird und Stifter wie Sponsoren sich zurückziehen (WELT, 25.10.2004); s. aber auch den Kommentar in der Welt vom 26. Oktober 2004: Es sei "womöglich langfristig das beste Überlebensmodell für die Landesmuseen".

Ausgelastet

Die Ruhr-Triennale hat in ihrer dritten und letzten Spielzeit unter Intendant Gérard Mortier mit mehr als 25 000 Zuschauern eine Auslastung von 87% erreicht. Das ist eine Steigerung von 11% mehr als in 2003 und 23% mehr als in 2002.

Eingesparrt

Zur Fusion von Bertelsmann und Sony zum größten Musikkonzern der Welt bemerkt die FAS vom 20. Juni 2004, das heiße, daß massiv Stellen gestrichen werden. Die Hälfte der Tochtergesellschaften sollen verschwinden, 2000 bis 2500 Stellen wollen Bertelsmann und Sony abbauen.

"totgespart"?

Die SZ vom 11./12. September 2004 beklagt, dass die Staatsbibliothek Bamberg "totgespart" werden soll. Ob hier wenigstens den Status quo gehalten werden kann, dürfte sich bis Ende des Jahres entscheiden.

Mehr Geld

Die Stiftung Weimarer Klassik bekommt mehr Geld vom Bund für den Erhalt des "einmaligen kulturellen Erbes". Bis 2006 erhält die Stiftung zusätzlich 5 Mio. Euro. Außerdem stellt der Bund 8,5 Mio. Euro für Bauvorhaben zu Verfügung. Bisher erhielt die Stiftung insgesamt 14,3 Mio. Euro, zusätzlich sollen 1,4 Mio. Euro fließen. Der Zuschuß für das Kunstfest Weimar soll auf 500 000 Euro verdoppelt werden (FR, 12.6.2004).

Allerdings sieht die SZ vom 21. Oktober 2004 "Weimar in der Krise". Der Wissenschaftsrat hatte im Juli 2004 eine tiefgreifende Reform der Stiftung Weimarer Klassik und der Kunstsammlungen gefordert (WELT, 20.7.2004).

Spenden

Für den Wiederaufbau der durch einen Brand zerstörten Herzogin

Anna-Amalia Bibliothek (50 000 zerstörte Bücher!) in Weimar sind bisher 1,6 Mio. Euro Spenden eingegangen (WELT, 27.10.2004). S. dazu auch den großen Bericht in der FAS vom 12. September 2004 ("Das Weimarer Modell"). Kulturstaatsministerin Christin Weiss hatte gleich nach der Brandkatastrophe in Weimar für die Bibliothek 4 Mio. Bundeshilfe zugesagt.

Dazu die WELT vom 11. September 2004 zur Aussage von Friedrich Merz, das sei ein falsches Signal: "Einen Nachwächterstaat in Sachen Kultur müsse man die Bundesrepublik schimpfen, wenn die Bundesrepublik nach dem Brand in Weimar nicht sofort Flagge gezeigt hätte, was sie mit einem eher symbolischen Betrag tat, der geradezu als eine Aufforderung für privates Engagement verstanden werden muss (...) Merz hat sich einen denkbar schlechten Anlass genommen, die bürgerschaftliche Trompete zu blasen. Gerade in der Katastrophenbewältigung gehen staatliches und ziviles Handeln traditionell Hand in Hand (...) Man sollte sich durch den Weimarer Katzenjammer um viele versickerte Kulturstadtmillionen nicht den Blick fürs Wesentliche vernebeln lassen. Anna-Amalia ist Sache der ganzen Nation, also auch ihres Staates." (Neben den 50 000 Büchern auch 34 Gemälde ruiniert).

Auch die Gedenkstätte Buchenwald erhält zusätzlich eine Million Euro für die Einladung ehemaliger Häftlinge zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald im April 2005.

Acht Millionen für Dresdner Frauenkirche

Die letzte Finanzierungslücke für den 131 Millionen Euro teuren Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche wird geschlossen: Bund und Land Sachsen wollen im nächsten Jahr acht Millionen Euro bereitstellen. "Die vier Millionen Euro von der Bundesregierung sind fest im Haushalt 2005", versicherte Kulturstaatsministerin Christina Weiss am 26. August 2004 in Dresden. Das Geld soll aus dem Titel "Investitionen für national bedeutende Kulturdenkmäler in den neuen Ländern" kommen. Sachsen plant in seinem Etatentwurf 2005/06 ebenfalls vier Millionen Euro ein. Zuletzt hatten noch elf Millionen Euro für die Finanzierung gefehlt. Nach den Zusagen von Bund und Land sind noch drei Millionen offen. "Wir hoffen, den Rest noch durch Spenden zusammen zu bekommen", sagte der Stiftungsrat der Stiftung Frauenkirche, Bernhard Walter. Er rechnet auf Grund des bisherigen Spendenflusses mit etwa fünf Millionen Euro, da auch nach der für den 30. Oktober 2005 geplanten Weihe weitere Kosten für die Unterhaltung anfallen. Allerdings hat sich das Spendenaufkommen 2004 gegenüber 2003 nur um ca. 18 % erhöht (FAZ, 5.11.2004).

Neues Preissystem

Um illegales Kopieren von Musik einzuschränken testet der Musikkonzern BMG ab August 2004 in Deutschland ein neues Preissystem für CDs. Eine billige Version, 9,99, eine für 12,99 und eine Luxusversion für 17,99 Euro. Die Billigversion sei als

"Anti-Piraterie-CD" zu verstehen (FAS, 4.7.2004).

Kein Geld mehr

Laut FAZ vom 23. Juni 2004 will Daimler Chrysler die Komische Oper in Berlin nicht weiter unterstützen. Grund sind die Schweinigeleien in Calixto Bieitos in Mozarts Oper "Entführung aus dem Serail". Bei der fraglichen Förderung handelt es sich um eine Summe von 20 000 Euro.

Kulturpolitik in den Ländern

Föderalismus

In der WAMS vom 25. Juli 2004 warnt Bayerns Kunstminister Thomas Goppel vor "Berliner Rosinenpickern" und plädiert für die Kulturhoheit der Länder. Diese Rosinenpickerei sei ein Vergehen wider den Geist des Föderalismus.

Bayern

Zu Ende saniert

Entgegen Befürchtungen kann das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg wie geplant zu Ende saniert werden. Die erforderlichen Mittel für die bereits begonnenen Baumaßnahmen sollen trotz knapper Kassen durch Umschichtungen rechtzeitig bereitgestellt werden, sagte Kulturstaatsministerin Christina Weiss (parteilos) am 26. Juli 2004. Für die Baumaßnahmen werden zusätzliche 3,5 Millionen Euro nötig.

Berlin – "Hauptstadtkultur"

Große Anfrage

Eine Große Anfrage zum finanziellen Engagement des Bundes in Berlin hat die FPD gestellt. Berliner Institutionen erhielten 64,3 % (ausgenommen die Deutsche Welle) aus dem Haushalt der Staatsministerin (400 Millionen), aber bislang sei der Text des Hauptstadtkulturvertrages nicht veröffentlicht worden (FAZ, 12.11.2004).

Stadtschloss voranbringen

Am 22. November 2004 schlug Klaus-Dieter Lehmann, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, vor, den öffentlichen Anteil bei der Nutzung des wieder zu errichtenden Stadtschlosses von 80 auf 65 % herabzusetzen und dafür den privaten Anteil ("kulturnah") zu erhöhen (WELT, 23.11.2004).

Berliner Akademie der Künste wird Bundeseinrichtung*

Die Berliner Akademie der Künste wird eine Bundeseinrichtung. Das beschloss der Bundestag am 11. November 2004 gegen die Stimmen der FDP und setzte damit eine entsprechende Regelung des Hauptstadtkulturvertrags um. Schon mit Beginn des Jahres 2004 hat der Bund die Finanzierung der Akademie übernommen, um auf diesem Wege den stark angeschlagenen Berliner Landeshaushalt zu entlasten. Der kulturpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Hans-Joachim Otto, begründete die Ablehnung seiner Fraktion mit Kritik an der Verfahrensweise von Kulturstaatsministerin Christina Weiss.

Die Union teilte zwar die Kritik der Freidemokraten, stimmte dem Gesetz aber trotzdem zu.

Günter Nooke (CDU) sagte, es gehe darum, eine wichtige Einrichtung wie die Berlin-Brandenburgische Akademie finanziell gut auszustatten. Der Bundesrat kann das Gesetz nicht mehr stoppen. Einen eventuellen Einspruch der Länderkammer kann der Bundestag mit Kanzlermehrheit zurückweisen. Bevor der Bund die Akademie endgültig übernehmen kann, müssen das Berliner Abgeordnetenhaus und der Brandenburger Landtag noch das bisherige Gesetz über eine gemeinsame Akademie auflösen.

Wieder ein Plan

Im August 2004 legte der Berliner Kultursenator Thomas Flierl (PDS) einen Plan zur Neuordnung des Kulturangebotes der Hauptstadt vor (Agenda 21). Denkbar sei die Verringerung der Orchesterzahl, die Auslegung der Theater auf ihre Stärke, Wirtschaftlichkeit und öffentliche Resonanz. Zentrales Thema ist die Reform der Orchesterlandschaft, die Frage ist, ob Berlin sieben Orchester benötige, so Flierl. Außerdem regte Flierl die Gründung einer Stiftung für die Landesmuseen sowie die Zusammenführung aller öffentlichen Bibliotheken unter einem Dach an. Eine städtische Kulturstiftung soll Stipendien vergeben und die Projektförderung übernehmen, ein Kulturbüro der Stadt als Serviceeinrichtung für einzelne Kulturprojekte eingerichtet werden (SZ, 14./15.8.2004). Siehe auch die WELT und die FAZ vom 14.8.04.

Holocaust-Denkmal

Ein Zustandsbericht über den Stand des Holocaust-Denkmal bietet die FAS vom 11. Juli 2004: "Es entsteht nichts geringeres als ein Tempel". Konrad Schuller stellt dort die Frage: "Kann eine Republik bestehen, deren Gründungsmythos so radikal negativ ist?" und beantwortet sie wie folgt: "Die Erfahrung zeigt, sie kann. Seit Konstantin der Große an den Schild seiner Legionäre die Initialen des gemordeten Gottessohnes und Justizopfers Jesus Christus anbringen ließ, ist das Christentum, die bedeutendste aller Klagereligionen, unzählige Male in den politischen Kultus erfolgreicher Staaten eingeflossen. Es gibt keinen Grund zu erwarten, daß es den Deutschen trotz ihres so düsteren Gründungsmythos anders gehen wird, im Gegenteil. Das Christentum, vor allem in seiner katholischen Variante zeigt, daß der Ritus der Selbstanklage dem Leben Licht und Farbe geben kann, weil die Beschuldigung Reinigung verspricht".

Palast der Republik

Auf eine Darstellung des bis heute währenden Streits im Umgang mit der Ruine des Palastes der Republik in Berlin gehen wir nicht weiter ein, erinnern bloß an den Bundestagsbeschluss, auf den sich auch der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Günter Nooke, beruft: "Die Nutzung des Palastes der Republik für Feste und Feiern steht im Widerspruch des mit großer Mehrheit gefassten Bundestagsbeschlusses." Nooke kritisiert insbesondere, dass die

Bundeskulturstiftung, der Hauptstadtkulturfond dort Veranstaltungen förderten, obwohl die Bundesregierung zugesichert hätte, kein Geld für die Zwischennutzung zur Verfügung zu stellen (FAZ, 25.8.2004).

Topographie des Terrors

Der Schweizer Architekt Peter Zumthor, dessen Entwurf des Dokumentationszentrums "Topographie des Terrors" im Frühjahr 2004 abgelehnt worden ist, ist mit einer Verfassungsbeschwerde gegen den Berliner Senat in Karlsruhe gescheitert (BZ, 26.11.2004). Damit können die nach seinen Plänen errichteten drei Treppentürme abgerissen werden. Jetzt wird erwogen, die Stiftung "Topographie" mit der Holocaust-Stiftung institutionell zusammenzuführen (FAZ, 27.11.2004). Zuvor hatte der Architekt die Verantwortlichen beim Bund, dem Land Berlin und bei der Stiftung bitter kritisiert. Die Begründung für die Beendigung des Projekts, der geplante Bau werde immer teurer und sei im Grunde architektonisch gar nicht baubar, seien haltlos. Zumthor unterstellte fast allen Berliner Kultursenatoren und jedem Bürgermeister und Staatsminister für Kultur der vergangenen elf Jahre ein deutliches Desinteresse an dem Projekt (FAZ, 30.10.2004).

Auch die Berliner Akademie der Künste hatte dem Berliner Senat empfohlen, den geplanten Abriss der bereits errichteten Bauteile auszusetzen. Erst wenn geklärt sei, wie mit dem Gelände verfahren werden solle, dürfe man an einen Abriss denken (FAZ, 3.11.2004).

Museum für Naturkunde

Seit über zehn Jahren wird darüber diskutiert, das Berliner Museum für Naturkunde in die Wissenschaftsgemeinschaft der Leibniz-Institute aufzunehmen, die gemeinsam von Bund und Ländern finanziert wird. Die Kosten einer Sanierung sollen mindestens 60 Mio. Euro betragen. Die Überlegung, das Ganze auf das Bulmahn-Ministerium zu übertragen, ist aber offenbar gescheitert. Nur Kulturstatsministerin Christina Weiss begründet Interesse zu helfen, hat jedoch dafür keine entsprechenden Mittel. Bulmahn verweist hingegen auf Leibniz, Leibniz auf den Bund und die Länder, diese wiederum auf Berlin, das aber nur Kleckersummen aufbringe, so die FAZ.

Steffen Kampeter, Haushalts-Experte der CDU/CSU-Bundestagfraktion, hat diese Lösung angesichts des Bauskandals um die Gedenkstätte "Topographie des Terrors" und einer undurchschaubaren Buchführung beim Hauptstadtkulturfond einen "unverschämten Griff in die Taschen der Steuerzahler" genannt. Doch wer, so schließt die FAZ, rettet nun ein fahrlässig vernachlässigtes Museum von Weltrang?!

Hessen

Kassel sanieren

Das Land Hessen wird in den kommenden 10 Jahren 200 Mio. Euro in die Sanierung des Museumsstandorts Kassel investieren. Damit, so Kulturminister Korts, werde Kassel, neben den Kulturstandorten Dresden und Berlin, zu den drei größten Mu-

seumsprojekten in Deutschland gehören (FAZ, 15.9.2004).

Niedersachsen

Moderate Kürzungen

Nach einem Bericht der FAZ vom 22. September 2004 fallen die von Niedersachsens CDU/FDP-Regierung geplanten Kürzungen im Kulturhaushalt moderater als befürchtet aus. Nach der zweitägigen Haushaltsklausur des Kabinetts von Ministerpräsident Wulff sagte Kultusminister Stratmann, (beide CDU), daß der "Fachhaushalt Kultur" nur um 2,611 Millionen Euro gekürzt werde. Zuvor war noch von Kürzungen in Höhe von acht Millionen Euro die Rede gewesen. Von den Kürzungen entfielen nur 1,38 Millionen Euro auf die "freie Kultur", so Stratmann. Die bei den "Kulturschaffenden" geschürte Verunsicherung sei unnötig gewesen.

Nordrhein-Westfalen

Neue Häuser

Bochum bekommt ein neues Konzerthaus. Duisburg, das erst einmal das alte abreißen muß, will sich ein neues bauen und Dortmund hat seit 2 Jahren eines. Essen hat seines gerade eröffnet. Als "Konzerthausmonopoly im Ruhrgebiet" bezeichnet die FAZ vom 2. Juni 2004 diese Entwicklung.

Fusion

Das Eingeständnis der Stadt Aachen, sich ein Zweisparten-theater in alleiniger Trägerschaft auf Dauer nicht mehr leisten zu können, hat am Niederrhein zu einem Bündnis geführt, das die

bestehende Bühnenlandschaft erhalten will. Die Kulturdezernenten von Aachen, Dinslaken, Moers, Neuss, Krefeld und Mönchengladbach haben über Möglichkeiten des Zusammengehens diskutiert, die der Qualitätssicherung und der Kostensenkung dienen sollen. Auf der Tagesordnung steht der Austausch von Inszenierungen ebenso wie gemeinsame Abonnements und das Zusammenwirken bei Anschaffungen, technischen Geräten und Werkstattleistungen (FAZ, 24.6.2004).

Rheinland-Pfalz

Arp-Museum

Das jetzt in Angriff genommene Arp-Museum wird von einer Stiftung betrieben, auf die sich Kulturminister Jürgen Zöllner und der Vorsitzende der Stiftung "Hans Arp und Sophie Tauber-Arp e.V.", Dieter G. Lange, verständigt haben. Die Verantwortung für Organisation und Finanzierung übernimmt das Land Rheinland-Pfalz, der private Verein ist für Künstlerische Fragen zuständig (FAZ, 21.10. 2004); siehe auch WELT vom 21. Oktober 2004.

Saarland

Abgeschmolzen

Nach einem Bericht der SZ vom 4. November 2004 soll der Zuschuss für das saarländische Staatstheater von derzeit ca. 24,5 Mio auf 18,5 Mio in 2009 abgeschmolzen werden. Unter diesen Vorgaben könne, so Intendant Josef Schildknecht, das Dreispartenhaus nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Auswärtige Kulturpolitik

Goethe-Institut: Neue Zentrale

Die Zentrale von InterNationes wird zum 31. März 2005 endgültig aufgelöst und mit dem Goethe-Institut verschmolzen. Vor 3 Jahren waren das 1951 gegründete Goethe-Institut und die ein Jahr später, 1952, gegründeten InterNationes zur größten Mitgliederorganisation der deutschen auswärtigen Kulturpolitik zusammengelegt worden. 128 Kulturinstitute in 76 Ländern führen unter ihrem Dach Kulturprogramme durch. Aus Kostengründen wird die bisher auf Bonn und München verteilte Zentralverwaltung künftig in München zentriert, der Name InterNationes entfällt (FAZ, 27.10.2004).

Kein Zugang

Bericht über einen Besuch von Goethe-Instituts-Präsidentin Jutta Limbach in Nordkorea in der FAZ vom 2. Juni 2004, danach erhielten die Korrespondenten von Spiegel und FAZ keine Einreise zu der Eröffnung eines Lesesaals des Goethe-Instituts in Pjöngjang.

Gerettet

Das von der Schließung bedrohte Deutsche Studienzentrum in Venedig besteht weiter. Kuratorium und Beirat einigten sich auf eine vom Staatsministerium für Kultur und Medien geforderte schnelle Satzungsänderung, der zufolge vom 1. Januar 2005 an 20% der Stipendien an Künstler und Schriftsteller vergeben und

öffentlich ausgeschrieben werden (FAZ, 13.11.2004).

Neue Sprachkurse

Das Goethe-Institut ordnet seine Sprachkurse in Deutschland neu. Nach einem Beschluss des Präsidiums sollen bis Ende 2005 die Sprachkurse an den bayerischen Standorten Prien, Rothenburg ob der Tauber und Murnau eingestellt werden, die Standorte in Düsseldorf und in Dresden sollen mit veränderten Angeboten weitergeführt werden.

An den derzeit 16 Goethe-Instituten in Deutschland lernen jedes Jahr mehr als 25 000 Menschen aus 140 Ländern Deutsch. Die Institute müssen sich über Kurs- und Prüfungseinnahmen selbst finanzieren und erhalten keine öffentlichen Mittel. Insgesamt sind an den 16 deutschen Standorten mehr als 400 Mitarbeiter beschäftigt.

Historisches Institut

Die russische Regierung hat im November 2004 das Deutsche Historische Institut in Moskau akkreditiert (WELT, 18.11.2004).

Rückgabe

Die Ukraine will Deutschland erneut im 2. WK verschleppte Kulturgüter zurückgeben. Es geht jetzt um die Bände der Rosariumsbibliothek Sangerhausen, Bestände des Zuckermuseums Berlin sowie 86 weitere Objekte. Deutschland wird seinerseits rd. 300 Fotografien des Zentralen Foto- und Kinoarchivs der Ukraine, die kürzlich im Bundesarchiv in Koblenz aufgefunden wurden, zurückgeben (FAZ, 11.9.2004).

Tagung abgesagt

Eine in Weimar geplante Tagung zum Thema "Beutekunst" wurde abgesagt, weil "viele Teilnehmer und Referenten aus den staatlichen Institutionen nicht kommen wollten", s. die Analyse von Hannes Hartung in der WELT vom 26. Oktober 2004.

Deutsche Welle

Gegen die Einsparung des spanischsprachigen Fernsehprogramms bei der Deutschen Welle wendet sich die FAZ vom 1. Juni 2004. Die zwei täglichen in Muttersprache produzierten Programmstunden seien die einzige direkte mediale Verbindung zwischen Lateinamerika und Deutschland. Englisch sei dafür kein Ersatz, vor allem in Mexiko sei Englisch keine Verkehrssprache, nicht einmal in gebildeten Kreisen. Vielmehr müsse das spanischsprachige Angebot sogar länger und ausführlicher sein, sei doch die Weltsprache Spanisch an allen Fronten, vor allem in Nordamerika, im Vormarsch.

Kulturpolitik im Ausland

Weltkulturerbe

Die UNESCO hat das Dresdener Elbtal, den Fürst-Pückler-Park Bad Muskau und das Bremer Rathaus zum Welterbe erklärt (siehe Bericht in der FAZ vom 3. Juli 2004). Zu diesen 3 neuen Weltkulturerbestätten siehe auch den Bericht in der SZ vom 3./4. Juli 2004; WELT, 5.7.2004.

Weltdokumentenerbe

Die Hausmärchen der Gebrüder Grimm, die Heiratsurkunde der Kaiserin Theophanu und die Waldseemüller-Karte von 1607 sollen in das Weltdokumentenerbe der UNESCO aufgenommen werden (FAZ, 12.6.2004).

Kulturelle Vielfalt schützen

Nach einem Bericht der SZ vom 19. August 2004 bereitet die UNESCO ein neues Abkommen über kulturelle Vielfalt vor, jetzt offiziell genannt: Abkommen zum Schutz der Vielfalt kultureller Inhalte und künstlerischer Ausdrucksformen. Sollte es zustande kommen, könnte es Kultur und Künste aus dem von der Welthandelsorganisation (WHO) vorgegebenen Kontext ausschließlich kommerzieller Betrachtung befreien. Die auf den Handel verengte Sichtweise der WHO macht es für einzelne Staaten immer schwerer, ihren Markt in einer Weise zu regulieren, die kulturelle Vielfalt weiterhin gedeihen lässt. Es steht zu

befürchten, dass Fördermittel und öffentlichrechtliche Anstalten deutliche Einschränkungen hinnehmen müssten, weil sie vermeintlich den Wettbewerb verzerren.

Die Antwort auf diese Bedrohung sollte die Herauslösung der Kultur aus der WHO sein. Die USA werden allerdings ihr Möglichstes tun, um das Abkommen über kulturelle Vielfalt zu verhindern (...). Frankreich und Deutschland sind wichtige Förderer des Abkommens, sie befinden sich damit in Übereinstimmung mit den meisten nicht-westlichen Ländern.

Im November 2004 haben Frankreich und Mexiko eine Erklärung zum Prinzip der "kulturellen Ausnahme" unterzeichnet; der französischen Position, Kulturpolitik nicht an den Kriterien der Marktwirtschaft auszurichten, hatte sich auch Deutschland angeschlossen (FAZ, 24.11.2004).

EU

Aufruf

Bekannte Künstler und Leiter europäischer Künstlerhäuser, darunter Pierre Boulez, Anne-Sophie Mutter, Claudio Abado, haben einen Aufruf unterzeichnet, der eine Verankerung des kulturellen Erbes und der europäischen Werte in der zukünftigen EU-Verfassung fordert. Vorrangige Aufgabe sei, jenseits der Wirtschafts- und Währungsunion, die gemeinsame europäische Identität den zukünftigen Generationen weiterzugeben: "Die Demokratie stirbt, wenn sie nicht von Geist, Kunst und Forschung belebt wird" (FAZ, 11.6.2004).

8 Millionen

8 Millionen Menschen finden in der Kulturwirtschaft der EU Arbeit; in der Autoindustrie sind es 12 Millionen (WELT, 29.11.2004).

Frankreich

Mehr Geld

Nach dem im September vorgelegten Haushaltsplan soll der Kulturetat in 2005 um 5,9% steigen, in Zahlen um 155 Mio. Euro. Der Löwenanteil soll dem Theater zugute kommen, das in den Genuss von 31% aller Ausgaben kommt, eine Steigerung um 23,1 Mio. Nach Auskunft von Kulturminister Donnedieu DeVabres sollen die Mittel vor allem dazu verwendet werden, die nur zeitweilig für bestimmte Bühnenproduktionen Beschäftigten ("intermittents"), die in 2003 mit ihren Streiks die Festivals lahm legten, zu "professionalisieren". Weiterer Haushaltsschwerpunkt liegt auf der Pflege des kulturellen Erbes, dem Erhalt sowie der Pflege der immensen historischen Bausubstanz Frankreichs, dem Ausbau der Museumslandschaft (25 Mio. Euro mehr, 13% Steigerung). Nur einer verliert, die Filmförderung soll um rund 40 Mio. Euro zurückgefahren werden. Allerdings sind auch hier 91 Mio. Euro kein Pappenstiel (SZ, 25./26.9.2004).

Palästina

In Ramallah ist erstmals ein gemeinsames deutsch-französisches Kulturzentrum eröffnet worden. Gefördert von "ARTE" und der EU (FAZ, 23.6.2004).

USA

Niederlage

Im Kampf gegen den "Patriot Act", das Anti-Terror-Gesetz der Bush-Regierung, haben Amerikas Bibliothekare und ihre Verbündeten eine spektakuläre Niederlage erlitten. Im Repräsentantenhaus fehlte nur eine Stimme für einen Gesetzentwurf, der den Patriot Act hätte zurückschneiden sollen (FAZ, 10.7.2004).

Wenig gelesen

Nach einer nationalen Studie, die im Juli 2004 in New York vorgestellt wurde, greifen immer weniger Amerikaner in ihrer Freizeit zu einem Buch. Nur etwas mehr als die Hälfte der 17 000 befragten Amerikaner hat danach in den vergangenen 12 Monaten ein Buch gelesen. Besonders stark nachgelassen hat laut Studie das Lesen von Literatur, nur 46 % der Amerikaner läsen noch einen einzigen Roman im Jahr, ein Trend, der unabhängig von Geschlecht und sozialer Stellung der Befragten ist.

Besonders drastisch gesunken sei die Zahl der jungen Leser, nur 42,8% der Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren lesen in ihrer Freizeit. 1982 waren es noch rund 60% (FAZ, 12.7.2004). Bewertet wurde die Studie als Ausdruck einer nationalen Bildungskrise, sie war für das National Endowment of the Arts alarmierend genug, um eine kulturelle Verwüstung vorauszusagen. Dem Lesestreik in der Belletristik steht jedoch eine erstaunliche Blüte des politischen Buchs gegenüber (WELT, 13.7.2004).

Gesammelt

Mehr als 28 Mio. Dollar haben US-Musiker für die Präsidentschaftskandidatur des Demokraten John Kerry durch Tourneen und Auftritte gesammelt (WELT, 26.10.2004).

Personalien

- Isabel Pfeiffer-Poensgen, bisher Aachen, ist Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder (KSL) als Nachfolgerin von Karin von Welck, jetzt Kultursenatorin in Hamburg (FAZ, 26.6.2004; s. auch Bericht in der FAZ, 4.12.2004).

- Die drei Berliner Opernintendanten haben sich einhellig für den Basler Theater- und Opernchef Michael Schindhelm als Generaldirektor der Opernstiftung ausgesprochen (Tagespiegel, 29.10.2004). Zum Vorgehen von Senator Flierl mit fast schon geheimdienstlichen Mitteln gegen den zweiten Kandidaten, den Geschäftsführer der Frankfurter Bühnen Bernd Fülle, das wiederum zum Rücktritt des Feuilletonchefs des "Tages spiegels" Peter von Becker, führte, s. etwa die WELT vom 13. November, FAZ vom 12. November 2004. Zuvor hatte schon die Berufung von Christoph Hein ("Ost-Identität") zum Intendanten des Deutschen Theater erheblichen Wirbel ausgelöst. Zur Flierlschen Amtsführung bemerkt die WELT ebd. daher: "Die Flierlsche Beschwörung allgemeiner Ostalgie (..) beschert höchstens zweierlei: Die

grinsende Befriedigung der postkommunistischen Klientel sowie die Entfachung eines kleinen Ost-West-Kulturkampfes. Der Kunst, dem Theater, wird solch PDS-Populismus nichts nützen; und der Demokratie gleich gar nicht."

- Die französische Justiz ermittelt gegen den deutschen Dirigenten Volker Hartung wegen Schwarzarbeit von Orchestermusikern aus Osteuropa. Während die Musiker für ihre "ehrenamtlichen" Auftritte unter 30 Euro pro Monat bekamen, habe Hartung durch die Tournee fast 200 000 Euro eingenommen (WELT, 28.10.2004).

- Der Vertrag des Chefs der Frankfurter Buchmesse, Volker Neumann, wird nicht verlängert. Neumann hatte im vergangenen Jahr mit der angedrohten Verlagerung des Branchentreffs nach München Furore gemacht (WELT, 11.9.2004).

- Der Vertrag von Frank Castorf als künstlerischer Leiter der Ruhr-Festspiele wird vorzeitig aufgelöst. Beschlossen wurde dies vom Aufsichtsrat dieses Festivals am 29. Juni 2004. Dieser Rauswurf hat die Feuilletons intensiv beschäftigt. "Weg mit Schaden", schreibt die FAZ vom 30. Juni 2004; s. weiter SZ, 22.7.2004; WamS, 4.7.2004, u.a.m. Nachfolger ist Frank Hoffmann, zunächst bis 2006 (SZ, 10.9.2004).

- Seit April hat das Kulturssekretariat Nordrhein-Westfalen in Wuppertal einen neuen Leiter. Der Musikwissenschaftler Christian Esch löste Dietmar

Schmidt ab. Das 1974 gegründete Kultursekretariat ist eine interkommunale Arbeitsgemeinschaft, an der sich die meisten theatertragenden Städte in Nordrhein-Westfalen, der LVR Rheinland und das niedersächsische Osnabrück beteiligen. Hamm, Remscheid und Solingen haben den Verbund verlassen, Neuss hat seinen Antrag auf Austritt zurückgezogen (FAZ, 10.8. 2004).

• Für sein Eintreten für Kunst und Bildung hat der vormalige Bundespräsident Johannes Rau den "Kulturroschen 2004" des Deutschen Kulturrates erhalten (WELT, 12.6.2004).

Zitate

- *"Die Wirtschaft ist die notwendige Voraussetzung zum Leben, aber erst die Kultur macht das Leben wirklich lebenswert".* EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso lt. WELT vom 29. November 2004.

- *"Was ist denn der Grund, daß die heutige Jugend sich immer weniger mit den überlieferten Werten befaßt? Etwa weil sie, die Jugend, so ‚schlecht‘ ist? Oder vielleicht, weil die Verantwortlichen den Bildungsauftrag zunehmend verkümmern lassen?!"*

Kammersängerin Edita Gruberova in einem offenen Brief an Ministerpräsident Stoiber zur Schließung der "Münchner Rundfunkorchester" (FAZ, 27.11.2004).

Woran krankt die Kulturpolitik? *"Es gibt keinen gesellschaftlichen Konsens mehr über die Bedeutung der Kultur. Wenn wenig Geld da ist, kommt sehr schnell der Ruf, sie solle etwas abgeben, da sie eine freiwillige Leistung sei."*

Isabel Pfeiffer-Poensgen, seit 1. November 2004 Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder, im Gespräch mit der Berliner Zeitung am 26. November 2004.

- *"Tatsächlich ist nicht auszuschließen, dass bei den Orchestern, immerhin den teuersten Kollektiven des Kulturbetriebs, noch manches Opfer fällig wird. Aber was sich die Kulturträger und Kämmerer in den Rathäusern auch immer an Streicheinheiten noch einfallen lassen mögen – eine Brache der Musik, gar das Elendsviertel der Tonkunst ist Deutschland deshalb noch lange nicht. Im Gegenteil: blühende Landschaften, soweit die Ohren reichen."*

Der Spiegel 48/2004 zum Abbau der Rundfunkorchester.

Wie steht es um die Lesekultur in Deutschland?

- *"Es wird insgesamt weniger gelesen, weil es in den Familien immer weniger Anregungen und Vorbilder für das Lesen gibt. Der Rückgang des Vorlesens innerhalb der Familien ist eine nachgewiesene Tatsache, wie auch eine nachgewiesene Tatsache ist, dass sich die Sprachentwicklungsverzögerungen in den letzten zehn, fünfzehn Jahren von insgesamt acht auf 24 Prozent bei Kindern gesteigert haben (...)* Ich bin der festen Überzeugung,

dass man gute Sprache nur durch gute Sprache lernt. Und dazu gehört eben auch etwas Mühe. Dazu gehört auch, sich in ältere Sprachstile einzulesen. Ich wette, wenn jemand sein Deutsch verbessern will, kann er das innerhalb weniger Wochen oder Monate schaffen, indem er einfach nur liest. Und zwar gute Texte, die sowohl sprachlich wie inhaltlich zu einer Klasse gehören, die man so im Alltagsleben nicht antrifft".

Georg Ruppelt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Lesen, im Gespräch mit dem RhM vom 29. Juli 2004.

Begrüßen Sie die Nachricht von der Rückkehr zur klassischen Rechtschreibung beim "Spiegel"-Verlag und bei den Organen des Springer-Konzerns?

- *"Ausdrücklich! Ich bin überglücklich über diesen Beschluß. Sie selbst gehören ja zu den eher gemäßigten Kritikern der Rechtschreibreform. Vielleicht eher zu den zerrissenen. Als Schulbuchverleger passen mir die Kosten, die die von den Reformern verordneten willkürlichen Änderungen an der Sprache zur Folge hatten und haben, natürlich überhaupt nicht. Als Bürger, der sich durch das unlegitimierte Reformtreiben entmündigt sieht, und als literarischer Verleger bin ich sehr glücklich über jeden Schritt, der eine Rückkehr zur bewährten Rechtschreibung unterstützt. Als Schulbuchverleger bin ich gewissermaßen Lieferant des Staates und muß dem folgen, was der Staat verlangt. Auf der anderen Seite habe ich ein kulturelles Gewissen, das mir sagt, wie unnötig*

und unsinnig diese sogenannte Reform ist.“

Verleger Michael Klett im Gespräch mit der FAZ vom 7. August 2004.

DIE WELT: Beide Geschichtsmuseen wurden lange als Schöpfungen Helmut Kohls kritisiert.

- *“Natürlich war mir der Rückenwind des Kanzlers lieber als der Gegenwind. Unser Haus in Leipzig, das Zeitgeschichtliche Forum, hat 1999 Gerhard Schröder eröffnet. Ein Museum für Zeitgeschichte darf nicht mit Parteipolitik verknüpft sein, sondern mit seriöser Geschichtsdarstellung“.*

Der Leiter des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn, Prof. Dr. Hermann Schäfer, im Gespräch mit der WELT vom 16. September 2004.

- *“Haben die in Berlin denn nichts Besseres zu tun?“*

Gernot Romann, ARD-Hörfunkkommissionsvorsitzender, zur Musikquote lt. Spiegel 47/2004.

- *“Eigentlich müsste jede zweite Aufführung zeitgenössischer Stoffe aus urheberrechtlichen Gründen verboten werden.“*

Karlheinz Braun zum Regietheater laut FAS vom 24. Oktober 2004.

- *“Das Regietheaterkonzept (spielt) unsere Theater leer. Das ist oft so verdreht, verquast und verfrachtet, daß man hinterher gar nicht mehr weiß was eigentlich los war auf der Bühne und keiner traut sich zu sagen, daß er es nicht verstanden hat. Oft sitze ich im Theater und habe*

das Gefühl ich befinde mich auf einem Bildungsmüllfriedhof. Da wird alles, was wir jemals gelesen haben zwanghaft in die Inszenierung hinein gestopft“.

Der Münchener Generalmusikdirektor Christian Thielemann zum Regietheater lt. SZ vom 11./12. September 2004.

- *“Mit dem Kulturabbau vergeht man sich an der nachfolgenden Generation.“*

Christian Thielemann lt. WELT vom 25. Oktober 2004.

- *“Wenn man ein amerikanisches Steuersystem will, muss man auch an die Wurzeln gehen und erkennen, dass die Firmen dort einen Teil der kulturellen Verantwortung des Staates übernehmen (...) Der Staat muss sich entscheiden, eine Musikschule oder ein Theater zu finanzieren. Er muss wissen, ob er die Musik für die Masse zugänglich machen will. Dafür müssen nun einmal Steuergelder eingesetzt werden – diesen Vorgang kann ich persönlich nicht Subvention nennen.“*

Werner Müller, Bundesminister a.D.; Vorstandsvorsitzender der RAG, lt. WAMS vom 3. Oktober 2004.

- *“Wir sind eigentlich das einzige Land, das Steuererleichterungen nicht an die Förderung eigener Filme koppelt.“*

Kulturstaatsministerin Christina Weiss lt. Spiegel 43/2004.

“Die Debatte letzten Monat hat der KMK und der Bildungspolitik in Deutschland überhaupt nicht genutzt.“

KMK-Präsidentin Doris Ahnen

lt. FAZ vom 16. Oktober 2004 zur Debatte um die Rechtschreibreform und die Drohung Niedersachsens auf Austritt.

- *“Das Papier auf dieser Toilette wurde gesponsert von einem anonymen Sponsor. Die Tate ist angewiesen auf Sponsoren.“*

Inschrift auf dem WC des Londoner Tate Museums lt. SZ vom 23./24. Oktober 2004.

WAMS: Handeln sie patriotisch und antiamerikanisch?

- Antje Vollmer: *“Schwachsinn, mir geht es um Chancengleichheit, Fairness und Existenzbedingungen von Künstlern, das Publikum soll mehr Wahlfreiheit bekommen.“*

Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer auf die Frage der WAMS vom 19. September 2004 zur Musik-Quote.

- *“Die Mehrzahl der Zuschauer sind nicht Mitglieder der Akademie der Künste, sondern Menschen, die wir erst für die Kultur gewinnen müssen (...) Unser Publikum ist noch wichtiger als Sie! Kultur muss man auch verkaufen können.“*

WDR-Intendant Fritz Pleitgen zur Klage deutscher Literaten über den Kulturverlust bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern lt. WAMS vom 6. Juni 2004.

- *“Deutsche Hanswurstiade“* Hans-Magnus Enzensberger zur Rechtschreibreform lt. FAZ vom 26. Juli 2004.

- *“Ich hatte von Anfang an Bedenken. In Berlin bespielt Castorfe eine Nische, aber wenn*

er dieses Programm im Revier macht, spielt er das Theater leer”.

Dr. Norbert Lammert, Vorsitzender des Gesprächskreises Kultur der CDU Deutschlands und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, zur Ablösung von Castorf von den Ruhrfestspielen lt. WamS vom 4. Juli 2004.

In anderen Ländern überlebt die Kunst auch mit weniger Geld vom Staat:

- *“Ich weiß, das Stadt- und Staatstheatersystem in deutschsprachigen Ländern, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, ist in der Welt einmalig. Es schützt die Kultur, und ich bin sehr dankbar, daß man hier so unabhängig arbeiten kann. Ich kenne das System in anderen Staaten, ich habe viel in Amerika gearbeitet. Ist das Theater dort schlechter? Ganz eindeutig, auf die Bühne kommt nur was Kasse macht. Das ist in Deutschland anders, hier haben auch junge Dramatiker und anspruchsvolle Stoffe eine Chance”.* Intendantin Amélie Niermeyer im Gespräch mit der FAS vom 4. Juli 2004.

Aus kulturpolitischen Beiträgen

Das *“Jahrbuch für Kulturpolitik”* 2004 widmet sich mit Beiträgen namhafter Autoren aus Politik (u. a. der vorm. Bundespräsident Johannes Rau) und Kultur dem im letzten Quartal so intensiv diskutierten Thema *“Theaterdebatte”* (s.o. unter *“Was ist Kunst, was Kultur?”*). Kulturpolitisch von besonderem Interesse das Kapitel *“Theater und Kulturpolitik (305ff.)*, in dem sich u.a. Peter Frankenberg, Antje Vollmer, Günter Nooke und Hans-Joachim Otto äußern. Wir besprechen ausführlich in der nächsten Ausgabe.

- *“Aus Politik und Zeitgeschichte”*, B 49/2004 befasst sich mit dem Thema *“Kulturförderung”* im nationalen Rahmen und im internationalen Vergleich.

- Die Zeitschrift *“Kultur. Politik. Diskurs”* 6/2004, hg. vom Institut für Kulturpolitik, Univ. Hildesheim, enthält zwei Beiträge von Wolfgang Schneider zum Thema *“Kultur als Pflichtaufgabe des Staates”* bzw. *“Umsturz? Umbruch? Umgestaltung, Die deutsche Theaterland bedarf dringender Reformen”*, und von Birgit Mandel *“Zwischen Event und Vermittlung, PR für Kunst und Kultur”*.

- Die Zeitschrift *“Kulturpolitik”*, herausgegeben vom Bundesverband bildender Künstle-

rinnen und Künstler, Nr. 3/September 2004, beinhaltet u.a. einen Beitrag zur Lage junger Künstlerinnen und Künstler.

- Die Zeitschrift *“Kulturberichte”*, herausgegeben vom Arbeitskreis selbstständiger Kulturinstitute e.V., beschäftigt sich in ihrer Ausgabe 2/2004 u.a. mit der Initiative der Kulturstiftung der Länder: *“Kinder zum Olymp!”* und berichtet über die Fachtagung AsKI in Düsseldorf über wirksame Öffentlichkeitsarbeit in Kultureinrichtungen.

- Die Zeitschrift *“Politik und Kultur”*, herausgegeben vom Deutschen Kulturrat, Nr. 4/2004 (Juli/August 2004) beinhaltet u.a. einen Beitrag von Ministerpräsident Edmund Stoiber zur Kulturpolitik und Kulturförderung in der Föderalismusreform und den Jahresbericht des Deutschen Kulturrates für 2003; in der Ausgabe 6/04 November/Dezember 2004 wendet sich Kulturstaatsministerin Christina Weiß gegen die Begriffe Subventionen für die Förderung von Kunst und Kultur; darin auch eine Diskussionsrunde u.a. mit Norbert Lammert zum Thema Bundes- und Landeskompetenz und ein Beitrag über *“kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion”*.

- *Der Bühnenverein* hat am 8. November 2004 eine knapp 300 Seiten umfassende Studie zu den rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen der Theater und Orchester vorgelegt. Das Papier analysiert diese Bedingungen und legt dar, welche Reformen in den letzten Jahren

stattgefunden haben. Darüber hinaus fasst es die Gestaltungsvorschläge zusammen, die in ständiger Zusammenarbeit des Bühnenvereins mit seinen Mitgliedern entwickelt, jedoch seitens der Politik nicht aufgegriffen wurden. "Mit der Studie wirft der Bühnenverein einen Blick in die Theater- und Orchesterzukunft und lädt alle Beteiligten erneut zu einem konstruktiven Dialog ein", so der Direktor des Bühnenvereins, Rolf Bolwin. Die Studie richtet sich auch an die Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" des Deutschen Bundestages, die sich mit der Situation der Theater und Orchester befassen will.

- Das *Institut für Kulturpolitik* der Kulturpolitischen Gesellschaft hat einen Leitfaden zum Ehrenamt erstellt. Auf 112 Seiten finden sich darin -neben eine Fülle beispielhafter Projektvorstellungen, Basisinformationen, Adressen etc. grundsätzliche Überlegungen zur Theorie und Praxis ehrenamtlichen Engagements in der kommunalen Kulturarbeit: Was zählt eigentlich zum Ehrenamt? Wie viele Menschen sind ehrenamtlich tätig? Welche Aufgaben werden wo von ehrenamtlich Tätigen wahrgenommen? Warum engagieren sich Menschen ehrenamtlich? Welche Chancen liegen im Ehrenamt?

Die Studie kann zum Preis von 5 Euro als Broschüre oder als CD-ROM über das Kultursekretariat in Gütersloh bezogen werden.

Tel.: 05241-16191; e-Mail: kontakt@kultursekretariat.de

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

4. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik

Das 4. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik fand am 16./17. Oktober 2004 wieder am gewohnten Ort und unter Leitung von Dr. Norbert Lammert, MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des "Gesprächskreises Kultur" der CDU Deutschlands, statt. Schwerpunkt war in diesem Jahr das Thema "Erinnerungskultur", es referierten u.a. Prof. Dr. Christian Meier, Prof. Dr. Volkhardt Knigge, Dr. Andreas Nachama, Günter Nooke, MdB, Prof. Dr. Hermann Schäfer, Prof. Dr. Richard Schröder.

Eine Broschüre mit den wichtigsten Beiträgen ist derzeit in Vorbereitung.

Information:
Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger,
Wissenschaftliche Dienste;
e-mail: joerg.gauger@kas.de

Jubiläum und Premiere in Cadenabbia

Ein rundes Jubiläum konnten die Kulturabteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung und die Villa la Collina feiern: Zum nunmehr zehnten Mal fanden sich im ehemaligen Feriendomizil Konrad Adenauers am Comer See Schriftsteller und Schriftstellerinnen zusammen, um aus unveröffentlichten Texten zu lesen und sich anschließend den Fragen der Literaturkritik und der

Literaturwissenschaft zu stellen. Die Liste derer, die sich dieser Herausforderung unter Ausschluss der Öffentlichkeit bisher gestellt haben, ist ebenso beeindruckend wie vielfältig und reicht von der Grande Dame der deutschen Lyrik, Elisabeth Borchers, bis hin zu jungen Prosastars wie Andreas Maier.

Auch in diesem Jahr kam es zu spannenden Begegnungen: Junge Autorinnen wie Julia Schoch und Roswitha Haring, die von der Kritik bundesweit gefeiert werden, debattierten mit den großen Namen der deutschsprachigen Literatur von Arnold Stadler über Johannes Kühn bis zu Thomas Hürlimann. In diesem Zusammenhang ging es nicht nur um dezidiert literaturwissenschaftliche und poetologische Fragestellungen, sondern auch um die seismographische Funktion von Sprache und Literatur für gesellschaftspolitische Prozesse.

Besondere Beachtung fand daher der speziell für das Jubiläum ausgerichtete öffentliche Teil der Werkstatt, der sich dem Dialog zwischen Politik und Literatur widmete.

Der Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Bernhard Vogel wurde für das Gespräch als Ehrengast geladen und blickte in diesem Kontext auch auf ein Jahrzehnt Werkstatt zurück. Im eigentlichen Werkstattteil bewährte sich einmal mehr das Zusammenspiel aus literaturwissenschaftlichen

Beiträgen, literaturkritischer Moderation, Präsentation von Debütanten und arrivierten Schriftstellern.

Neben dem zehnjährigen Jubiläum kam es dann zu einer Premiere: Zum ersten Mal fanden sich in Cadenabbia junge Künstler, Schriftsteller und Komponisten – allesamt Stipendiaten des Else-Heiliger-Fonds – zusammen, um mit vier Experten das Thema “Tabus in Kunst und Literatur?” zu diskutieren. Mit Dieter Gräfs Lesung aus seiner Anthologie “Westrand”, die Tabus aus den Bereichen der Sexualität und der deutschen Geschichte reflektierte, begann die intensive und anhaltende Auseinandersetzung um die Frage, ob die Definition des Tabus als “Meidungsgebot” noch gültig ist und wie weit Tabuverletzungen in Kunst, Literatur und Musik unvermeidbar sind. Kann man eine Oper über einen Nazischergen komponieren? Darf man in einem lyrischen Text unkommentiert ein Eichmann-Protokoll verwenden? Gibt es in der Bildenden Kunst eine Grenze für die Darstellung von Geschlechtlichkeit? Darf es zur Irritation oder Verletzung religiöser Überzeugungen kommen? Ob es die Gallery-Managerin der Deutschen Guggenheim, die künstlerischen Leiterin des ART FORUM, eine Fachjournalistin des “Tagesspiegel”, ein renommierter Galerist, ein Komponist, Autoren oder Bildende Künstler waren: Alle waren sich einig, dass es hier um ein Thema geht, das mehr als alle anderen die aktuelle Kunstproduktion prägt. Die Diskussion um die Flick-Collection – sei-

en es die Umstände ihres Entstehens oder die Qualität der Sammlung – konnte nur ein Beispiel für eine Fragestellung sein, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung weiter begleitet wird.

Positiver Bericht über die Tagung im RhM vom 28. Oktober 2004. “Das Erbe lebt”.

Information: Dr. Hans-Jörg Clement, Begabtenförderung und Kultur; e-mail: hans-joerg.clement@kas.de

“Nähe in der Fremdheit” Sankt Augustiner Lesung von Julia Franck

Die Literaturkritik bedient sich, wenn sie über Gegenwartsliteratur spricht, gerne werkbiographischer Schablonen. Wer nach Grass und Böll geboren und mit einem Golf bzw. Trabi aufgewachsen ist, wird auf die “Generation Golf” verpflichtet. Wer jünger als 30 ist und Musiktitel zitiert, die den heute über Vierzigjährigen ebenso unbekannt sind wie den unter Zwanzigjährigen, zählt zu den “Pop-Literaten”. Und wer jung, literarisch erfolgreich und weiblich ist, für die haben die Kritiker die dem Sport entlehnte Formel “Fräuleinwunder” erfunden.

Nichts jedoch davon trifft auf die 1970 in Ostberlin geborene und 1978 in die Bundesrepublik übergesiedelte Schriftstellerin Julia Franck zu. Souverän und in höchstem Maße anregend stellte sie im bis auf den letzten Platz gefüllten Erhard-Saal der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Sankt Augustin ihre Werke vor.

Mit Julia Franck setzte die KAS die Reihe ihrer Sankt Augustiner Autorenlesungen fort, innerhalb derer nicht nur viele ihrer Literaturpreisträger gelesen haben, Günter de Bruyn, Hilde Domin, Sarah Kirsch und Thomas Hürlimann etwa, sondern auch andere namhafte Autoren wie Elisabeth Borchers, Adolf Muschg, Sten Nadolny und Galsan Tschinag. Julia Franck ist die jüngste in dieser Reihe. Ihren literarischen Rang kann dies, wie Dr. Günther Rüter (Leiter Begabtenförderung und Kultur) eingangs betonte, angesichts eines an Umfang, Aussagekraft und öffentlicher Resonanz beachtlichen Werkes, nur unterstreichen. Offenbar haben dies schon die Juroren, die die damals dreißigjährige Autorin beim renommierten Klagenfurter Literaturwettbewerb 1990 mit dem 3sat-Preis auszeichneten, ebenso feinsinnig wie vorausblickend erkannt.

Julia Francks Erzählungen und Romane drehen sich um Abschied und Trennung, Flucht und Vertreibung, um Unbehautheit und das Aufbäumen gegen das Unmögliche, um das Verhältnis der Generationen und um die Auseinandersetzung mit der deutschen Nachkriegsgeschichte. Der Göttinger Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Gerhard Lauer, der die Autorin in St. Augustin vorstellte, hob die Bedeutung der Lebensgeschichte für das Werk hervor: Schon Julia Francks Großmutter stammte aus einer großen Berliner Gelehrten- und Künstlertradition im Kreis Max Liebermanns und emigrierte als Jüdin nach 1933

nach Italien. Den Kopf voller Kunst und kommunistischer Ideale, kehrte sie, als der Krieg zu Ende war, nach Deutschland zurück. Die Mutter, Theater-schauspielerin, wuchs im sozialistischen Deutschland auf und zog fünf Mädchen groß. Als Julia Franck acht Jahre war, verließ die Mutter Ostberlin und lebte mit ihren Kindern eine Zeitlang im Notaufnahmelager Marienfelde.

Von schwierigen Leben der DDR-Flüchtlinge in diesem Westberliner Übergangslager erzählt – vor dem Hintergrund dieser autobiographischen Erfahrung – Julia Francks jüngster Roman „Lagerfeuer“ (2003). Er ist ein nicht nur literarisch bemerkenswerter Roman mit subtilen Perspektivwechseln, ein Sprachkunstwerk, das weit über die modische Ridikülisierung und Nostalgisierung der DDR-Wirklichkeit hinausgeht. Mit der Fokussierung der innerdeutschen Flüchtlings- und Identitätsthematik ist Lagerfeuer auch ein eminent politisches Buch. Erstmals wird hier das Niemandsland zwischen den ehemals zwei deutschen Staaten vermessen, in dem die herkömmlichen Unterscheidungen zwischen Opfern und Tätern, Helden und Verrätern hinterfragt werden.

Julia Francks Bücher schärfen unsere Wahrnehmung durch die Konzentration auf scheinbar bei-läufige Details. Gerhard Lauer verglich sie deshalb treffend mit Cézannes Gemälden: „Julia Franck erzählt wie Cézanne malt, mit einer Dichte, die ver-

spricht, das Erzählte anfassen zu können“. „Bauchlandung“, die Sammlung von Prosageschichten, aus der die Autorin auch in Sankt Augustin las, trägt deshalb den Untertitel „Geschichten zum Anfassen“.

„Man kann ja niemanden zu seinem Glück zwingen, aber wenn man Poesie liebt, dann sollte man Julia Franck einfach lesen“, rühmt ihr Dichterkollege Ingo Schulze. Diesen Rat zumindest befolgten die Zuhörer, die bei den Büchern auf dem Tisch der Bad Godesberger Buchhandlung Bosch, die die Lesung freundlich mit unterstützte, eifrig zugriffen.

Werke Julia Franck

1997 „Der neue Koch“ (Roman, DuMont Verlag, Paperback beim Ammann Verlag)

1999 „Liebediener“ (Roman, DuMont Verlag und als dtv-Taschenbuch)

2000 „Bauchlandung“ (Erzählungen, DuMont Verlag und als dtv-Taschenbuch)

2003 „Lagerfeuer“ (Roman, DuMont Verlag)

Informationen:

http://www.single-generation.de/kohorten/julia_franck.htm

PD Dr. Michael Braun,
Begabtenförderung und Kultur;
e-mail: michael.braun@kas.de

Kommunalpolitisches Forum der Konrad-Adenauer-Stiftung

Interkulturelle Stadtpolitik als Motor europäischer Integration (16. Juli 2004 in Düsseldorf)

Mit der Verstärkung von wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen werden auch die weltweiten Wanderungsbewegungen zunehmen. Vor allem in den großen Städten wird der Internationalisierungsgrad der Bevölkerung mit allen damit verbundenen Chancen und Problemen steigen. Es geht also nicht mehr um das „ob“ sondern um das „wie“ einer Erörterung von Integrationsaufgaben kommunaler Verwaltungen auch angesichts der aktuellen EU-Erweiterung.

Experten aus kommunaler Kulturpolitik und Migrationsforschung referierten und diskutierten mit dem Ziel, den sperrigen Begriff der Interkultur auf der lokalen Handlungsebene zu konkretisieren. Interkultur ist nicht zu verwechseln mit Multikultur sondern mit dem Austausch verschiedener Kulturen verbunden. Dieser Kulturaustausch geht weit über die Grenzen Europas hinaus.

Interkulturalität ist global im wahrsten Sinne des Wortes. Die verschiedenen Weltkulturen anderer Kontinente stürzen z.Z. auf uns ein, ohne dass wir darauf genügend vorbereitet wären.

Je mehr wir uns gerade in der Kultur aber auch in der Wirt-

schaft angewöhnen müssen, unsere eurozentrische Sicht nicht für die allein maßgebliche zu halten, sondern für eine von mehreren Möglichkeiten, umso mehr müssen wir uns – um diese Grenzenlosigkeit auszuhalten – wieder auf das besinnen, was abendländische, europäische Kultur ausmacht.

Europäische Kultur ist ganz wesentlich eine Frage dessen, was in den Kommunen sowohl öffentlich als auch privat an Kultur stattfindet. In der Hauptsache sind die Kommunen als Summe ihrer Bürgerinnen und Bürger diejenigen, die die Kultur tragen.

Zwei Fragen sind im Zusammenhang mit Europa wichtig: Welche Rolle können die Kommunen in einer europäischen Kulturpolitik spielen? Welche Rolle spielt Europa in den Kommunen? In der Auseinandersetzung mit diesen Themen sollten die Kommunen die Grundlagen europäischer Kulturpolitik selbst formulieren und mit viel Selbstbewußtsein an diese Aufgabe herangehen. Dazu gehört auch eine intensive Diskussion über den Begriff der Region und der regionalen Selbstverwaltung möglichst unter der Federführung der Kommunen wie sie z.B. in NRW z.Z. geführt wird.

Nichteinmischung könnte u.U. das Ende unseres Verständnisses von kommunaler Kulturpolitik bedeuten, wenn sich z.B. die Anwendung des Subventionsbegriffes auf die öffentlich geförderte Kultur durchsetzte.

Die europäische Stadt hat einen Bedeutungswandel erfah-

ren. Darauf muß die Kulturpolitik angemessen reagieren. Dies sollte in einem europäischen Städtenetzwerk geschehen, das den Stellenwert der Kulturpolitik im Gesamtgefüge städtischer und europäischer Interessen festigt und gemeinsame Entwicklungslinien aufzeigt.

Das offizielle Sprachrohr der kommunalen Ebene in der Europapolitik ist der Ausschuß der Gemeinden und Regionen. Neben diesem Gremium gibt es aber auch noch eher informelle Zusammenschlüsse mit vergleichsweise hohem Wirkungsgrad:

Das europäische Netzwerk Eurocities mit dem Culture Committee zur Förderung des internationalen Austausches auf kulturellem Sektor.

Eurocult 21/ ein Studienprojekt zur Erforschung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten in der Kulturpolitik europäischer Städte.

Allen Organisationen ist gemeinsam, dass Ziele und Förderprogramme auf ein Europa ohne Grenzen und zunehmende interkontinentale Vernetzungen Rücksicht nehmen müssen, dass also dem interkulturellen Ansatz weitaus mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, als das bisher geschehen ist. Zitat: "Die Problematik ist in der Politik sehr aufarbeitungswürdig. Die Reden von Europapolitikern zum Thema Kultur sind Wortgeklingel von gestern."

Migration wird vornehmlich immer noch als Problem gesehen. Chancen und Potentiale

werden kaum zur Kenntnis genommen. Integration wird nicht als kulturelle Herausforderung begriffen, sondern hauptsächlich im Zusammenhang mit der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik diskutiert.

Auch unter diesem Aspekt sind die Kommunen Vorreiter einer Entwicklung. Sie entwerfen in ihren Antworten auf die Herausforderungen ethnischer und kultureller Vielfalt Konzepte, die unabhängiger von nationaler Politik sind, wenngleich auch nicht ganz ohne deren Rahmenbedingungen auskommen.

Die Stadtpolitik kann in Kooperation mit der Zivilgesellschaft Bedingungen schaffen, unter denen die Selbstregulierung der Gesellschaft stimuliert und unvermeidliche Verteilungs- und Anerkennungskonflikte auf zivile Weise ausgetragen werden können.

Als zentrale Felder einer so verstandenen Integrationspolitik wurden folgende definiert:

Sprachförderung, Bildung und Qualifizierung mit der Schule als wichtigster Integrationsinstanz vor allem im Hinblick auf Ganztagsbildung; Integration im Stadtteil und in die Quartiersentwicklung; Institutionenentwicklung, die dem kulturellen Pluralismus Rechnung trägt von der Einstellung von qualifizierten Migranten in kommunalen Organisationen bis hin zum interkulturellen Stadtmanagement.

Ausnutzung von sogenannten "Gelegenheitsstrukturen" wie sie sich vor allem in Kultur-, aber auch in Sportvereinen ergeben. Schaffung von Öffnungs- und

Abgrenzungsräumen, die sowohl die zugewanderte wie die aufnehmende Bevölkerung benötigt.

Multikulturalität ist nicht als solche eine Bereicherung; aber die Anwesenheit von Zugewanderten bietet die hervorragende Chance zur Reflexion der eigenen Entwicklung z.B. im Hinblick auf Fragen des Familienzusammenhaltes, des Spannungsverhältnisses von Tradition und Moderne, der nachbarschaftlichen Solidarität und der Bedeutung von Religion.

Die interkulturelle Öffnung ist nicht nur eine kommunale Aufgabe, sondern erfordert die strukturelle Unterstützung des Staates. Darüber hinaus muss sie als zivilgesellschaftliches Projekt begriffen werden.

*Information: Monika Gründler,
HA Politische Bildung und
Kommunalpolitik (Eichholz);
e-mail: monika.gruendler@kas.de*

Erinnern statt Vergessen

Veranstaltung der Adenauer-Stiftung und der Böll-Stiftung zur Aufarbeitung der Vergangenheit in Deutschland & Argentinien

Jahre nach der Rückkehr zur Demokratie haben sich in Argentinien Initiativen zur Aufklärung und Ahndung von Menschenrechtsverletzungen gegründet. Getragen wird deren Tätigkeit u.a. von der so genannten Erinnerungskommission der Provinz Buenos Aires.

Auf Einladung der Konrad-

Adenauer-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der "Birther-Behörde" hielt sich eine Delegation dieser Erinnerungskommission in Berlin auf, um sich über die Erfahrungen bei der Aufarbeitung der Vergangenheit in Deutschland zu informieren.

Im Rahmen dieses Besuchs veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung am Dienstag, 5. Oktober 2004, in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin den Diskussionsabend "Erinnern statt Vergessen – Basis für den Erfolg demokratischer Gesellschaften".

DIE GESPRÄCHSTEILNEHMER

Laura Conte

Vizepräsidentin der Erinnerungskommission der Provinz Buenos Aires, Gründungsmitglied der "Madres de Plaza de Mayo",

Dr. Patricia Funes

Erinnerungskommission der Provinz Buenos Aires,
Marianne Zepp

Referentin für Zeitgeschichte der Heinrich-Böll-Stiftung,

Hans Altendorf

Direktor der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR,

Prof. Dr. Christian Tomuschat
Lehrstuhl für Völker- und Europarecht, Humboldt-Universität, Berlin,

Dr. Hildegard Stausberg

Die Welt (Moderation).

*Information: Anja Czymmeck,
Internationale Zusammenarbeit;
e-mail: anja.czymmeck@kas.de*

Neuerscheinungen

In Gottes Namen?

Der von *Günther Rütther* (Konrad-Adenauer-Stiftung) und *Birgit Lermen* (Universität zu Köln) herausgegebene Sammelband *In Gottes Namen? Zur kulturellen und politischen Debatte um Religion und Gewalt* enthält Beiträge von Theologen, Germanisten, Politikern und Schriftstellern, die sich mit kulturpolitischen, ökumenischen, literarischen und filmischen Aspekten des Themas befassen, 5 Euro

Seit dem 11. September 2001 ist das komplexe Verhältnis von Religion und Gewalt eines der bedrängendsten und allgegenwärtigsten Themen unserer Zeit. Hier ist die Literatur als "Frühwarnsystem" und als Seismograph besonders gefragt. Indem Schriftsteller in ihren Werken Formen und Auswirkungen des religiösen Fundamentalismus beschreiben und deuten, warnen sie vor Verhärtung und Unversöhnlichkeit, rufen sie indirekt auf zu Annäherung und Verständigung.

Es ist aber auch zu bedenken, dass es sowohl in der Literatur wie in den kanonischen Texten der Weltreligionen immer wieder Beispiele dafür gegeben hat, dass durch nationalistische oder fundamentalistische Fehldeutungen religiöse Bilder und Begriffe zu Zeichen des Hasses und der Grausamkeit mutieren konnten. Auch heute werden religiöse Motive vielfach zu kriegerischen

Zwecken instrumentalisiert.

Im Spannungsfeld von Religion und Gewalt bemisst sich die Bedeutung von Kultur und Literatur nicht nach Nutzen und lebenspraktischer Verwertbarkeit, sondern an ihrer Möglichkeit, die Extreme dessen aufzuzeigen, was der Mensch dem Menschen im Namen Gottes bereit und fähig ist anzutun.

AUS DEM INHALT:

Religion und Gewalt – und Politik?/ *Norbert Lammert*

Zeichen der Verständigung: Eine Neugestaltung des Verhältnisses der Weltreligionen/ *Eugen Biser*

In Gottes Namen? Gewaltüberwindung in der Auseinandersetzung mit dem kanonischen Text in den monotheistischen Religionen/ *Albert de Pury*

Der Protestantismus und die Weltreligionen
Martin Hein

Fünf kurze Kapitel über Religion und Gewalt in der Weltliteratur der Gegenwart/
Hans-Rüdiger Schwab

Religion und Gewalt im Film. Totalität und Transzendenz in NATURAL BORN KILLERS, PULP FICTION und THE MATRIX / *Oliver Jahraus*

Krieg im Glauben des Friedens. Wie die Gewalt in den Islam kam
Dennis Halft / Andreas Jacobs

Bestelladresse:
robert.bischoff@kas.de

Broschüre “Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt im Kulturbereich”

(Materialien für die Arbeit vor Ort 29, Wesseling (Eichholz) 2004

Zusammenfassung

Bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich wird als Teil einer umfassenden Neuorganisation der Kulturlandschaft betrachtet im Hinblick darauf, dass die staatlichen Leistungen durch gesellschaftliche Aktivitäten ergänzt, Trägerstrukturen teilweise verändert werden und insgesamt die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit den Kultureinrichtungen gestärkt wird. Dieser Gedanke kann auf eine lange Tradition, hauptsächlich entstanden im 19. Jahrhundert in den bürgerlichen Salons und Arbeiterbildungsvereinen, zurückgreifen. Damals entstand ein Großteil der heutigen Kultureinrichtungen, die sich aus der privaten über die privat-öffentliche in die endgültige Trägerschaft der öffentlichen Hände entwickelten. Wenn heute angesichts der deutlichen Grenzen des Wohlfahrtsstaates über eine gegenläufige Tendenz nachgedacht wird, scheint dies nur folgerichtig. Es wäre allerdings ein Fehler, das Bürgerengagement als Sparpotential der kommunalen Haushalte zu begreifen. Erfolgreiche Integration von Ehrenamtlichen setzt die Bereitschaft zum Umdenken voraus in Verwaltung, Politik und hauptamtlicher Profession in den Kultureinrichtungen.

Anknüpfungspunkte für die weitere Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Im Rahmen des überjährigen Leitprojektes “Bürgergesellschaft” soll die Thematik in die regelmäßigen Seminarangebote der Hauptabteilung Politische Bildung aufgenommen werden. Die verstärkte Einbindung und Förderung von Privatinitiative in kommunalen Kultureinrichtungen ist häufig mit Potentialen und Verbesserungen verbunden. Sie birgt allerdings auch Schwierigkeiten und Gefahren, über die alle verantwortlichen Entscheider gut informiert sein sollten, wenn sie sich die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in ihrer Kommune zum Ziel gesetzt haben.

Ergebnisse und Empfehlungen

Obwohl sich die Motive und Interessen der Freiwilligen, ihre Tätigkeitsfelder und Arbeitsbedingungen und deshalb auch die Probleme ehrenamtlicher Arbeit und ihre Lösungsvorschläge zum Teil erheblich unterscheiden, gibt es drei zentrale Komplexe von Verbesserungsmaßnahmen, die alle Formen ehrenamtlichen Engagements betreffen:

- die Schaffung verlässlicher Arbeitsstrukturen in den Einrichtungen mit ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen,
- die Verbesserung der gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen für ehrenamtlich-bürgerschaftliches Engagement,
- die Qualifizierung für diese

Arbeit und die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen.

Bestelladresse:

robert.bischoff@kas.de

Französische Gegenwartsliteratur

Michael Braun/

Birgit Lermen (Hrsg.):

Begegnung mit dem Nachbarn (III.): Französische Gegenwartsliteratur. Bornheim 2004. 172 S., 4 Farbb., 5 Euro

Im Dienste der europäischen Verständigung die kulturelle Begegnung und das wissenschaftliche Gespräch zwischen Deutschland und den Nachbarstaaten zu fördern, das ist ein Hauptziel der Publikationsreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung „Begegnung mit dem Nachbarn“. Nach den Bänden über die österreichische und die niederländische Gegenwartsliteratur ist zum Jahresende ein Sammelband über die zeitgenössische Literatur Frankreichs erschienen.

Die Publikation enthält – neben Geleitworten von KAS-Generalsekretär Wilhelm Staudacher und der Attaché der Französischen Botschaft, Anne Dumasy – Beiträge renommierter französischer und deutscher Wissenschaftler – u.a. Jean-Marie Valentin (Sorbonne, Präsident der Internationalen Vereinigung der Germanisten) und Wolfgang Asholt (Universität Osnabrück) – sowie ein Kapitel aus der Au-

tobiographie *Über die Flüsse* des französischen Schriftstellers und Übersetzers Georges-Arthur Goldschmidt.

Im Mittelpunkt der Beiträge stehen Fragen nationaler und europäischer Identität, Wertorientierung in der französischen und die Wechselbeziehungen zwischen den Nachbarliteraturen.

Bestelladresse:

robert.bischoff@kas.de

Christliche Demokraten gegen Hitler

Günter Buchstab/Brigitte Kaff/ Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.):

Aus Verfolgung und Widerstand zur Union, Freiburg 2004, 536 S., 18 Euro

Fast vergessen ist, daß Gründung und Aufstieg von CDU und CSU zu einer dominierenden politischen Kraft maßgeblich auf den Erfahrungen und Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Diktatur beruhen. Was 1945 als überkonfessionelle Volkspartei entstand, hatte eine starke Kontinuität im Personellen wie im Programmatischen. Den Kern bildeten jene Männer und Frauen, die meist schon vor 1933 politisch aktiv waren und deren Immunität gegenüber dem Nationalsozialismus stark ausgeprägt war. Viele von ihnen engagierten sich im Kampf gegen Hitler. Ihr Schicksal und ihr Anteil an der geistigen und politischen Neuorientie-

rung und Neugestaltung werden in diesem Band dokumentiert.

Bestelladresse:

robert.bischoff@kas.de

Konjunktur der Köpfe? Eliten in der modernen Wissensgesellschaft

Oscar W. Gabriel/Beate Neuss/

Günther Rüter (Hrsg.):

Düsseldorf 2004. 386 S., 22,95 Euro.

Deutschland entdeckt die Elite neu. Jahrzehntlang wurde sie totgeschwiegen. Es war verpönt, von ihr zu sprechen oder zu ihr zu gehören. Der Begriff war zu negativ besetzt, Elite wurde vielfach gleichgesetzt mit Machtmissbrauch und Arroganz und damit zum Synonym für ein Fehlverhalten, das vielen Menschen Unglück brachte.

In der Demokratie legitimiert sich die Elite vor allem durch ihre soziale Verantwortung, durch ihre Verankerung in der Gesellschaft. Das gilt für die Politik, die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Bildung und andere Bereiche des öffentlichen Lebens. Die hier tätigen Teieliten entscheiden über unsere Freiheit, unseren Wohlstand und den sozialen Frieden. Ihr hervorragendes Wissen ist die Grundlage für richtiges und verantwortliches Handeln, deshalb brauchen wir gerade in der modernen Wissensgesellschaft Eliten, die dieses Wissen schaffen und erfolgreich einsetzen.

Zahlreiche renommierte Wis-

senschaftler setzen sich mit dem Thema ‚Elite‘ auseinander, nähern sich ihm aus unterschiedlichen Perspektiven und gelangen dabei zu interessanten Erkenntnissen.

Bestelladresse:

robert.bischoff@kas.de

Stipendien

Künstler-Stipendien des Else-Heiliger-Fonds

Zehn Jahre bevor Else Heiliger 1993 im Alter von 91 Jahren starb, bestimmte sie die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Alleinerbin ihres Vermögens. Sie tat dies mit der Maßgabe, damit bedürftige deutsche Künstler zu unterstützen und zu fördern. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat einen Fonds eingerichtet, der den Namen Else Heiligers trägt und damit an das herausragende, uneigennützig Engagement einer besonderen Persönlichkeit erinnert.

Einmal im Jahr vergibt seitdem ein Beirat Arbeits- und Studienstipendien an bedürftige Künstler und Schriftsteller.

Nachfragen sind zu richten an:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Dr. Hans-Jörg Clement
Leiter Abteilung Kultur
Konrad-Adenauer-Stiftung
Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Tel.: (0 30) 2 69 96 – 220

e-mail: ursula.moss@kas.de

Ausblick auf 2005

Unter den literarischen Veranstaltungen ist die *XIII. Verleihung des Literaturpreises* besonders hervorhebenswert. Sie findet wiederum in Weimar statt.

Die internationale Konferenzreihe der KAS *Europa im Wandel: Literatur, Werte und Europäische Identität* wird vom 3. bis 6. März 2005 in Budapest fortgesetzt. Im Mittelpunkt stehen die Themen Europa als "Kontinent der Erinnerung", Wert-

orientierung, Nationale und Europäische Identität sowie die zukünftigen Dimensionen der Nachbarschaft.

In unserer Reihe *Begegnung mit dem Nachbarn* findet vom 19. bis 21. Juni 2005 in Wesseling und Bonn eine Tagung über die Schweizer Gegenwartsliteratur statt.

Schließlich plant die KAS in 2005 eine größere Veranstaltung anlässlich ihres *50jährigen Bestehens*, bei der auch die Kulturarbeit entsprechend gewürdigt wird.

Letzte Meldungen

Föderalismuskommission gescheitert

Die Föderalismuskommission ist am 17. Dezember 2004 an der Bildungspolitik gescheitert. Da dem Vernehmen nach die Kulturpolitik dort keine besondere Rolle spielte, brauchen wir hier nicht weiter darüber sinnieren.

Deutsch-Quote

Am 17. Dezember 2004 wurde gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion ein Antrag im Bundestag angenommen, der als Ziel eine deutsche Musik-Quote von ca. 35 % im Rundfunk vorsieht. Der ARD-Vorsitzende Jobst Plog wies allerdings darauf hin, dass der Rundfunk Ländersache sei (SZ, 18./19.12. 2004).

Berlinale

Das ZDF löst Sat.1 als Medienpartner der Internationalen Filmfestspiele ab (WELT, 18.12. 2004).

Akademie der Künste: gegen Übernahme

Gegen die Übernahme der Berliner Akademie der Künste durch den Bund hat der Bundesrat den Vermittlungsausschuss angerufen (WELT, 18.12.2004).

Rechtschreibreform

Der designierte Vorsitzende des Rates für deutsche Rechtschreibung Hans Zehetmair will nur Korrekturen bei besonders umstrittenen Regeln; dazu gehörten die Groß- und Kleinschreibung, die Zusammen- und Auseinander-

derschreibung, die Silbentrennung, die Eindeutigkeit von Fremdwörtern und die Interpunktion (FR, 18.12.2004).

Berliner Opern: neueste Zahlen

Die WELT vom 18. Dezember 2004 (s. auch FAZ, 18.12.2004) berichtet, dass die drei Berliner Opern in 2004 nur knapp 660 000 zahlende Besucher zählten, 25 000 weniger als geplant. Damit fehlen der Opernstiftung 2,7 Mio. Euro gegenüber dem Planansatz. Die Auslastungszahlen lägen bei der komischen Oper bei 54, bei der Deutschen Oper bei 65 und bei der Staatsoper bei 74 %. Bei einer Gesamtauslastung von 62,7 % bedeute dies, dass statistisch eines von drei Opernhäusern im Jahr leer stehe.

Künstlersozialversicherung

Nach einem Bericht der FR vom 18. Dezember 2004 hat sich angesichts der geplanten Anhebung der Hebesätze für Verlage die Situation zunächst entspannt. Es zeichne sich ein Aufschub von einem Jahr ab, um neue Modelle zu entwickeln.

„Hannelore Kohl“ in Bonn

Dazu „Bild“ vom 20.12.2004: „Es sind 22 Szenen (100 Min.), die das Leben und den Selbstmord einer großen Deutschen erzählen, erklären und enthüllen wollen. Aber es ist ein Sumpf der Gefühle, der Halbwahrheiten und skandalösen Lügen. Es hat das intellektuelle Niveau von Nacktfilmchen und den Tiefgang der „Teletubbies“. Einfacher: Es ist eklig. Die Schauspieler (Hannelore: Simona Furlani, Kanzler: Hans-Jürgen Moll) sind brilliant,

aber sie tanzen schlitternd in die Gosse der Geschichte.“

WELT vom 20. Dezember 2004: „Es wäre doch nur, ein Traum: Bonn, die noble alte Stadt am Rhein ist stolz auf ihre Geschichte, darauf, einer der glücklichsten Phasen der deutschen Geschichte ihren Namen gegeben zu haben; und der Ort gewesen zu sein, wo eine Kriegsgeneration von Männern und Frauen, gebrochen an Leib und Seele den heroischen Versuch unternommen haben, ohne Ideologie zu leben. Wo sie ein Gemeinwesen schaffen wollten, das jedem sein Auskommen gab, und ein großes Maß Glück und Zufriedenheit. Und eine Stadt, die noch weiß, wer diese Bonner Republik verteidigt hat, gegen alle Versuchungen -und Anfeindungen der Nachkriegszeit, als das Wort von der Solidarität der Demokraten noch kein billiger Gemeinplatz war, und rheinländische Verleger das „Christliche“ stolz in ihren Titeln trugen. Eine Stadt mit einem Bürgertum, das sich seiner Urteile noch sicher ist, das Geschmacklosigkeiten noch für Geschmacklosigkeiten hält und weiß, daß eine Demokratie auch selbstbewußt sein muß gegen über den Versuchen, sie bis zur Groteske ins Lächerliche zu ziehen. Dann hätte es in diesem Bonn am Rhein am letzten Freitagabend vielleicht wirklich je einen Aufruhr gegeben, den der Tanztheatermacher Johann Kresnik so sehr braucht. Dann hätten seine galligen Tinkturen, sein Mythenbrei aus Blut und Sperma, seine Zertrümmerungsklischees noch ein Gegenüber gehabt. Und nicht

nur ein paar verirrte Leserbriefe im Vorfeld der Presse und eine Handvoll wackerer Unionssoldaten, in der nahen Tequila-Bar, die den Umgang Kresniks mit Hannelore Kohl schlicht für geschmacklos halten. Nein, Bruder Kresnik, dieses verzweifelt klattschende Premierenpublikum sei Dir gegönnt bei Deinen Versuchen, jetzt in Bonn gegen den Strom zu schwimmen, wo gar kein Strom mehr ist.“

HINWEIS DER REDAKTION

Da wir im Rahmen unserer Presseschau möglichst viele Zeitschriften, Presseerklärungen, Resolutionen etc. auswerten und aufnehmen wollen, bitten wir auch in dieser Nummer um entsprechende Zusendung.

Damit verbinden wir unseren herzlichen Dank für die gute Resonanz auf diese Bitte in der vorangegangenen Ausgabe.

Zugleich möchten wir betonen, dass Meldungen in der Presse nicht überprüft werden können und Berichte und Diskussionsbeiträge nicht mit der Redaktion oder der Stiftung zu identifizieren sind. Vielmehr ist es unser Ziel, die öffentliche Debatte und ihre Themen möglichst umfassend, freilich auch pointiert zu dokumentieren.